



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

72. Sitzung

3. Wahlperiode

Donnerstag, 15. November 2001, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt

	Volker Schlotmann, SPD	4628
	Dr. Arnold Schoenenburg, PDS.....	4632, 4638, 4639, 4640
	Eckhardt Rehberg, CDU	4635
	Herbert Helmrich, CDU	4639
Mitteilungen des Präsidenten		4613
	B e s c h l u s s	4641

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

Demographische Entwicklung – Herausforderung für ein zukunftsorientiertes Land

– Drucksache 3/2396 –	4613
Norbert Baunach, SPD	4613
Dr. Ulrich Born, CDU	4614
Minister Helmut Holter	4616
Sylvia Bretschneider, SPD	4619
Angelika Gramkow, PDS	4621
Ute Schildt, SPD	4625
B e s c h l u s s	4626

Antrag der Fraktion der CDU:

Einsetzung einer Enquetekommission „Bevölkerungsentwicklung und Perspektiven zum Leben, Arbeiten und Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern“

– Drucksache 3/2398 –	4626
Rainer Prachtel, CDU	4626

Antrag der Fraktion der CDU:

Maßnahmen zur Stärkung der Inneren Sicherheit – Antiterrorpaket M-V in Höhe von 30 Mio. DM

– Drucksache 3/2395 –	4641
Reinhardt Thomas, CDU	4641
Minister Dr. Gottfried Timm	4644, 4647, 4648
Herbert Helmrich, CDU	4647, 4648
Gerd Böttger, PDS	4648
Dr. Armin Jäger, CDU	4652, 4658
Dr. Klaus-Michael Körner, SPD ...	4656, 4657, 4658
Dr. Ulrich Born, CDU	4656
Wolfgang Riemann, CDU	4657, 4658
B e s c h l u s s	4659

Antrag der Fraktion der CDU:

Entschließung zur Stärkung des Föderalismus und des Regionalprinzips in Deutschland und Europa

– Drucksache 3/2400 –	4659
-----------------------------	------

Wolfgang Riemann, CDU.....	4659	Dr. Christian Beckmann, CDU	4666, 4669
Bodo Krumbholz, SPD	4660	Minister Till Backhaus.....	4667
Karsten Neumann, PDS.....	4661	Peter Ritter, PDS	4668
Herbert Helmrich, CDU.....	4663	Hannelore Monegel, SPD	4669
Hinrich Kuessner, SPD	4664	B e s c h l u s s	4670
B e s c h l u s s	4666		

Antrag der Fraktion der CDU:

Standort der MeLa in Mühlengiez

– Drucksache 3/2399 – 4666

Nächste Sitzung

Mittwoch, 12. Dezember 2001 4670

Beginn: 9.21 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 72. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Bevor wir in die Beratungen eintreten, gestatten Sie mir noch einige Hinweise:

Meine Damen und Herren! Nach Verlust der Mitgliedschaft der Abgeordneten Frau Kassner durch Verzicht nach Paragraph 46 Absatz 1 Landeswahlgesetz wurde als Listennachfolgerin die Abgeordnete Frau Karin Schmidt festgestellt. Ich begrüße Sie, Frau Schmidt, ganz herzlich in unserem Haus und wünsche Ihnen viel Erfolg und uns eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Im Rahmen der gestrigen Sitzung hatte der Abgeordnete Riemann nach der Abstimmung in der Sache eingeworfen – Sie erinnern sich sicher an den Tagesordnungspunkt 12 –, dass er Überweisung beantragt habe. Da bereits in der Sache abgestimmt war, habe ich die Abstimmung nicht wiederholt. Ich habe den Vorgang aber nochmals geprüft.

Zur Klarstellung weise ich darauf hin, dass Sie, Herr Riemann, gesagt haben: „Und, Frau Finanzministerin, wenn Sie den zweiten Teil unseres Antrages ablehnen, wie Sie das hier gerade getan haben, dann widersprechen Sie internationalen Erfahrungen. Und das sollten wir vielleicht, wenn Sie sich heute nicht zu einer Zustimmung durchringen können, auch noch mal im Finanzausschuss beraten.“ Und an einer anderen Stelle führten Sie aus: „Meine Damen und Herren, aus den vorgenannten Gründen bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. Und wenn Sie das dann nicht können, dann sollten wir wenigstens überweisen und mit Experten darüber diskutieren.“ – Ich danke für die Aufmerksamkeit.“ So weit das Zitat.

Dies war kein konkreter Überweisungsantrag, den Sie auch nicht alternativ für den Fall einer Ablehnung hätten stellen können. Außerdem war der Antrag nicht auf die Überweisung in bestimmte Ausschüsse gerichtet und damit in jedem Fall auch unbestimmt. Um an dieser Stelle in Zukunft Unklarheiten zu vermeiden, bitte ich darum, dass konkrete und klar formulierte Überweisungsanträge gestellt werden.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Demographische Entwicklung – Herausforderung für ein zukunftsorientiertes Land, Drucksache 3/2396.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Demographische Entwicklung – Herausforderung für ein zukunftsorientiertes Land
– Drucksache 3/2396 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Baunach von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Baunach.

Norbert Baunach, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vizepräsidentin Holznagel hat uns gestern mit dem Hinweis auf ein wichtiges Fußballspiel und mit dem Hinweis, dass der „Rote“ kommen würde, verabschiedet. Ich kann für mich feststellen – und ich denke, einige von Ihnen auch: Beides war gut.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Minister Till Backhaus: Das Spiel war auch nicht schlecht.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die gegenwärtige Bevölkerungsentwicklung in unserem Bundesland gibt uns Anlass zur Sorge. Für das vergangene Jahr registrierte das Statistische Landesamt 9.478 aus unserem Land weggezogene Menschen. Die Tendenz ist leider anhaltend. Diese Entwicklung beeinflusst alle gesellschaftlichen Bereiche.

Meine Damen und Herren! Es steht also die Frage, ob und in welcher Form die Politik auf diese Entwicklung reagieren und gegensteuern kann. So vielschichtig die Ursachen für die gegenwärtige demographische Entwicklung sind, so umfassend müssen mögliche Reaktionen darauf sein. Und es liegt auf der Hand, dass es gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen bedarf, um eine Wende in der sorgenvollen Bevölkerungsentwicklung einzuleiten. Klar ist auch, dass Parlament und Regierung gemeinsam mit Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen über die jeweiligen Einzelinteressen hinaus konzentriert zusammenwirken müssen. Es ist den besonderen Herausforderungen angemessen, deutlich darauf hinzuweisen, dass der klare Blick für die gemeinsame Problemlage nicht durch parteipolitische und ideologische Scheuklappen – auch angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes – eingeengt werden darf.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Dabei appelliere ich an alle Mitglieder dieses Hauses, sich sachlich und konstruktiv an der Debatte im Plenum, in den Ausschüssen und in der Öffentlichkeit zu beteiligen. Im Zusammenhang mit dem nachfolgenden Tagesordnungspunkt 15 möchte ich nur bemerken: Natürlich brauchen unsere Menschen Perspektiven zum Leben, Arbeiten und Wohnen in unserem Land. Darauf ist doch unsere Arbeit als Volksvertreter und die Arbeit der Landesregierung ausgerichtet. Ich glaube aber, dass politische Schlagworte wie „Ausbluten“, „extremes Wegbrechen von Humankapital“ und „schicksalsgegeben“ hier überhaupt nicht angemessen sind.

Meine Damen und Herren! Es ist das Anliegen der Koalitionsfraktionen, mit dem vorliegenden Antrag die Fragen zur Bevölkerungsentwicklung parlamentarisch aufzugreifen und in den Fachausschüssen Ursachen und Wirkungen unter Einbeziehung von Sachverständigen zu analysieren und erforderliche Gegenmaßnahmen zu beraten. Dem Hohen Hause sollen am Ende Empfehlungen für notwendige Anpassungsmaßnahmen unterbreitet werden. Auch angesichts der heftigen öffentlichen Debatte zu diesem Thema gehe ich davon aus, dass sich das Parlament mit diesen wichtigen Fragen zügig und ausführlich beschäftigen wird.

Meine Damen und Herren! Der für die Landesentwicklung zuständige Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesentwicklung wird für den erforderlichen parlamentarischen Koordinierungs- und Abstimmungsprozess verantwortlich sein und – das sage ich als Vorsitzender – das ist gut so.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Zustimmung zum vorliegenden Antrag. – Meine Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Born von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die demographische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern gehört zweifelsohne zu den dramatischsten Entwicklungen im Land überhaupt. Das ist ein Thema, das sich nicht für oberflächlichen tagespolitischen Schlagabtausch eignet. Was hier notwendig ist, ist eine sorgfältigste Analyse der Ursachen und Wirkungen dieser Entwicklung. Es müssen die Perspektiven, die sich daraus ergeben, aufgezeigt werden und es müssen Konsequenzen für das politische Handeln daraus gezogen werden. Um es ganz deutlich zu sagen: Das ist ein Thema, das sich nun wirklich nicht für Dampfplauderer eignet, sondern gründlichste wissenschaftliche Untersuchungen erfordert. Es ist ein Thema, das beim besten Willen nicht für normale Ausschussroutine, schon gar nicht im Bauausschuss,

(Barbara Borchardt, PDS:
Und Landesentwicklung.)

geeignet ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Wenn das so ist, meine Damen und Herren, dass dieses Thema solche Bedeutung hat –

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ich denke, wir haben immer schöpferisch unsere Arbeit gemacht.)

und ich werde Ihnen gleich sehr klar sagen, dass ich mich formal mit Ihrem Antrag auseinander setzen werde, denn eine inhaltliche Auseinandersetzung ist aufgrund der Dürftigkeit dieses Antrages nicht möglich,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na, na, na!)

aber wir werden Ihnen nachher unsere Alternativen

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ihr Antrag
ist doch mindestens genauso dürftig.)

beim nächsten Tagesordnungspunkt dazu aufzeigen –, dann kann man diesen Antrag der Koalitionsfraktionen nur als hochnotpeinlich bezeichnen. Dieser Antrag erreicht schon fast Holter-Niveau: Transparenz versprechen

(Barbara Borchardt, PDS: Na, na!)

und Nebelkerzen werfen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: So ist es.)

Warum, das will ich Ihnen anhand der Genesis dieses Antrages aufzeigen. Diesen in Windeseile zusammengeschusterten Antrag zur demographischen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern gäbe es – und da können Sie sagen, was Sie wollen – nicht ohne die CDU in diesem Landtag. Nachdem nämlich der Fraktionsvorsitzende unserer Fraktion Eckhardt Rehberg in seiner Landtagsrede zum Haushalt im September die Einsetzung einer Enquetekommission zur demographischen Entwicklung öffentlich gefordert hatte, wurde den Fraktionsvorsitzenden von SPD und PDS das Angebot unterbreitet, gemeinsam mit der CDU-Fraktion einen interfraktionellen Einsetzungsantrag in den Landtag einzubringen.

(Volker Schlotmann, SPD: Einen Blankoscheck.)

Meine Damen und Herren! Sie hören ja hier immer wieder von den Koalitionsfraktionen wohlklingende Bekenntnisse. Der verehrte Kollege Baunach hat eben auch gesagt, dass es bestimmte Probleme gibt, wo man zusammenarbeiten muss, und hier bei einem solchen zentralen Thema im Vorfeld einer Antragstellung das Angebot der CDU-Fraktion, das Gespräch des Fraktionsvorsitzenden mit seinen Fraktionsvorsitzendenkollegen, um hier eine adäquate Verfahrensweise zu erarbeiten, die es ermöglicht, diesem Thema auch wirklich gerecht zu werden. Und man kann es kaum glauben, selbst bei einem solchen Thema wird der Vorschlag von der SPD-Fraktion abgelehnt mit der Begründung, dass eine sachgerechte Arbeit und Erfüllung des Auftrags, so ist die formale Begründung, bis zum Ende der Wahlperiode durch eine Enquetekommission nicht gewährleistet sei und nicht sicher sei – Hören Sie bitte einmal ganz genau hin! –, ob der nächste Landtag die Kommission wieder einsetzen würde. Also solch intensive Selbstzweifel, dass nicht mehr ausreichend Abgeordnete oder zumindest Anhänger der bisherigen Fraktionen im Landtag sitzen könnten, dass man eine solche sinnvolle Kommission wieder einsetzt, die verwundern schon sehr, umso mehr, wenn man weiß, dass im Haushaltsentwurf der Koalition vorgesehen ist, in der nächsten Legislaturperiode wieder einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, und zwar im Bereich des Wirtschaftsministers.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Das kann ich mir nur so erklären, dass Sie offensichtlich über Kenntnisse verfügen, die der Opposition bisher nicht zur Verfügung stehen,

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

vielleicht hängt das mit aktuellen Berichterstattungen zusammen, dass Sie jedenfalls davon ausgehen, dass Sie so gewirtschaftet haben, dass der nächste Landtag sich auf jeden Fall wieder einen Untersuchungsausschuss zulegen müsste. Das ist schon bezeichnend genug. Aber dass eine Enquetekommission nicht weiterarbeiten könnte, weil der nächste Landtag plötzlich zu dem Ergebnis kommt, das ist alles nicht mehr so wichtig, also das ist schon eine sehr merkwürdige Logik.

Als Reaktion auf den Vorstoß der CDU-Fraktion haben SPD und PDS nun den vom Kollegen Baunach hier kurz erläuterten Antrag eingebracht, dass der Landtag sich in seinen Ausschüssen und nicht in einer Enquetekommission mit der Frage der Bevölkerungsentwicklung befassen möge.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal zu dem Zeitargument Enquetekommission. Andere haben offensichtlich hier längst begriffen, was erforderlich ist, selbst wenn man konzidiert, dass in Mecklenburg-Vorpommern und insbesondere unter dieser Koalition alles sehr viel länger dauert, dann muss man doch mindestens zur Kenntnis nehmen, dass der Deutsche Bundestag bereits im Dezember 1992 die Enquetekommission

(Sylvia Bretschneider, SPD: Haben Sie Ihre Rede vertauscht? Das ist erst im nächsten Punkt dran.)

„Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik“ konstituiert hat, die ihren ersten Zwischenbericht im Juni 1994 vorlegte.

Frau Kollegin Peters, es ist – ach nein, Frau Bretschneider, Entschuldigung – manchmal ganz gut, wenn man doch versucht zuzuhören,

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Ja, ich höre Ihnen zu.)

denn sonst könnten Sie diesen Zwischenruf kaum machen. Ich habe gesagt, dass ich inhaltlich auf diesen dürftigen Antrag nicht eingehen werde,

(Heiterkeit bei Sylvia Bretschneider, SPD:
Sie haben ja auch inhaltlich nichts zu melden,
weshalb sollten Sie auch darauf eingehen?!)

sondern nur begründen werde, warum rein formal Ihr Antrag völlig an dem Thema vorbeigeht. Und dazu gehört natürlich die Abwägung, ist dieser Antrag überhaupt in der Lage, eine sinnvolle Befassung des Landtages zu ermöglichen, oder ist hier ein anderes Instrument, nämlich eine Enquetekommission, das Richtige. Und ich habe mich mit Ihrem Zeitargument auseinander gesetzt.

Also noch einmal: 1992 Enquetekommission konstituiert, erster Zwischenbericht im Juni 1994. Trotz der auch nur eineinhalbjährigen Laufzeit dieser Kommission konnte zumindest eine erste Bestandsaufnahme zum Thema erarbeitet werden und konnten Handlungsempfehlungen für die 13. Wahlperiode gegeben werden. Der 13. Bundestag setzte die Kommission dann im Juni 1995 erneut ein, ohne dass die Arbeit in dieser Legislatur abgeschlossen werden konnte. Aufgrund eines umfangreichen Zwischenberichts und den dort enthaltenen weiteren Empfehlungen hat dann auch der 14. Bundestag im Jahr 1999 die Enquetekommission wieder eingesetzt.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Reden Sie doch mal zur Sache, Herr Dr. Born!)

Wie Sie daran sehen, ist es angesichts der Problematik des umfangreichen Themas tatsächlich nicht zu erwarten, dass die Arbeit in einer Legislaturperiode fertig gestellt werden könnte. Dies kann aber kein Argument dafür sein, jetzt überhaupt nicht mit der Arbeit zu beginnen. Leider wollen Sie aus rein parteipolitischen Erwägungen einem CDU-Antrag nicht zustimmen, sei er auch noch so vernünftig. Das Zeitargument ist jedenfalls kein überzeugendes Argument, denn wir haben schon zu viel Zeit verloren.

Bereits im März 2000 hatte die CDU-Fraktion einen Antrag zur demographischen Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in den Landtag eingebracht. Damals haben Sie die dort enthaltene Aufforderung an die Landesregierung, dem Parlament einen jährlichen Bericht zur demographischen Entwicklung und zu Maßnahmen der Landesregierung vorzulegen, abgelehnt mit dem Argument, der Antrag sei, ich zitiere, „zu begrenzt“. Frau Kollegin Beyer – Sie ist im Moment offensichtlich nicht da – erklärte, ich zitiere: „Aber die Landesregierung ... sollten Sie bitte schön mit einem solchen Begehri in Ruhe lassen.“ Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, hätten wir jetzt diesen Bericht der Landesregierung, den wir damals gefordert haben, dann wären wir schon ein ganzes Stück weiter, dann wären nämlich schon entscheidende Vorarbeiten getätigt.

Aber ich will Ihnen auch sagen, warum das Prozedere, was Sie hier andeuten in Ihrem Antrag – mehr als eine Andeutung ist es ja nicht, wie dieser ganze Antrag, den Sie uns hier präsentieren, ja äußerst verschwommen ist –, warum die Ausschüsse des Landtages das komplexe Pro-

blem der demographischen Entwicklung und ihre Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern samt Empfehlungen für eine wirksame Gegenstrategie nicht schnell bearbeiten können und schon gar nicht besser bearbeiten können als eine Enquetekommission. Im Übrigen sage ich Ihnen, dass ich bei Ihrem Antrag nicht nur schwerwiegende formelle Mängel sehe, sondern dass man letztlich, wenn man sich Ihren Antrag genauer ansieht und das wirklich mal auf den Kern zurückführt, zu dem Ergebnis kommen muss, er steht jedenfalls mit unserer Geschäftsordnung überhaupt nicht im Einklang. Anträge enthalten nach allgemeinem Parlamentsbrauch selbst in Mecklenburg-Vorpommern entweder ein Ersuchen an die Landesregierung oder eine Resolution, in der der Landtag etwas feststellt, begrüßt, bedauert oder erwartet.

Kollege Baunach, abgesehen von der freudigen Mitteilung, die Sie zu Beginn Ihrer Rede machten über Fußball und „neuem Roten“, frage ich Sie: Welchen Inhalt hat Ihr Antrag eigentlich ansonsten?

(Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Aus dem Wortlaut könnte man schließen, dass es sich um eine Resolution handeln soll. „Der Landtag erklärt“, dass die demographische Entwicklung – jetzt zitiere ich Ihren Antrag – „die Lebensperspektiven“ beeinflusst, „mit Sorge“ betrachtet wird und „vielfältigste Ursachen“ haben kann, „die ein konzertiertes Wirken“ erfordern. Sagen Sie, was sollen wir mit diesem Antrag eigentlich anfangen?

(Sylvia Bretschneider, SPD: Haben Sie den letzten Absatz gelesen?)

Wenn wir ihm jetzt ...

Frau Kollegin Bretschneider, natürlich habe ich Ihren letzten Absatz gelesen,

(Norbert Baunach, SPD: Na, Frau Bretschneider kommt ja noch. Sie wird das dann untersetzen.)

da komme ich gleich noch drauf, dann werden Sie sehen, dass genau das so nicht funktioniert, wie Sie es sich vielleicht vorgestellt haben, um eine sinnvolle Befassung mit diesem Thema verhindern zu können. Wenn wir diesem Antrag im Anschluss an die Debatte zustimmen würden, wären wir der Lösung des eigentlichen Problems keinen Schritt näher. Wir würden nämlich nach dem von Ihnen vorgesehenen Prozedere weder die genaue Entwicklung und ihre konkreten Auswirkungen kennen noch ein Handlungskonzept haben, um den Bevölkerungsverlust der Zukunft entgegenzuwirken.

Wenn wir diesen Antrag in die Ausschüsse überwiesen, lief das Verfahren dort wie folgt ab: Zwar können wir nach Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Landtages Anhörungen von Sachverständigen durchführen und diese auch befragen im Rahmen von Anhörungen. Eine Auswertung der Befragung findet aber nicht im Rahmen von Anhörungen, sondern allenfalls in den nicht öffentlichen Beratungen der Ausschüsse statt. In diesen Beratungen können die Fraktionen dann Änderungsanträge zu der überwiesenen Vorlage einreichen. Dies ergibt sich aus Paragraph 9 Absatz 1 Satz 1 der Geschäftsordnung des Landtags, wonach die Ausschüsse – und ich sage, nur – im Rahmen der ihnen vom Landtag erteilten Aufträge, also im Rahmen der ihnen überwiesenen Vorlagen und Anträge, tätig werden dürfen.

Ihr konkreter unkonkreter Antrag befindet sich in den ersten drei Absätzen und endet mit dem Satz: „Demogra-

phische Entwicklungen haben vielfältigste Ursachen und Gründe, die ein konzertiertes Wirken des Parlamentes, der Landesregierung und vieler gesellschaftlicher Gruppen über vorhandene ideologische Grenzen hinweg erfordert.“ So. Und was Sie danach machen, dass Sie hier ein Verfahren vorschlagen wollen, das funktioniert so nicht. Sie kennen alle, hoffe ich, das Urteil des Verfassungsgerichts des Landes Nordrhein-Westfalen. Danach dürfen Änderungsanträge zu Entschließungsanträgen diese nicht so verändern, dass sie den Gegenstand des Entschließungsantrages auswechseln. Ergebnisse, Schlussfolgerungen, Handlungsempfehlungen im Wege von Änderungsanträgen zu Ihrem Entschließungsantrag einzureichen dürfte schon aus diesem Grund unzulässig sein, da diese ja dann den Gegenstand Ihres Antrags völlig verändern würden.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das hat aber das Landesverfassungsgericht von Nordrhein-Westfalen nicht gesagt.)

Herr Kollege Dr. Schoenenburg, ich weiß doch, dass Sie es besser wissen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie wissen das doch viel besser.)

Sie wissen es besser. Verklickern Sie das lieber Ihren verehrten Kollegen! Hätten Sie vorher mit denen gesprochen, hätten Sie die ja vielleicht noch von diesem unsinnigen Vorgehen abgebracht.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach was!)

Falls Sie Ihren Antrag aber so verstehen, dass er nur den Auftrag an die ständigen Ausschüsse enthält, sich gemäß Paragraph 9 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Landtags mit dem Thema der demographischen Entwicklung zu befassen und dem Landtag hierzu Empfehlungen zu geben, so ist dem entgegenzuhalten, dass zumindest nach dem Wortlaut von Artikel 33 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung der Landtag hierzu keinen Auftrag erteilen kann. Hiernach wären Befassungen nur ohne Auftrag des Landtags möglich. Insofern wäre der Antrag als solcher also nicht zulässig.

Gerade weil der Landtag hier noch kein Handlungskonzept zur Abstimmung vorliegen hat, sondern dies erst gemeinsam, und zwar unter Beteiligung externer Wissenschaftler, erarbeitet werden soll, soll ja nach unseren Vorstellungen und unserem Antrag eine Enquetekommission eingesetzt werden. Aufgabe einer Enquetekommission ist es im Gegensatz zu den ständigen Ausschüssen des Landtags,

(Sylvia Bretschneider, SPD: Zur Sache, Herr Born! Das ist nicht Gegenstand dieses Antrages.)

Entscheidungen im Auftrag des Landtags über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe vorzubereiten und hierzu einen Bericht zu erstatten beziehungsweise konkrete Empfehlungen auszusprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihr Antrag ist nicht nur inhaltlich dürrt und überhaupt so wenig konkretisiert, dass kein konkreter Gegenstand erkennbar ist, sondern soweit er eine verfahrensmäßige Regelung vorschlägt, ist dieses Vorgehen schlicht unzulässig, ein Verstoß gegen unsere Geschäftsordnung. Der Antrag ist – und das lassen Sie mich in dieser Deutlichkeit sagen – ein Offenbarungseid der Unfähigkeit, Probleme des Landes wirklich anzupacken. Er ist an inhaltlicher Armseligkeit

kaum zu überbieten. Und ich sage Ihnen eins ganz deutlich: Anstatt die Geldverschwendung mit einem nicht nur überflüssigen, sondern inzwischen sogar für die Entwicklung des Landes und ihre Unternehmen schädlichen Untersuchungsausschuss in Millionenhöhe fortzusetzen, sollten Sie sich durchringen, diesen Antrag schlicht zu vergessen, den Sie hier gestellt haben, und das Geld, das Sie für den Untersuchungsausschuss vorgesehen haben und sogar für die nächste Legislaturperiode schon wieder einstellen wollen, für eine Enquetekommission zur Verfügung stellen, damit ein so gravierendes Problem wie die demographische Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit der nötigen Gründlichkeit bearbeitet werden kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat jetzt der Minister für Arbeit und Bau Herr Holter.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo sind die Pantoffeln? – Dieter Markhoff, CDU: Was, der redet noch?)

Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Helmut Holter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte eine inhaltliche Auseinandersetzung erwartet.

Auf Bundesebene wird über Modalitäten der Zuwanderung gestritten, über Schritte gegen Mangel an Fachkräften beraten und über die fallende Geburtenrate, wohlgemerkt auf Bundesebene, denn die sinkenden Bevölkerungszahlen betreffen nicht nur Mecklenburg-Vorpommern, sondern das gesamte Bundesgebiet und besonders die neuen Länder. Auch in den anderen ostdeutschen Ländern macht man sich Sorgen über den Einwohnerschwind.

In einer Vorausberechnung der Bevölkerung hat der Bund im Juli 2000 folgende Zahlen veröffentlicht: Im Jahre 2050 werden in Deutschland nur noch 65 bis 70 Millionen Menschen leben. Das heißt, in nicht einmal einem halben Jahrhundert geht die Einwohnerzahl in einer Größenordnung zurück, die heute etwa der Bevölkerung der Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen zusammen entspricht. Diese Entwicklung ist also ein gesamtdeutsches Problem.

Um eines klarzustellen, meine Damen und Herren: Wir reden hier nicht einfach über Abwanderung, denn das ist nur ein Aspekt im Rahmen der Debatte über demographische Entwicklung, und das ist nun wahrlich nicht neu.

„Das Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommern hat eine lange Erfahrung mit Ab- und Zuwanderung“, schreibt Professor Dr. Nikolaus Werz von der Universität Rostock über die demographische Entwicklung in unserem Land. In den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts wies Mecklenburg mit Galizien und Irland die höchste Auswanderungsquote von Europa nach Amerika auf, sagt der Experte. Leutenot nannte man das damals.

(Herbert Helmrich, CDU: Und daran wollen Sie anschließen?!)

Wir wollen daran gar nicht anschließen.

Erst die Zwangsumsiedlung nach dem Zweiten Weltkrieg und die gelenkte Bevölkerungspolitik zu DDR-Zeiten bescherten dem Land höhere Einwohnerzahlen, die seit der Wende ständig sinken, und das aus den verschiedensten Gründen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Vorher konnten die Leute nicht so leicht das Land verlassen. – Harry Glawe, CDU: Früher war die Mauer da.)

Demographische Prozesse verlaufen kompliziert und sehr komplex. Insofern werde ich mich hier nicht auf eine polemische Debatte einlassen mit den Schlagzeilen wie „Der Osten blutet aus“ oder „Hilfe, die Küste schrumpft“, wie die „Bild-Zeitung“ schrieb.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Das ist der blanke Zynismus.)

Das derzeitige Alarm- und Warngeschrei ist eher eine Psychose als eine Prognose. Mir geht es hier tatsächlich um eine sachliche Diskussion, Herr Rehberg.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist doch nicht wahr, was Sie erzählen!)

Bleiben Sie doch mal ruhig!

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist doch wirklich nicht wahr!)

Es geht hier um ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Lesen Sie sich mal Ihre Rede von vor anderthalb Jahren durch, Herr Holter!)

Es geht hier um eine Prognose und nicht um eine Psychose.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Lesen Sie mal Ihre Rede von vor anderthalb Jahren!)

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich bitte, dem Redner zuzuhören. Das ist ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Was Sie hier reden als Minister des Landes!)

Herr Rehberg, bitte! Ich bitte Sie, sich in den Ausdrücken zu mäßigen.

(Herbert Helmrich, CDU:
Dann soll er nicht provozieren!)

Minister Helmut Holter: Herr Präsident, ich bin vieles gewohnt und ...

Ich provoziere überhaupt nicht.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Natürlich! – Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Ich provoziere überhaupt nicht. Wer provoziert, das sind Sie in diesem Haus.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Lesen Sie sich mal Ihre Rede von vor anderthalb Jahren durch, Herr Holter!)

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich habe Sie eben gebeten, Herr Rehberg ...

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Da können Sie mal draus zitieren!)

Minister Helmut Holter: Sie provozieren mit Ihrer Politik in diesem Land.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Rehberg, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf. Ich habe Sie gebeten, jetzt hier dem Redner zuzuhören. Und ich bitte, das auch im üblichen Stil beizubehalten.

Minister Helmut Holter: Also mir geht es um eine sachliche Debatte, und dazu ein paar Fakten: Von 1990 bis 2020 wird Mecklenburg-Vorpommern etwa 16 Prozent der Einwohner verlieren – das habe ich am 13. April wohl auch gesagt –, sagen die Statistiker. Innerhalb von zehn Jahren – von 1991 bis 2000 – ging die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern um knapp 150.000 Einwohner zurück. Das sind Verluste von 7,7 Prozent. Wohl gemerkt – und darauf möchte ich Wert legen – „ging zurück“ heißt die Aussage der Statistiker und nicht „wanderte ab“, denn über die Hälfte der Bevölkerungsverluste sind auf den dramatischen Rückgang der Geburten seit der Wende zurückzuführen. Dies ist und bleibt das Hauptproblem unseres Landes. Die geringe Geburtenrate wirkt sich natürlich auf folgende Generationen aus. Und das möchten wir doch bitte mal alle zur Kenntnis nehmen.

Inzwischen steigt die Zahl der Geburten erfreulicherweise wieder an. Der Norden liegt da bundesweit vorn. Laut Demographen der Universität Rostock ist Mecklenburg-Vorpommern auf dem Weg zu einem der geburtenfreundlichsten Bundesländer in der Bundesrepublik.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Siegfried Frieze, SPD: Richtig.)

Allerdings – und das wollen wir mal zur Kenntnis nehmen – kommt diese positive Entwicklung erst den nächsten Generationen zugute und reicht längst nicht aus, um die Sterbefälle auszugleichen. Das wissen wir doch alle.

Die Demographen erwarten, dass Mecklenburg-Vorpommern in den nächsten 20 Jahren nochmals 160.000 Einwohner verliert. Das heißt, der deutliche Rückgang der Bevölkerung in den Jahren nach der Wende verlangsamt sich also. Und das, glaube ich, gehört, wenn man schon über Bilanzen von Koalition und Regierung spricht, dazu, dass dieser Prozess verlangsamt wurde zu Zeiten der Koalition aus SPD und PDS.

Die Prognose der Experten lautet: Die Geburtenrate wird sich in Mecklenburg-Vorpommern langfristig besser entwickeln als in anderen Bundesländern, das lässt die CDU immer gern unter den Tisch fallen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und wenn sie Abwanderung mit Bevölkerungsrückgang gleichsetzt: Wir haben eine große Zahl von Zuzügen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU:
Das ist doch nicht zu fassen!)

Wir haben zu verzeichnen, dass von 1998 bis einschließlich des Jahres 2000 fast 96.000 Menschen nach Mecklenburg-Vorpommern zugewandert sind,

(Harry Glawe, CDU: Jaja.)

und das in einer Altersgruppe, die uns, glaube ich, freudig stimmen sollte, nämlich im Alter zwischen 19 und 35 Jahren. Das zeigt, wie wichtig Mobilität im Berufsleben für die heutige Gesellschaft ist. Die Zuzüge und Fortzüge gleichen sich allerdings in der Bevölkerungsstatistik nicht aus, das ist Fakt. Der Saldo zugunsten der Fortzüge ist natürlich negativ.

Die Demographen weisen als Hauptursachen für den Bevölkerungsrückgang aus:

1. die bereits genannte geringe Geburtenrate,
2. die Abwanderung und
3. die hohe Sterberate in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Altersstruktur verschiebt sich immer mehr nach oben. Und um es noch einmal deutlich zu sagen: Mecklenburg-Vorpommern ist auch noch heute das jüngste Land ausgehend von der Bevölkerungsstruktur. Nirgendwo ist der Anteil der jungen Leute unter 20 Jahren so hoch wie bei uns. Er beträgt nämlich 22 Prozent.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Aber auch nirgendwo anders sterben so viele Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 25 Jahren. Auch das gehört zur Wahrheit, wenn man über die Bevölkerungsentwicklung spricht. Laut Experten sind tödliche Verkehrsunfälle der wesentliche Grund dafür. Und auffällig ist auch – da richte ich mich mal insbesondere an die Männer – die hohe Sterblichkeit bei Männern in den angeblich besten Jahren zwischen 30 und 50.

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Diese Sterberate ist doppelt so hoch wie in den alten Ländern. Ein Phänomen, welches schon in DDR-Zeiten eine Rolle spielte. Hier kann ich bloß Stichworte nennen: Alkohol, Herz- und Kreislauferkrankungen.

In 20 Jahren hat sich die Altersstruktur bundesweit verschoben. In Mecklenburg-Vorpommern werden dann 3 von 10 Einwohnern über 60 Jahre sein. Das kann man beklagen, aber ich meine, wir sollten darüber nachdenken, welchen Nutzen wir für die Entwicklung des Landes daraus ziehen sollten. Die Bevölkerungsverluste der kommenden 20 Jahre, so sagen die Demographen, werden sich auf 90 Prozent der so genannten Sterbeüberschüsse und nur zu 10 Prozent aus Wanderungsverlusten zusammensetzen. Man sollte hier, glaube ich, auch deutlich sagen, wie sich die Bevölkerungsentwicklung Mecklenburg-Vorpommerns zusammensetzt, wo die konkreten Ursachen liegen.

Die Verluste von 1990 bis Ende 2000 sind zu 38 Prozent auf Wanderungsverluste zurückzuführen, einschließlich derer, die mit Gebietsabtretungen zu tun haben. Hier zogen vor allem mehr junge Menschen fort als zu, meist auf der Suche nach einem Ausbildungs- und Arbeitsplatz. Besonders junge Frauen um die 20 verlassen unser Land und verringern damit natürlich wieder die Aussichten auf höhere Geburtenraten in Mecklenburg-Vorpommern, trotz der von mir erwähnten positiven Tendenz. Da ist es wenig tröstlich, dass die negativen Faktoren an der Entwicklung nicht allein Mecklenburg-Vorpommern treffen, sondern den gesamten Osten, alle Bundesländer und die meisten Staaten der Europäischen Union.

Die Vorausberechnungen der Bevölkerung bis zum Jahr 2020 sind der Orientierungsrahmen für die Entscheidungen der Landesregierung. Das führte und wird auch zukünftig zu weitreichenden Konsequenzen in vielen Bereichen der Politik führen. Die Landespolitik kann allerdings nur punktuell beeinflussen. Stärkere Schwerpunkte und eine neue Weichenstellung müssen vor allem vom Bund kommen. Ich nenne da nur die Stichworte Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeitmodelle für Eltern oder finanzpolitische Maßnahmen für Familien mit Kindern, denn auch eine aktive Zuwanderungspolitik der Bundesregierung kann die Entwicklung zwar entschärfen, das Problem lösen kann sie nicht.

Mecklenburg-Vorpommern setzt den Akzent darauf, gut ausgebildete junge Menschen im Land oder zumindest in Verbindung mit dem Land zu halten. Gehen junge Leute zur Ausbildung oder zum Berufsstart in ein anderes

Bundesland, sollen sie wieder zurückkommen und in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt einbezogen werden. Mit traditionellen Arbeitsplätzen allein ist das in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern nicht zu machen. Wir setzen auf neue Technologien, auf den Ausbau unserer Forschungslandschaft, auf attraktive Standorte, Unternehmensansiedlung, auf den Tourismus als zukunftsfähigen Wirtschaftszweig, auf innovative Studiengänge an unseren Hochschulen, die junge Leute im Land halten und Zuzüge weiterhin fördern.

Mit dem Start der Kontaktagentur „mv4you“ – Mecklenburg-Vorpommern für dich – vor zwei Wochen bieten wir jungen Menschen sozusagen einen direkten Draht nach Hause an und unseren heimischen Unternehmen die Möglichkeit, um abgewanderte Fachkräfte zurückzuwerben. Und dieses Angebot wird wahrgenommen. Es gibt bereits Anmeldungen aus der gesamten Bundesrepublik, aus London. Unternehmen bieten bereits über diese Agentur „mv4you“ Arbeitsplätze an. Andere Maßnahmen meines Hauses sind das Programm „Jugend, Arbeit, Zukunft“, das wurde hier debattiert, mit vielen passgenauen Bausteinen für bestimmte Regionen und Situationen, Existenzförderprogramme, speziell für junge Menschen,

(Dr. Berndt Seite, CDU: Jaja.)

und besondere Qualifizierungsangebote, die von Unternehmen begleitet werden. Die Wirtschaft muss jetzt ihren Nachwuchs heranziehen, ausbilden und qualifizieren, denn das Angebot an Ausbildungsplätzen wird die Nachfrage bald weit übersteigen. Das wissen wir alle aus der demographischen Entwicklung.

Um eine Anmerkung zu machen, es gibt eine Untersuchung, die in meinem Auftrag ausgeführt wurde: Es werden uns im Jahre 2010 130.000 Fachkräfte in Mecklenburg-Vorpommern fehlen, ursächlich bedingt durch die wirtschaftliche Entwicklung, aber auch durch die demographische Entwicklung. Hier besteht Handlungsbedarf und da sind wir als Politiker selbstverständlich gefragt.

Bei der Landesentwicklung und Raumplanung wie auch bei der Wohnungsbauförderung steuern wir um, weg von der Neubauförderung hin zum Bestand, vor allem in den historischen Stadtzentren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Privatisierung der Platte.)

Immerhin lebt inzwischen fast schon die Hälfte der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns in städtischen Umlandregionen, umgezogen aus den Dörfern und aus den Stadtkernen in die so genannten Speckgürtel, die großzügig gefördert wurden. Die kommunale Neuordnung durch Zusammenschlüsse von Gemeinden zu handlungsfähigen Gebietskörperschaften, die Regionalisierung unserer Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik, die Förderung von Existenzgründern für ein unternehmensfreundliches Klima im Land, die Umsteuerung in der Wohnungsbauförderung von Neubau auf Umbau und Bestandssicherung vor allem in den Zentren, das sind nur einige Maßnahmen, mit denen die rot-rote Landesregierung auf die Situation reagiert.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Privatisierung der Platte – sehr erfolgreich!)

Gerade vorige Woche haben wir beim Bündnis für Arbeit in Vorpommern das Paket von 61 Maßnahmen vorgestellt, mit denen besonders in den östlichen Landesteilen die Entwicklung der Infrastruktur, der Forschung und Ausbildung weiter vorangetrieben wird.

(Beifall Andreas Bluhm, PDS)

Außerdem bereiten wir uns in enger Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarn auf die Osterweiterung der Europäischen Union vor. Auch hier liegen große Chancen und Möglichkeiten für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was aber in Deutschland dringend vonnöten ist, um der demographischen Entwicklung entgegenzuwirken: Unsere Gesellschaft muss unbedingt kinderfreundlicher werden. In Deutschland sind Kinder eher störend, ob quälend an der Kasse im Laden oder bei der Wohnungssuche. Arbeitgeber wollen Angestellte, die immer verfügbar sind, und keine, die pünktlich gehen müssen, weil die Krippe schließt, oder die mal fehlen könnten, weil sie ein krankes Kind versorgen. Kinderlose Ehepaare, bei denen beide verdienen, sind am Ende ihres Berufslebens bei ihrer Einkommensbilanz immer noch Gewinner gegenüber Familien mit Kindern. Die grundsätzliche Haltung und die Rahmenbedingungen müssen sich hier zugunsten derer, die Kinder haben, verändern. Angesichts der alternden Gesellschaft geht uns sonst bald der qualifizierte Nachwuchs aus und die Unternehmen können dann auf allein erziehende und gut ausgebildete Mütter auch nicht mehr verzichten.

Meine Damen und Herren! Eine Patentlösung für die komplexen Probleme der demographischen Entwicklung hat hier wohl keiner anzubieten, sonst würden wir nicht darüber reden. Was wir brauchen, ist ein realistisches Problembewusstsein. Demographische Entwicklungen sind schließlich keine Momentaufnahme, sondern langfristige Tendenzen. Deswegen sollten gerade Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, die Maßnahmen der Landesregierung anerkennen. Legen Sie Ihre Vorschläge auf den Tisch,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

die – und das ist ja wohl Ihr eigener Anspruch, Herr Born – realitätsbezogen, zukunftsorientiert, umsetzbar und finanzierbar sind!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Eine Privatisierung der Platte werden Sie mit uns nicht hinkriegen.)

Darauf bin ich wirklich gespannt und sicherlich nicht nur ich freue mich auf die Debatte. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich eine Delegation aus dem kanadischen Bundesparlament hier begrüßen darf. Sie steht unter der Leitung des Abgeordneten Bob Mills. Die Abgeordneten sind seit gestern Abend bei uns und werden heute sowie morgen Vormittag im Land herumreisen. Seien Sie herzlich willkommen! Wir wünschen Ihnen schöne Tage hier.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Bretschneider von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Bretschneider.

Sylvia Bretschneider, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Arbeitsminister hat zu Recht gesagt, wir haben keine Patentlösung anzubieten, aber Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben offensichtlich überhaupt nichts anzubieten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Die Äußerungen des Kollegen Born hier vorne waren von Wörtern geprägt wie „hätte“, „wäre“, „wenn“. Das sind alles Dinge, die dem Konjunktiv zugerechnet werden. Konjunktiv ist Möglichkeitsform. Herr Born, Sie hätten die Möglichkeit gehabt, hier inhaltlich darzustellen, was Sie denn anzubieten haben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das kommt gleich. Warten Sie noch ein bisschen!
Warten Sie noch ein bisschen!)

Ich kann nur konstatieren, Ihr Beitrag war jämmerlich. Sie haben nichts angeboten.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Sie haben sich an Formalien festgehalten und haben zur Sache nichts, aber auch gar nichts gesagt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Das liegt an der Höflichkeit Ihres Antrages, Frau Bretschneider, ganz einfach.)

Im Jahr 2020 wird das Land Mecklenburg-Vorpommern nach der von der Landesregierung erarbeiteten Bevölkerungsvorausberechnung nur noch circa 1.614.000 Einwohner haben. In den nächsten 20 Jahren werden Wanderungen lediglich mit 10 Prozent zu den Bevölkerungsverlusten beitragen. Circa 90 Prozent der Bevölkerungsverluste beruhen darauf, dass zu viele Menschen sterben aufgrund von fehlenden Geburten. Auch durch die inzwischen wieder ansteigenden Geburtenraten wird in absehbarer Zeit

(Harry Glawe, CDU: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben? Wer schreibt denn so was auf?)

kein ausgeglichenes Saldo zwischen Geburten und Gestorbenen erreicht werden. Infolge dieser Entwicklung wird bei insgesamt sinkender Bevölkerung der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung langfristig deutlich ansteigen, der der jungen Menschen abnehmen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wer hat das aufgeschrieben? – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Politik und Gesellschaft müssen sich auf diese Entwicklung einstellen, die nicht nur Folgen für die Alterssicherung und die sozialen Sicherungssysteme insgesamt hat, sondern fast alle gesellschaftlichen Bereiche betrifft, die Bildungspolitik ebenso wie die Wohnungs-, Infrastruktur-, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Senioren- sowie Jugendpolitik. Auf letztere möchte ich intensiver eingehen.

Meine Damen und Herren, die junge Generation trägt neue Ideen und Anregungen in unsere Gesellschaft. Mecklenburg-Vorpommern ist auf diesen Beitrag angewiesen, denn nur so bleibt das Land offen für die Zukunft und die kreative Gestaltung des Wandels. Die große Mehrheit der Jugendlichen ist heute in ihren Lebensplänen mobiler und flexibler als vorangegangene Generationen und das ist gut so. Die schnelle Entwicklung bringt aber auch ein verbreitetes Bedürfnis nach Sicherheit und Geborgenheit und nach sozialer Anerkennung mit sich. Familie und Beruf sind wieder zu zentralen Wertorientierungen geworden. Jugendliche wollen sich für den Beruf gut qualifizieren und vorbereiten. Gleichwertig neben dem

Beruf wünschen sie sich festen Halt in Partnerschaft und Familie. Von der Politik erwartet die junge Generation zu Recht gute Rahmenbedingungen, um ihre Interessen und Fähigkeiten eigenverantwortlich entwickeln und umsetzen zu können.

Meine Damen und Herren, für unsere Zukunft gilt es, die Chancen junger Menschen weiter zu verbessern. Die Jugendarbeitslosigkeit ist dabei eines der drängendsten Probleme in Mecklenburg-Vorpommern. Die Folge ist häufig der Wegzug der Jugendlichen. Wir dürfen nicht die Augen vor diesem Problem verschließen, sondern müssen alles daransetzen, der Jugend eine berufliche Perspektive in unserem Land zu bieten. Es geht deshalb darum, hier vor Ort Zukunftschancen zu eröffnen. Dabei muss das Land flankierende Maßnahmen unterstützen. Durch den Prozess des Wegzugs Jugendlicher verlassen vor allem kreative, flexible, sich selbst etwas zutrauende und zukunftsorientierte junge Menschen unser Land.

(Dr. Berndt Seite, CDU: Richtig.)

Notwendig ist es, junge, gut ausgebildete Fachkräfte im Land zu halten und jungen Menschen, die keine Ausbildung haben oder keinen Ausbildungsplatz finden, neue Zugangswege anzubieten. Neben einer Verbleibepolitik für junge Menschen benötigen wir aber auch eine Rückkehrpolitik, damit diese jungen Menschen hier ihre Lebensperspektive entwickeln. Hierzu gehört auch, dass Mecklenburg-Vorpommern ein familienfreundliches Land ist, denn die meisten jungen Leute wünschen sich stabile Beziehungen und Kinder.

Meine Damen und Herren, es ist bekannt, dass die Unternehmen zukünftig vor einem Arbeitskräfteproblem stehen werden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ihnen auch?)

Bereits ab 2005 wird die Zahl der Ausbildungsplätze vermutlich über der der aus den Schulen entlassenen Kinder und Jugendlichen liegen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja eine ganz neue Erkenntnis, Frau Bretschneider.)

also wir werden wahrscheinlich in Zukunft mehr Ausbildungsplätze haben als Bewerber dafür.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja ganz neu.)

Ja, Sie müssten mal Statistiken lesen, Herr Born.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD –

Dr. Ulrich Born, CDU: Wissen Sie, wir machen das schon seit fünf Jahren.)

Wenn Sie sich inhaltlich mal mit den Dingen befassen würden, dann hätten Sie diese Erkenntnis inzwischen auch schon.

Richtig sind in diesem Zusammenhang Überlegungen, Unternehmen dabei zu unterstützen, junge Fachleute einzustellen sowie Existenzgründungen junger Menschen zu fördern. Wichtig ist dabei, dass die Politik die laufenden Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit begleitet und sie an die realen Erfordernisse anpasst.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Hat er gesagt.)

Gute Erfolge verzeichnet das Landesprogramm „Jugend baut“. Dieses wurde jetzt durch das Landesprogramm „Jugend, Arbeit, Zukunft“ erweitert. Durch gezielte Investitionszuschüsse des Landes an Kommunen und

Träger sollen für junge Fachkräfte nach der außerbetrieblichen Ausbildung Arbeitsplätze im IT-Bereich geschaffen werden. Das sichert jungen Fachkräften eine Beschäftigung in solchen Zukunftsbranchen wie der Informations- und Kommunikationstechnologie und schafft wirkliche und nachhaltige Perspektiven im Land. Ich will jetzt auf die Kernidee des Programms „Jugend, Arbeit, Zukunft“ nicht weiter eingehen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dazu ist schon einiges gesagt worden. Wichtig ist vielleicht noch mal, dass das Programm finanziell ausgestattet wird mit über 10 Millionen DM aus dem Titel „Zukunft für die Jugend in Mecklenburg-Vorpommern“.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Für den Start stehen allein in diesem Jahr 2 Millionen Mark bereit, mit steigender Tendenz in den nächsten Jahren.

Herr Born, wir sind hier nicht in der Muppets-Show, sondern im Landtag, vielleicht hören Sie mir zu.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –

Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Notwendig ist meines Erachtens, die Eigeninitiative und den Unternehmergeist junger Menschen zu fördern. Vor dem Hintergrund der Tendenz des Wegzugs junger Menschen aus Mangel an Arbeitsplätzen hat die Schaffung innovativer Arbeitsplätze allergrößte Priorität auch in der Forschungs- und Technologiepolitik. Die Landesregierung hat dazu den schon erwähnten Zukunftsfonds eingerichtet. In den Mittelpunkt der Verwendung der Finanzmittel soll die Förderung der Jugend und junger Existenzgründer gerückt werden. Die Tendenz des anhaltenden Wegzugs, besonders von jungen qualifizierten Menschen, muss gestoppt und umgekehrt werden. Dazu kann der Zukunftsfonds einen Beitrag leisten. Zudem sollten europäische Wanderrungs- und Freiwilligenjahre gefördert und ausgebaut werden, um für zeitbefristete Mobilität, Arbeitswelterfahrung im Ausland und damit verbundene Erhöhung der Fremdsprachenkompetenz Anreize zu schaffen.

Auch die Hochschulen, und hier besonders die Fachhochschulen, sind dabei, sich auf die neuen Herausforderungen in der Wirtschaft einzustellen. Vor allem in den Studiengängen der Informations- und Technologiebranche werden neue Studiengänge angeboten, die die Ausbildung einerseits erheblich verkürzen und andererseits den Praxisbezug verstärken. Damit wächst die Attraktivität unserer Hochschulen im nationalen, aber auch im internationalen Maßstab. Die Rahmenbedingungen für die Flexibilität und inhaltliche Ausrichtung der Studiengänge und Forschungsschwerpunkte werden in naher Zukunft mit dem zu verabschiedenden neuen Landeshochschulgesetz noch verbessert. Das stimmt mich angesichts der gegenwärtigen intensiven Bemühungen zur Modernisierung von Lehre und Forschung an unseren Hochschulen optimistisch sowohl für die künftigen Zahlen von Studentinnen und Studenten im Land als auch für qualitative Verbesserungen.

Zur Schaffung beruflicher Perspektiven gehört jedoch auch, besonders in den ländlichen Regionen die Lebensqualität für junge Menschen zu steigern.

(Harry Glawe, CDU: Jaja.)

Jugendtreffs, Kino und Theater, vor allem aber Möglichkeiten der kreativen Freizeitgestaltung und das ehrenamtliche Engagement

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

verdienen gesellschaftliche Anerkennung und Förderung.

Zudem, meine Damen und Herren, hat die Bundesregierung mit dem Programm „Chancen im Wandel“ als erste Bundesregierung überhaupt erstmals ein umfassendes, ressortübergreifendes Programm zur Jugendpolitik vorgelegt. Mit dem Regierungsprogramm wird unterstrichen, dass Jugendpolitik Querschnittspolitik ist, die einer klaren politischen Leitlinie folgt. Die zwei wesentlichen Ziele sind, der jungen Generation bessere und gerechtere Chancen auf Arbeit und Bildung zu ermöglichen und die Erziehung zu Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit zu verstärken. Die SPD-geführte Bundesregierung hat bereits in den ersten drei Regierungsjahren bewiesen, wie positiv sich eine koordinierte Politik für die Jugend auswirkt. Die Bündelung und Verzahnung der vorhandenen Jugendaktivitäten wird nun noch weiter verstärkt.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Jugendpolitik ist damit in allen zentralen Handlungsfeldern verankert und umfasst die ganze Palette von Themenbereichen.

Herr Glawe, Sie waren nicht mal bereit, die Beteiligung von Jugendlichen an gesellschaftlichen Prozessen mit zu unterstützen

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja, ja, ja.)

und sitzen hier und maulen und meckern nur an unseren Vorschlägen herum. Ich finde das unglaublich. Ich finde es unglaublich!

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich bitte die Zwischenrufe jetzt endlich mal etwas einzustellen. Es wird ständig dazwischengeredet.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Aber
dann auch auf der anderen Seite.)

Es ist auf der anderen Seite nicht so dazwischengeredet worden, Herr Rehberg. Ich sehe das von hier oben sehr genau

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja? –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und ich bitte auch, das zu beachten.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Jaja, wir werden uns wieder sprechen. – Minister Till Backhaus:
Was ist denn das hier für ein Stil?! Er
ist wieder größenwahnsinnig heute.)

Sylvia Bretschneider, SPD: So erhalten Kinder und Jugendliche in benachteiligten Lebensverhältnissen noch bessere Unterstützung. Ein neues, auf fünf Jahre angelegtes Programm soll die Lebensbedingungen junger Menschen verbessern, die in sozial schwachen Regionen von fehlenden Bildungs-, Ausbildungs- und Unterstützungsmöglichkeiten betroffen sind. Im Rahmen des Kinder- und Jugendplans werden neue Initiativen gefördert, aus denen in Zusammenarbeit mit Kommunen und der Wirtschaft Projekte von Jugendlichen für Jugendliche hervorgehen. Die Chancen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung müssen allen Jugendlichen

offen stehen. Sie müssen die Chance haben, ihre Ideen zu realisieren, ihren eigenen Weg zu finden und aktiv am materiellen und ideellen Reichtum der Gesellschaft teilzuhaben.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Volker Schlotmann, SPD)

In der Jugendpolitik haben soziale Gerechtigkeit und Sicherheit daher ebenso Gewicht wie Modernität und Individualität. Jugendliche brauchen Freiräume zur Entfaltung, sie brauchen aber auch Sicherheit in dreifacher Hinsicht: materielle Sicherheit, Sicherheit auf soziale Anerkennung und Sicherheit im gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Bilanz der ersten drei Regierungsjahre beweist deutlich, wie entschieden die Politik der gesamten Bundesregierung die Chancen junger Menschen fördert, und diesen Weg gilt es auf Bundes- wie auch auf Landesebene weiterzugehen. Wir werden deshalb dem vorliegenden Antrag zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat jetzt die Vorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow. Bitte sehr, Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Dr. Born, es gibt keine Lösung des Problems und ich finde es schon etwas makaber, wenn nicht der Inhalt von Ihnen diskutiert, sondern an der Form herumgemäkelt wird. Haben Sie nie etwas von Dialektik gehört?

Die demographische Entwicklung ist eine wirkliche Herausforderung für ein zukunftsfähiges Land – und ich füge hinzu –, für die Politik, die Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft und deswegen werde ich Ihnen eine etwas längere Betrachtung des Themas jetzt nicht ersparen. Dieses gilt nicht nur für Mecklenburg-Vorpommern, sondern für uns alle.

Eine Kernthese der Demographen lautet: Bevölkerungsentwicklung ist das Resultat des Wirkens objektiver Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung sowie individueller Haltungen und Motive. Sie ist folglich eine Kombination aus objektiven und subjektiven Faktoren. Und sie ist vor allem ein langfristiger Prozess, bei dem Fehlentscheidungen zu Fehlentwicklungen führen, die erst sehr viel später sichtbar werden. Das ignoriert die Opposition in unserem Land und versucht, die Bevölkerungsentwicklung in jedem Falle als direktes Ergebnis der Qualität der aktuellen Politik zu verkaufen. Die Ursachen für diese Entwicklung liegen aber Jahre zurück und reichen noch über die DDR hinaus. Das heißt nicht, dass wir die vorhandenen Tatsachen ignorieren dürfen, aber ich bin davon überzeugt, dass sich Fakten, die sich über Jahrzehnte herausgebildet haben, eben nicht in kurzfristiger Zeit beseitigen lassen. Dies zu behaupten ist populistisch und unredlich.

Die demographische Entwicklung lässt sich in vier Grundprozesse einteilen:

1. Geburten,
2. Todesfälle,
3. Abwanderung oder man kann es auch Fortzüge nennen,

4. Zuwanderung oder eben Zuzüge.

Nur in ihrem Zusammenhang und ihren gegenseitigen Wechselbeziehungen lassen sie sich betrachten und sind so die Basis für Lösungsansätze. Ein Teilgebiet, zum Beispiel die Abwanderung, herauszugreifen, ist bei aller Bedeutung des Themas viel zu wenig.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Was würde es langfristig nützen, wenn, übertrieben formuliert, so wenig Kinder geboren werden, dass keiner mehr abwandern kann?

Meine Damen und Herren, das vorhandene Zahlenmaterial ist umfassend und in seiner Masse schon fast erdrückend. Es bildet die reale Situation korrekt ab, sagt aber natürlich wenig über die Ursachen und Lösungsmöglichkeiten. Was können wir aus den nackten Zahlen, bezogen auf die vier schon genannten Grundprozesse demographischer Entwicklung, entnehmen? Ich will, trotz dessen hier schon viel gesagt ist, es komprimiert zusammenfassen:

Erstens. Geburtenentwicklung und Sterbefälle

Seit 1991 gibt es in unserem Land mehr Menschen, die sterben, als Menschen, die geboren werden. Die Geburtenrate ist im Verhältnis zur DDR-Zeit auf ein Drittel gesunken. Das Saldo der Zahlen von 1994 betrug 10.901. So viele Menschen starben mehr, als in diesem Jahre geboren worden sind. Und noch 1999 standen 12.598 Geburten 17.458 Sterbefällen gegenüber. Das Erfreuliche daran ist, die Anzahl der Geburten steigt wieder in unserem Land, während sich die Zahl der Sterbefälle vermindert. Aber das Unerfreuliche, der Anstieg der Geburtenrate reicht nicht aus, um die Sterbefälle zu kompensieren. Das Verhältnis entwickelt sich positiv, aber wir sind von einem demographisch gesunden Saldo noch weit entfernt.

Man kann dies auch anders ausdrücken: Die Nettoreproduktionsrate liegt bei 0,65 Prozent, das heißt, die Elterngeneration wird nur zu zwei Dritteln durch Nachkommen ersetzt. Anzumerken wäre auch, dass diese Entwicklung kein Phänomen unseres Landes ist, sondern wir uns in einem Boot in der Bundesrepublik und in anderen Industriestaaten befinden. Geht das so weiter, könnte aus dem Boot aber auch ein sinkendes Schiff werden.

(Zurufe von Dr. Berndt Seite, CDU,
und Reinhardt Thomas, CDU)

Meine Damen und Herren der CDU, ich habe Ihnen sehr gut zugehört. Vielleicht sollten Sie dies wirklich tun.

Zweitens. Zu den Wanderungsbewegungen

Wanderungsbewegungen erfassen Zu- und Fortzüge über die Landesgrenzen hinweg. Das ist ein Zustand, von dem wir alle wissen und der uns bewegt. Es gibt jedoch noch einen anderen, nämlich die Wanderungsbewegungen innerhalb des Landes. Sie sind für politische Entscheidungen mindestens genauso wichtig. Die Folgen dieser Bewegungen sehen wir zum Beispiel an dem Problem der Speckgürtel um die kreisfreien Städte, aber auch in einer zunehmenden Überalterung in unseren kleinen Gemeinden.

Doch lassen Sie mich zurückkommen zu den Zu- und Wegzügen über die Landesgrenzen hinweg. Die 1990 begonnene Wanderung hat sich hinsichtlich ihrer Grundmuster, also objektive und subjektive Faktoren, bis 1999 doch kaum verändert. In den letzten Jahren sind aller-

dings zwei wiederum gegensätzliche Tendenzen nachweisbar. Das Erfreuliche: Bei der Altersgruppe über 60 sind deutliche Zuwächse bei den Zuzügen in unserem Land zu verzeichnen. Das Unerfreuliche: In der Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen verlassen überproportional viele junge Menschen das Land. Darunter sind zwei Gruppen, die richtig wehtun: Es sind gut ausgebildete und – was für mich noch schlimmer ist – es sind gut ausgebildete junge Frauen. Die Folgen sind, dass es einen erheblichen Männerüberschuss von circa 10.000 im Land gibt.

(Harry Glawe, CDU: Das muss aber nicht
schlecht sein. – Zuruf von Dr. Berndt Seite, CDU)

Das könnte uns Frauen freuen, macht aber auch Sorgen. Gravierender jedenfalls daran ist, die jungen Frauen nehmen die Kinder mit, die geborenen und die ungeborenen. Mit dem Verlust von jungen Frauen verlieren wir im Land Mecklenburg-Vorpommern praktisch doppelt.

(Beifall Karla Staszak, SPD)

Beide Prozesse haben ihre Auswirkungen auf die allgemeine Bevölkerungsentwicklung. Von 1990 bis Ende 1999 nahm die Bevölkerung in unserem Land um circa 175.000 Einwohner ab. Das ist ein Rückgang von 8,9 Prozent. Zum Vergleich: Sachsen verlor 30 Prozent, Sachsen-Anhalt 26 und Thüringen 14. Es gibt Zuwachsraten: Bayern plus 68 Prozent, Brandenburg plus 11 Prozent und Niedersachsen plus 33 Prozent. Glaubt man den Prognosen, dann wird sich bis 2020, das ist hier schon gesagt worden, unser Bevölkerungsanteil um weitere 176.000 Menschen verringern.

Beide Prozesse, die ich vorhin darstellte, haben Auswirkungen auf die Altersstruktur. Der Anteil der Einwohner, die älter als 60 Jahre sind, wird rapide ansteigen. Wir lagen 1990 noch bei 15,7 Prozent, hatten 1999 20,1 Prozent und werden 2020 voraussichtlich einen Anteil von 25,2 Prozent haben. Bei den unter 20-Jährigen sehen wir den umgekehrten Trend. Hatten wir 1990 noch einen Anteil von 28,0 Prozent an der Bevölkerung unter 20 Jahren, so fiel dieser 1999 auf 22,3 und wird 2010 mit circa 14,8 Prozent seinen Tiefstand erreichen. Prognostiziert für 2020 soll er wieder auf 17,5 Prozent steigen.

Wie bedrohlich diese Entwicklung vor allem auch im Rahmen der Bundesrepublik ist, zeigt eine Untersuchung, wonach Deutschland – angenommen, die Entwicklung bleibt so – nach 2020 zu den zehn ältesten Regionen der EU zählen wird. Tun wir nichts, vergreisen wir, oder noch schlimmer, wir riskieren auszusterben.

(Dr. Berndt Seite, CDU: Na, na!)

Meine Damen und Herren, so viel zu den nackten Zahlen, die auf dem Tisch liegen. Die Zahlen können nichts dafür. Da nützt auch ein „Na, na!“ nichts, dass sie so sind, wie sie eben sind.

In der politischen Diskussion werden sie allerdings häufig dazu benutzt, um Schuldige zu suchen und auch Verantwortung zu negieren. Ich glaube, das ist der falsche Weg. Es geht um die Zukunft des Landes, die Zukunft der Menschen, die hier leben und leben wollen. Der Grundsatz jedes politischen Handelns und jeder Entscheidung, ob bundes-, landes- oder kommunalpolitisch, sollte darauf gerichtet sein, die Lebensqualität in unserem Land so zu gestalten, dass die Menschen gern hier bleiben, gern in das Land ziehen und Frauen und Männer einen Sinn darin sehen, Kinder zu bekommen.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS,
und Andreas Bluhm, PDS)

Aber machen wir uns bitte bewusst, Kinderzahlen können genauso wenig verordnet werden, wie Abwanderung durch Restriktion zu stoppen wäre.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ein Denken in Einwohnerzahlen ist statistisch einfach und vor allem übersichtlich. Als Maßstab für Politikqualität halte ich es allerdings mit Blick auf die Langfristigkeit und Komplexität demographischer Prozesse für höchst untauglich. Wir müssen deshalb mehr vom quantitativen zum qualitativen Denken und Handeln übergehen. Denn wir haben doch nach 1990 eins gemeinsam gelernt: Jede Strukturveränderung ist für die demographische Entwicklung bedeutender als die Anzahl der Einwohnerverluste. Ich denke, wir sollten uns an die Ursachen halten und nicht an die Wirkungen. Das bewusste politische Eingreifen auf die Anzahl und die Struktur von Einwohnerinnen und Einwohnern bezeichnen die Demographen eben als Bevölkerungspolitik. Dazu gibt es zwei Wege, um sie zu gestalten, erstens den direkten über Anreize oder Restriktionen und zweitens den indirekten zum Beispiel über sozialpolitische Maßnahmen mit demographischen Effekten oder auch bewusste und unbewusste Unterlassungen, zum Beispiel bei Standortentscheidungen bevölkerungspolitische Komponenten nicht oder doch zu berücksichtigen.

Für mich sind dabei vor allem die langfristigen Wirkungen politischer Entscheidungen und ihre demographischen Folgen von eminenter Bedeutung. Ich meine, wir sind noch nicht sensibel genug, diese Komponenten in unsere Überlegungen einzubeziehen. Um es mit einem Bild aus dem Sport zu beschreiben: Wir müssen über eine lange Strecke in hohem Tempo rudern und dürfen nicht durch sinnlose Sprinteinlagen unsere Kräfte aufs Spiel setzen, um ans gemeinsame Ziel zu kommen. Das heißt nicht, dass nicht bei aktuellen Problemen kurzfristige Maßnahmen notwendig wären, aber auch sie müssen auf ihre perspektivischen Wirkungen geprüft werden. Das Motto sollte heißen: Kontinuität statt Aktionismus.

Meine Damen und Herren, wie bei vielen gesellschaftlichen Prozessen, gibt es in der demographischen Entwicklung eben eine Reihe objektiver, aber auch subjektiver Faktoren. Der Einfluss der Landespolitik auf ihre Gestaltung ist jedoch zu großen Teilen abhängig von den Rahmenbedingungen, die nicht in Mecklenburg-Vorpommern entstanden sind. Wir dürfen deshalb auch nicht so tun, als sei Mecklenburg-Vorpommern eine Enklave, die von bundes- oder europapolitischen Einflüssen verschont bliebe, denn das, was in den letzten zehn Jahren unserem Land an Rahmenbedingungen zugemutet wurde, war für die demographische Entwicklung zumeist kontraproduktiv. Ein besonders schlechtes Beispiel sind die Tarifunterschiede zwischen Ost und West, deren Angleichung offensichtlich in weiter Ferne liegt und die eine wesentliche Ursache für Abwanderung sind.

Wie das wirkt, kann ich an einem kleinen Beispiel belegen. Eine 19-jährige Laborantin kann nach der Lehre, die sie hervorragend abgeschlossen hat, bei uns im Land zwischen zwei Angeboten für einen Arbeitsplatz wählen und da ist sie schon sehr privilegiert:

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

In Schwerin, Herr Riemann, Anfangsgehalt 2.500 DM Brutto ohne weitere Steigerung nach der Probezeit,

Schicht- und Sonntagsdienst im Gehalt enthalten. In Lübeck Anfangsgehalt 3.000 DM Brutto, nach sechs Monaten Probezeit 3.500 DM Brutto (es ist eingetreten) ohne Schicht- und ohne Sonntagsdienst und seit diesem Jahr mit einem betriebseigenen Kindergarten und Elternbeiträgen von 150 DM. Welche Empfehlung, ich frage Sie, welche Empfehlung würden Sie geben, wenn es Ihre Tochter wäre?

(Dr. Berndt Seite, CDU: Nach Lübeck.)

Aber auch die aktuelle Diskussion zu den Abwerbungen von Lehrerinnen und Lehrern oder Polizistinnen und Polizisten in andere Bundesländer fällt uns doch mächtig auf die Füße. Das zwingt uns, eigene Vorschläge und Maßnahmen zusätzlich auf diese äußeren Bedingungen abzustimmen und manchmal auch über die Knüppel zu springen, die uns andere zwischen die Füße werfen.

Zu den objektiven Faktoren dieser Prozesse gehören aber auch die Globalisierung der Wirtschaftsabläufe, die Lebensentwürfe von Menschen, die nicht vorhersehbar und planbar sind, die wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen, die weichen Standortfaktoren und die Offenheit einer Gesellschaft für Zuwanderung und Integration.

Meine Damen und Herren, viel schwieriger als diese objektiven Faktoren sind die subjektiven, das schon deshalb, weil dort mehr Gefühle als Tatsachen die Bewertung bestimmen. Dieses Phänomen kennen wir doch aus dem Bereich der inneren Sicherheit. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen ist schlechter als die objektiv bewertete Situation. Wir sollten uns als Politikerinnen und Politiker davor hüten, eine subjektive Wahrnehmung allein zur Grundlage von Entscheidungen zu machen oder die Ängste der Menschen vordergründig für parteipolitische Profilierungen zu benutzen, die zudem die eigene Verantwortung völlig ignorieren würden.

(Sylvia Bretschneider, SPD: So, wie das die CDU macht. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und deshalb lassen Sie mich zur subjektiven Wahrnehmung etwas sagen. Ich möchte das an zwei Faktoren illustrieren:

Abwanderung junger Menschen. Wir wollen, dass sich junge Leute ausprobieren, sich den Wind um die Nase wehen lassen. Es ist dann nicht normal, dass sie sich in die Fremde begeben, sich von ihrem Zuhause trennen, sie sollen und sie sollten sich doch abnabeln. Die spannende Frage ist, ob die Nabelschnur, die sie mit ihrer Heimat verbindet, für immer zerrissen wird oder ob das durch sie fließende Heimatgefühl stark genug ist, um sie später zurückzubringen. Für uns, die wir in der DDR gelebt haben, ist eine grenzüberschreitende Wanderung zudem etwas Neues. Ich kann es nur als Gewinn betrachten, der den Nachteil allemal aufwiegt. Für mich ist auch fraglich, ob die derzeitigen Abwanderungstendenzen außerhalb normaler Gegebenheiten liegen. Wir wissen, dass 30.829 Menschen im Jahr 2000 zu uns ins Land gekommen sind. 40.307 Menschen aber haben unser Land verlassen. 1.786.100 sind in diesem Land geblieben. Wie gestalten wir den Prozess des Gehens und des Kommens oder Wiederkommens so, dass er demographisch und damit gesellschaftlich nützlich ist, und wie sorgen wir für die, die hier bleiben?

Und ein zweites subjektives Moment – Abwanderung und Heimatgefühl –, Mecklenburgerinnen und Mecklenburger, Vorpommerinnen und Vorpommern sind bekann-

termaßen ein bodenständiges Volk und unser Land ist doch wirklich ein schönes Fleckchen Erde. Darum muss man sicher mit der Tatsache leben, dass Menschen uns verlassen, weil sie sich aus sehr persönlichen Gründen dafür bewusst entscheiden. Wir dürfen uns allerdings nicht damit abfinden, dass Menschen dieses Land verlassen, weil sie durch ihre wirtschaftliche Situation dazu praktisch gezwungen werden,

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

denn sie würden bleiben, wenn sie könnten. Der Beweis für diese Bodenständigkeit sind die vielen Pendlerinnen und Pendler, die große Strapazen auf sich nehmen, um in ihrer Heimat zu bleiben. Heimatgefühle und Identität haben offensichtlich eine große Bindungswirkung. Ob diese Bindungen allerdings durch das Internet aufrechterhalten werden können, will ich bezweifeln, denn der Nachteil besteht darin, dass man Familie und Freunde im Gespräch nicht mehr hat, man das Rapsfeld, wenn es blüht, nicht mehr riechen kann und den Baum, der sich in der Jahreszeit verändert, nicht mehr sieht. Es ist mir einfach zu steril.

Was mir Sorge bereitet, ist der subjektive Eindruck zur Bevölkerungsentwicklung im gesellschaftlichen Leben. Es entsteht der Eindruck, die Landesregierung sehe der aktuellen Entwicklung tatenlos zu, und dieser Eindruck wird durch die Opposition in diesem Land massiv verstärkt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Oh, da sind wir noch schuld.)

Das kann die Opposition weiter tun. Ich frage mich jedoch, was dann die gegenteiligen Beteuerungen, man wolle mit dem Thema keine Parteipolitik machen, sollen. Das ignoriert, bedenkt man die Langfristigkeit demographischer Prozesse, ihren maßgeblichen Einfluss in acht Jahren Landes- und Bundespolitik in unserem Land.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD: Gedächtnisverlust.)

Aber so ist das, wenn man im Jahr 1998 wie Phönix aus der Asche praktisch neu und von allem eingewaschen emporsteigt.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die Situation erkannt und versucht, darauf zu reagieren und gegenzusteuern. Ich will dabei Beispiele aus drei Bereichen einfach aneinander reihen. Wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch wurden hohe Anstrengungen unternommen, um durch die gezielte Strukturpolitik die industrielle Basis des Landes zu verbessern. Das verarbeitende Gewerbe konnte in den vergangenen Jahren die Talsohle durchschreiten. Die entstandenen neuen Arbeitsplätze werden aber durch die Baukrise aufgeessen. Das Land verstärkt die Förderung von Unternehmen im Hochtechnologiebereich, die gezielte Förderung von Existenzgründerinnen und -gründern, insbesondere eben für junge Frauen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und die Computer bleiben außerhalb der Schulen.)

Das Angebot „Virtuelles Dorf Mecklenburg-Vorpommern“ trägt erste Früchte. Die Standortoffensive der Regierung in Auswertung der guten Erfahrungen und Kooperation bei der BMW-Bewerbung wird fortgeführt. Die Förderung des Tourismus ist ein wesentlicher Standortfaktor und Standortvorteil. Die Arbeitsmarktpolitik wird

auf hohem Niveau weiter betriebsbezogen organisiert und auf Qualifikation ausgerichtet. Das Programm „Jugend- und Schulsozialarbeiter“ ist als Einstieg in den ÖBS geschafft und akzeptiert. Jeder Jugendliche, der es will, erhält einen Arbeitsplatz.

(Reinhardt Thomas, CDU: Theoretisch geht es immer vorwärts, praktisch ist es eine Talfahrt.)

Das Programm „Jugend, Arbeit, Zukunft“, Frau Kollegin Bretschneider, ist darauf eingegangen.

Zur Bildung: Mit dem Entwurf des Landeshochschulgesetzes soll die Attraktivität unserer Hochschulen gesteigert werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das sehen die Hochschulen aber ganz anders.)

Insbesondere soll erreicht werden, dass noch mehr Studierende aus anderen Bundesländern und dem Ausland in Einrichtungen unseres Landes studieren. Und ich bin stolz auf die Einschreibrekorde dieses Jahres zum Beispiel in unserem Land.

(Dr. Berndt Seite, CDU: Ja, da sind gute Leute drunter.)

Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Hochschulen mit der Wirtschaft, insbesondere dem Hochtechnologiebereich, werden verbessert, die Forschung an innovativen und zukunftssträchtigen Projekten wird zielgerichteter unterstützt. Das Konzept zur Regionalschule in Verbindung mit der Rückkehr zum Abitur nach zwölf Jahren verbessert die Qualität und Quantität schulischer Bildung

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und unterstützt die Sicherung von Standorten trotz zurückgehender Schülerzahlen.

Zur Sozialpolitik: Wir haben

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir haben das Erziehungsgeld eingefroren und das Blindengeld. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

bei allen Problemen ein flächendeckendes System an Kindertagesstätten, gute gesundheitspolitische Ansätze, ein verbessertes Beratungs- und Betreuungssystem und wir leben in einem schönen, gesunden und klimatisch wirklich vorzeigbaren Land.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Ich weiß, meine Damen und Herren, zumindest aus der DDR-Zeit,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die Luft ist seit 1990 deutlich besser geworden.)

dass wir im Umweltbereich Unzulänglichkeiten zugelassen haben, die die Landesregierungen hier in diesem Land verändert haben,

(Harry Glawe, CDU: Die gebückte Haltung.)

und dafür bin ich dankbar auch im Namen meiner Kinder. Ich weiß, meine Damen und Herren, das ist nicht genug, wir hören das ja, und vor allem ist es nicht vordergründig spektakulär. Es sind kleine Schritte und sie müssen erweitert und fortgesetzt werden, was mit dem Blick auf unsere Haushaltsfinanzen nicht besonders glücklich

scheint. All dies reicht aber offensichtlich nicht aus, meine Damen und Herren, um die demographischen Grundprozesse und ihren komplexen Charakter so positiv zu beeinflussen, wie es nötig wäre. Vielleicht hilft es uns, ein schon 1992 geplantes Forschungsprojekt mit dem Titel „Zu den demographisch-soziologischen Disproportionen in Mecklenburg-Vorpommern“ auf den Weg zu bringen.

Darf ich noch drei Sätze sagen?

(Zurufe aus dem Plenum: Ja.)

Oder hilft es uns, zum Beispiel nicht doch intensiver folgende Thesen zu diskutieren?

1. Arbeitsplätze verhindern Abwanderung und befördern Zuwanderung,

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

2. Lebensbedingungen und eine soziale Situation führen zu Geburten und schaffen eine orts- und heimatgebundene Identität und

3. wir brauchen Zuwanderung in unserem Land.

(Zuruf von Dr. Berndt Seite, CDU)

Ich bin leider nicht in der Lage gewesen, alles auszuführen. Ich bitte Sie vielleicht, wenn Sie es interessiert, mich zu fragen. Ich stelle Ihnen mein Redekonzept gerne zur Verfügung.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU, und

Harry Glawe, CDU: Sehr gut! Sehr gut!)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schildt von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schildt.

Ute Schildt, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag lautet „Demographische Entwicklung – Herausforderung für ein zukunftsorientiertes Land“.

Herr Dr. Born, Zukunft ist für mich bunt, sehr bunt und braucht viele Buntstifte, um dieses Bild auszumalen. Wenn der Titel, wenn der Antrag für Sie leer ist, dann haben Sie wieder die schwarze Farbe genommen und alles übertüncht.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Volker Schlotmann, SPD –
Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Und diese schwarze Farbe vermitteln Sie im ganzen Land. Wenn wir die Menschen mitnehmen wollen auf dem Gestaltungsprozess, dass sie an Zukunft glauben,

(Zuruf von Dr. Berndt Seite, CDU)

dann brauchen sie Farbstifte und nicht Ihren schwarzen Farbtopf.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Volker Schlotmann, SPD)

Es ist unbestritten, es sterben im Land mehr Menschen als geboren werden,

(Harry Glawe, CDU: Haben
Sie einen Rotstift in der Hand?)

es kommen weniger als gehen. Daran führt kein Weg vorbei, darum haben wir diesen Antrag auf die Tagesordnung gesetzt.

(Harry Glawe, CDU:
Sie machen nur Rotstiftpolitik.)

Sie sollten mal gucken, ob Sie auch Buntstifte finden, Herr Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Ja, Sie sollten
erst mal Ihre Rotstiftpolitik einstellen.)

Ich komme aus einem kleinen vorpommerschen Ort und da lebe ich 43 Jahre, da kennt jeder jeden. Und in diesen 43 Jahren habe ich viele gehen und kommen sehen. Das ist erstaunlich, ich kenne sie beim Namen, wenn ich das Revue passieren lasse. Das heißt, es ist nichts Besonderes. Das haben wir erlebt, das haben unsere Eltern erlebt, das erleben auch unsere Kinder. Dieser Prozess ist im Moment verschärft und darauf müssen wir reagieren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Holter hat
aber gesagt, das ist erst seit 1990 so.)

Aber wir dürfen es nicht mit schwarzer Farbe übertünchen, was wir da gestalten müssen und wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir brauchen die Menschen für diesen Prozess und da dürfen wir sie nicht frustrieren,

(Harry Glawe, CDU:
Sie machen nur Rotstiftpolitik.)

sondern da müssen wir Rahmenbedingungen schaffen und da müssen wir ihnen auch sagen, wo die Chancen sind in der Zukunft, wo wir sie brauchen. Dafür müssen wir Wege ebnen.

(Heiterkeit bei
Wolfgang Riemann, CDU: Ja, Otto.)

Und wenn wir über wirtschaftliche Entwicklungen in diesem Lande sprechen, dann fragen Sie die Industrie- und Handelskammer. Die hat in ihrem Bericht ganz deutlich gesagt, welche Technologiebereiche wir aufgrund unserer spezifischen Bedingungen entwickeln können. Dazu gehört die Bio- und Medizintechnologie, dazu gehört die Informations- und Kommunikationstechnologie,

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann geben Sie
doch mal die Computer frei für die Schulen!)

die Ernährungsbranche. Und diese Bereiche brauchen auch zukünftig Arbeitskräfte. Wenn im Moment junge Leute, weil sie noch keine Perspektive haben, das Land verlassen, werden wir künftig mit anderen Ländern im Wettstreit stehen um diese jungen Menschen, die diese neuen Technologiestandorte besetzen können.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und diese Perspektive müssen wir ihnen aufzeigen. Die müssen wir aber für uns auch beraten, die müssen wir für uns, mit uns beraten. Und wir sind angetreten zu gestalten. Und das können wir nur in den Ausschüssen tun,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das machen
Sie mit Holter und Klinger.)

indem wir uns Experten, Sachkundige und Bürger, die gestalten wollen, dazuholen. Es ist unsere Aufgabe und das haben wir mit diesem Antrag ganz klar und deutlich unterstellt,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Im Bauausschuss.)

meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Volker Schlotmann, SPD: Im Ausschuss
für Landesentwicklung und Raumordnung.
Das hat Herr Born noch nicht kapiert.)

Wir müssen unsere Menschen mitnehmen auf dem Prozess, wir müssen ihnen diese Perspektiven aufzeigen wollen und nicht das schwarze Loch, das Sie getüncht haben. Wir brauchen sie dazu. Und das beginnt an der Schule, das setzt sich fort in der Ausbildung,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

vielleicht müssen wir sie auch in ein anderes Bundesland schicken, weil es Technologien sind, die wir hier noch nicht vermitteln können. Aber wir müssen ihnen diese Zukunftsperspektive klar beschreiben und da sind wir dabei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine Vorredner haben klar und deutlich gesagt, welche Programme wir dafür schaffen, und da, wo diese Programme noch nicht ausreichen, wollen wir besprechen,

(Harry Glawe, CDU: Jaja.)

da wollen wir jetzt beraten, mit Sachkundigen beraten.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dieses Mittel, das wir suchen, das werden wir Ihnen beweisen, wird tauglich sein. Und wir nehmen die Menschen mit auf diesen Prozess, das ist unser Ziel

(Harry Glawe, CDU: Wir glauben Ihnen nicht mehr! Wir glauben Ihnen nicht mehr! –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

und das werden wir Ihnen beweisen. Stimmen Sie bitte unserem Antrag zu!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Andreas Bluhm, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Es ist mir von allen Fraktionen signalisiert worden, dass keine Überweisung mehr gewünscht wird, wie es im Ältestenrat verabredet war. Dann lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/2396 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/2396 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Einsetzung einer Enquetekommission „Bevölkerungsentwicklung und Perspektiven zum Leben, Arbeiten und Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern“, auf Drucksache 3/2398.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Einsetzung einer Enquetekommission
„Bevölkerungsentwicklung und Perspektiven
zum Leben, Arbeiten und Wohnen
in Mecklenburg-Vorpommern“
– Drucksache 3/2398 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Prachtl von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Prachtl.

Rainer Prachtl, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Eine seltsame Gasse am Rande der großen Stadt, dort, wo die Zeit still steht, wo der Putz von den Häuserwänden bröckelt, wo die Straßen voller Löcher sind, in denen das Wasser sich sammelt. Als das kleine Mädchen in die seltsame Gasse einbiegt, ist es ihr plötzlich, als ob sie unter Wasser gegen einen mächtigen Strom angehen müsse, oder gegen einen gewaltigen und doch unsichtbaren Wind, der sie einfach zurückbläst. Sie stemmt sich schräg gegen den rätselhaften Druck, zieht sich mühsam an Mauervorsprüngen weiter, kriecht auf allen Vieren und kommt doch nicht voran. ‚Ich komm nicht dagegen an!‘ ruft sie schließlich ihrer Begleiterin zu, die ihr schon weit, weit voraus ist, am anderen Ende der Gasse. ‚Hilf mir doch!‘“ Dies ist eine Szene aus dem Buch „Momo“ von Michael Ende.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU)

Und dieses „Hilf mir doch!“ ruft, ja schreit uns entgegen von Menschen, die keine Arbeit haben, die kaum soziale Bindungen haben, die unser Land verlassen wollen, Familien, Frauen, Männer, Jugendliche. Und wir wissen auch, es gibt verstummte Schreie, Resignation oder im schlimmsten Fall Suizid. Dies erkennt jeder, der offen mit den Bürgern unseres Landes spricht. Deshalb liegt Ihnen jetzt ein Antrag der CDU-Fraktion zur Einsetzung einer Enquetekommission, die sich mit der Bevölkerungsentwicklung und Perspektiven zum Leben, Arbeiten und Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern auseinander setzen soll, vor.

Michael Ende beschreibt in seinem Buch „Momo“ das Mühen und Kämpfen eines kleinen Mädchens, das zunächst vergeblich versucht, sich gegen einen übermächtig starken Gegenwind vom Fleck zu bewegen. Schließlich dreht sich das Mädchen um und plötzlich gelingt es ihr, sich ohne Schwierigkeit fortzubewegen. Es ist eine exzellente Geschichte für das erfolgreiche Beschreiten neuer Wege und dem Weiterkommen bei zunächst schier unlösbaren Problemen. Hier sehe ich deutliche Parallelen zum Mühen der Politik, die Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern positiv zu gestalten. Und um bei der Szene von „Momo“ zu bleiben, im Buch wird nicht gefragt, ob das Nichtweiterkommen am Wind oder am Wasser lag. Umkehr ist nötig und dringende Hilfe. Also gilt auch für uns, wir dürfen nicht primär die Frage stellen, war es diese oder jene Partei, die etwas zu verantworten hat. Regiert haben wir ja alle, das stimmt doch. Wichtig ist, es muss uns zuerst um die Menschen im Land gehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und Detlef Müller, SPD)

Einig sind wir uns doch alle – und das zeigen die Touristenströme in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern –, hier ist es wunderschön. Und jetzt kommt es, jetzt kommt es: Wie peinlich ist es da für uns Politiker, wirklich peinlich, wenn uns so viele Menschen im Land verlassen! Und jetzt, Herr Holter ist nicht da,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Er verlässt sie.)

Herr Holter sagt, schauen Sie sich die Bundespolitik an oder die Bundesentwicklung. Natürlich hat das auch Auswirkungen, aber wir müssen unser Land sehen. Dann sagt Herr Holter, gucken Sie sich die neuen Bundesländer an.

Mensch, liebe Freunde, wir sind doch nicht Sachsen, wir sind Mecklenburg-Vorpommern!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die haben die Sächsische Schweiz. Wer hat den besseren Horizont? Wir in Mecklenburg-Vorpommern. Diesen Horizont müssen wir nutzen,

(Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

unsere Mittel müssen wir dafür einsetzen.

(Beifall Siegfried Friese, SPD: Richtig. –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Nein, nein, Sie kommen noch dran, Herr Schlotmann.

Auch was Frau Gramkow gesagt hat zu den Lösungen, die da sind. Schauen Sie sich doch Bayern an,

(Volker Schlotmann, SPD: Wir sind doch in
Mecklenburg-Vorpommern, Herr Prachtl.)

Bayern war nur agrarisch entwickelt, war unterentwickelt. Viele Menschen wollen nach Bayern. Und dieses schöne Land Mecklenburg hat es verdient, nicht dass die Leute weggehen, sondern dass sie sagen, wir wollen nach Mecklenburg-Vorpommern, wir verlassen selbst Bayern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und Volker Schlotmann, SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig, richtig.)

Und ich sage das ganz offen, da nützen keine Dinge, die wir damals gemacht haben. Auch wir haben zu wenig gemacht, aber Sie auch. Sie stehen zwar jetzt in der Verantwortung,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Noch!)

wenn wir gewinnen, wird man uns wieder fragen, was macht ihr.

(Volker Schlotmann, SPD:
Die Gefahr ist natürlich groß.)

Und da brauchen wir nicht die Programme, die Frau Gramkow vorgestellt hat. Das mögen ja zum Teil gute Dinge sein. Nennen Sie mir doch mal eine einzige Vision! BMW-Werk weg, die Dinge kennen Sie ja alle. Aber bauen wir mal einen gescheiterten Medien- oder Freizeitpark. Die Leute haben doch keinen Sonnenstrahl hier am Himmel. Wer zeigt ihnen denn einen Sonnenstrahl? Wir haben ihn auch noch nicht gezeigt, aber wir wollen uns bemühen. Und deshalb die Enquetekommission.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Die Bedeutung der demographischen Entwicklung kann dabei in meinen Augen gar nicht ernst genug genommen werden. Einiges ist dazu ja schon gesagt worden. Unser gesamtes gesellschaftspolitisches, wirtschaftliches und kulturelles Zusammenleben wird zukünftig maßgeblich von der weiteren Entwicklung der Bevölkerungs- und Altersstruktur abhängig sein. Mecklenburg-Vorpommern wird dabei zwar nicht ausschließlich, aber als strukturarmes Flächenland im Besonderen von Bevölkerungswanderung betroffen sein.

Der Rostocker Lehrstuhlinhaber für Demographie, Professor Dinkel, zeichnet ein dramatisches Bild. Während sich die Bevölkerungszahl bereits seit 1990 von rund 2 Millionen auf heute 1,77 Millionen in der Größenordnung der Stadt Rostock reduziert hat, gehen mittelfristige Pro-

gnosen in 2050 von nur noch etwa 1,18 Millionen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern aus. Speziell für unser Land lässt sich aber auch sagen, dass insbesondere die Abwanderung der jungen Jahrgänge, also der 20- bis 25-Jährigen in doppelter Weise negativ zu Buche schlägt. Sie wissen, das ist unser Humankapital, das wurde von fast allen Rednern in den Reden vorhin ja schon betont.

Zudem werden wir durch die überdurchschnittlich starke Abwanderung junger Frauen etwa ab dem Jahr 2020 einen regelrechten Geburtenknick zu erwarten haben, denn dann werden die nach 1990 geborenen Frauen in die Mutterschaftsjahrgänge kommen. Es ist aus meiner Sicht deshalb dringend notwendig, sich endlich diesen dramatischen Entwicklungen in angemessener Weise zu stellen. Fundierte Bevölkerungsprognosen in Mecklenburg-Vorpommern enden immer noch – und das finde ich nicht gut – im Jahr 2015, höchstens 2020. Aber erst danach fangen, wie beschrieben, die wirklichen Probleme an und da hilft es uns auch nicht, uns weiterhin nur stur dem Gegenwind auszusetzen. Stattdessen brauchen wir innovative Lösungen und Ansätze, die meiner Meinung nach in ihrer Tiefe und Breite nur im angemessenen Rahmen einer Enquetekommission gefunden werden können.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Dazu gehören – und ich sage das noch mal deutlich – mutmachende, visionäre Ansätze für Arbeitsmarktpolitik. Ich bestreite gar nicht, dass Sie sich bemühen, das Bemühen ist ja da. Aber wo ist eine Vision, lieber Herr Minister? Also da fehlt etliches.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wenn bei
einem in der Beurteilung „Er bemühte sich“
steht, dann findet er keine Arbeit mehr.)

Dazu gehört aber auch die Betrachtung von Grundfragen des Lebens in unserem Land, zum Beispiel Fragen nach der Sinnstiftung, der Identität, der Religion, der Kunst, Kultur, aber auch gelebter positiver Bräuche. Wir fangen mit heidnischen Bräuchen wie Halloween an, also einem pädagogischen Unsinn, statt Martin und andere Dinge zu feiern, die noch einen pädagogischen Sinn haben.

(Volker Schlotmann, SPD: Aber
daran sind wir ja nun nicht schuld.)

Und Sie hätten mal den Herrn Umweltminister hören müssen vor zwei, drei Tagen in Rostock, was er Positives zur Religion gesagt hat. Er könnte glatt Mitglied meiner Fraktion sein, wie positiv er Religion beschrieben hat.

Und noch eins, das muss ich auch sagen – das sage ich an uns genauso kritisch wie an Sie –, mit überstülpten Westmethoden und -modellen ist nicht immer eine politische Lösung in den neuen Bundesländern möglich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Spät kommt die Erkenntnis, spät.)

Ja, ja, ja, bei uns auch, bei Ihnen aber auch.

Als man in Schleswig-Holstein – und ich wusste, wie Therme geschrieben wird – eine Therme plante und die damaligen Truppen im Wirtschaftsministerium bei uns keine Therme geplant haben, habe ich 1994 angefragt, wie viele Thermen wir brauchen. Da wusste der Wirt-

schaftsminister nicht einmal, wie viele Thermen wir brauchen. Wir hätten schon von 1990 bis 1994 vier, fünf Thermen bauen müssen.

(Ministerin Sigrid Keler: '94, '94!)

Und genauso unreell ist es, wenn sich der Bundeskanzler Schröder und Herr Ringstorff in Göhren-Lebbin hinstellen und die großen Heißmacher spielen. Das waren Jürgen Seidels Verdienste.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Und ich habe ja uns genauso kritisiert. Das haben Sie doch gehört. Hier muss man ehrlich miteinander umgehen.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Das Land hat es verdient, dass auch touristisch ehrlicher nachgedacht wird.

(Beifall und Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Und noch eins, ich habe das mit der Wirtschaft gesagt. Was haben wir mit unserer Jugend und den Kindern gemacht? Als die Wende kam und die Eltern malochen mussten, mehr malochen mussten als zu DDR-Zeiten, wir wissen, aus welchen Gründen, da standen die Jugendlichen und Kinder da und dann haben wir die Westmodelle genommen,

(Heidemarie Beyer, SPD: Wer war denn
da an der Regierung? Wer hat denn
dieses Schulsystem eingeführt?)

Bekämpfung von Drogen und anderen Dingen, was damals noch gar keine Mode war. Da haben wir Schiffsreisen und wer weiß was für ein Quackel veranstaltet. Wir hätten uns intensiver um Kinder und Jugendliche mit Modellen kümmern müssen, die für die neuen Bundesländer richtig wären.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Das heißt, in Mecklenburg-Vorpommern muss deutlicher und eigenständiger umgedacht werden.

Und, lieber Kollege Schlotmann, wenn Sie der CDU vorwerfen, die beantragte Kommission nur als Wahlkampfinstrument nutzen zu wollen, darauf muss ich ja jetzt eingehen, so sage ich Ihnen an dieser Stelle ganz deutlich: Nutzen wir es alle als ehrliches Wahlkampfmittel, um endlich ...

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Jaja, nutzen wir es bitte, das ist doch kein Problem. Wahlkampf beginnt doch schon gleich nach der Wahl. Nutzen wir es alle als ehrliches Wahlkampfmittel, um endlich unseren Menschen echte Alternativen aufzuzeigen!

(Volker Schlotmann, SPD: Okay.)

Wir rufen doch oft genug zum Wettbewerb auf. Haben Sie denn vor diesem Wettbewerb Angst? Stellen Sie sich doch diesem Wettbewerb!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Herbert Helmrich, CDU: Ja, richtig.)

Ich will es ja nicht polemisch machen. Ihr vorgehender Tagesordnungspunkt war ehrlich gemeint, das denke ich

ganz bestimmt, wird aber dem Ernst des Hilferufs im Momo'schen Sinn nicht gerecht. Keinem der hier Anwesenden wird ein Königsweg zur Lösung der Probleme bekannt sein.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Gerade deshalb ist es doch aber umso wichtiger, im Rahmen einer aus sechs Abgeordneten und sechs Sachverständigen bestehenden Enquetekommission nach Möglichkeiten der Politik zu suchen und dem Leben im Land Mecklenburg-Vorpommern in seiner Vielfalt besonders gerecht zu werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es sind, wie ich bereits sagte, eben nicht nur die Rahmenbedingungen für Arbeit und Ausbildung, die für die Entwicklung verantwortlich sind. Nach Untersuchungen des Leipziger Instituts für Marktforschung lockten 26 Prozent die attraktiven Lebensbedingungen in anderen Ländern und 13 Prozent die besseren Freizeitmöglichkeiten. Ein Blick auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen greift entsprechend zu kurz. Wir brauchen zukunftstragende Konzepte und eine Belebung der Bürgergesellschaft.

Nach Aussage des Berliner Sozialwissenschaftlers Offe wirkt sich das geringe Engagement, was ich auch bemerkenswert finde, in den neuen Ländern nachteilig auf die Entwicklung der Wirtschaft und auf die Bindung der Jugend im Lande aus. So sind in den alten Ländern dreimal mehr Menschen in Vereinen verankert als in Ostdeutschland. Die Kooperation mit Gleichgesinnten sei im Osten nicht sonderlich ausgeprägt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die Bürgergesellschaft, die Wirtschaft und die Politik sich dieser Ziele annimmt, kann Mecklenburg-Vorpommern ein Zukunftsland werden. Deshalb mein ehrlicher Aufruf an alle Abgeordneten, Sie haben den Hilferuf vernommen: Stimmen Sie nun mit Elan und Mut der Enquetekommission zu! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann. Bitte sehr, Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Lieber Kollege Prachtl, ich möchte noch einmal auf Ihren Vortrag, der auch literarisch sehr anspruchsvoll war, auf zwei Stellen eingehen, nämlich auf die Tatsache, dass Sie in Ihrem Vortrag gesagt haben, die Enquetekommission, das wäre Ihre Vision, soll die Sonnenstrahlen für Mecklenburg-Vorpommern produzieren. Ich halte die Enquetekommission nicht für geeignet, eine solche Vision umzusetzen. Wofür ich Ihnen aber danken will, ist die Ehrlichkeit, die Sie hier zum Schluss bewiesen haben, als Sie zugegeben haben – wobei ich nicht glaube, dass das für die gesamte Fraktion und vor allen Dingen nicht für den Vorsitzenden gilt –, dass diese Enquetekommission natürlich dem Wahlkampf dienen sollte und soll. Das respektiere ich, das finde ich anständig und in Ordnung.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir als Landtagsabgeordnete beschäftigen uns hier und heute zum

wiederholten Male mit einem Thema, das weite Teile der Bevölkerung mit Besorgnis sehen. Allein dies ist Grund genug, sich damit erneut und ernsthaft zu beschäftigen. Natürlich fällt es nicht nur den Betroffenen schwer, in andere Bundesländer fortzuziehen, wenn es zum Beispiel der neue Job erforderlich macht. Auch den Daheimgebliebenen geht es doch so. Da spreche ich aus Erfahrungen. Auch meine Tochter ist in den Westen gegangen, ist aber nach anderthalb Jahren zurückgekommen, weil sie im Gegensatz zu dem, Herr Prachtl, was Sie gesagt haben, über sehr starke Beziehungen und Bindungen in dieses Land verfügen, die jugendlichen Leute in diesem Land. Aber es geht jedem so, den Eltern, den Großeltern und den Freunden. Und ich glaube, nein, ich bin davon überzeugt, dass diese Gefühle keinem hier im Saal, auf der Tribüne oder im Land fremd sind.

Aber trotz dieser Bedeutung – eben nicht nur der rationalen Bedeutung wegen, sondern gerade auch wegen der emotionalen Bedeutung dieses Themas – fällt es mir schwer, sachlich und ruhig auf die CDU und ihr Vorgehen in diesem Zusammenhang zu reagieren. Nein, das war nicht richtig, es war nicht das Verhalten der CDU, sondern das Verhalten von Herrn Rehberg. Und das muss hier unbedingt auch so an- und ausgesprochen werden,

(Wolfgang Riemann, CDU: Na, na, na!)

denn neben Herrn Rehberg gibt es etliche vernünftige Abgeordnete in der CDU, zu denen wir auch persönliche Kontakte pflegen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Beifall Karsten Neumann, PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das habe ich mir auch schon sagen lassen, Kollege Riemann.

Meine Damen und Herren, es ist abenteuerlich, nein, geradezu beschämend, in was für einer Art und Weise Herr Rehberg in den vergangenen Wochen und Monaten versucht hat, dieses Thema durch Spielchen, Trickereien und taktische Manöver zu entwerfen – also genau das Gegenteil von dem zu machen, was Sie gerade versucht haben, Herr Prachtl – und für sich wahltaktisch dann auch noch auszuschlachten. Hätten wir der Einrichtung einer Enquetekommission zugestimmt, hätte der Spitzenkandidat der CDU, wie wir ja gerade aus seiner eigenen Fraktion vernommen haben, eine „Aktuelle Schaubude“ erhalten, mit ihm als Programmdirektor, als Moderator und letztendlich als Laiendarsteller.

(Gesine Skrzepski, CDU: Eine Unverschämtheit!)

Jetzt machen wir als Koalition einen praktikablen Vorschlag und schon behauptet dieser Tausendsassa, weil wir die Enquetekommission ablehnen, wird das Thema Bevölkerungsentwicklung das absolute Schwerpunktthema im CDU-Wahlkampf. Meine Damen und Herren, das ist wirklich eine Lachnummer, wenn das Thema leider nicht so ernst wäre!

Nachdem Herr Rehberg in seiner Haushaltsrede am 19. September diesen Jahres einen Antrag zur Einsetzung einer Enquetekommission öffentlich angekündigt hatte, dauerte es dann tatsächlich „nur“ schlappe sechs Wochen, bis dieser Antrag vorlag, zumindest auch anderen vorlag, intern sicherlich schon viel früher. Meine Damen und Herren, sechs Wochen, um einen zweiseitigen Antrag

zu formulieren! Während dieser sechs Wochen die üblichen Trickereien des Herrn Rehberg!

Der Versuch, die Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsfraktionen zu einem grundsätzlichen Ja zu dieser Enquetekommission zu bewegen, ohne den beiden Gesprächspartnern auch nur ein ausformuliertes Wort eines Einsetzungsantrages überhaupt mal vorzulegen, musste einfach zurückgewiesen werden. Es kann doch wirklich kein Mensch glauben, dass wir die Katze im Sack kaufen, vor allem nicht bei den Erfahrungen, die wir mit dem Staatsmann Rehberg bisher je machen durften!

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Ohne eine ordentliche Geschäftsgrundlage, sprich einen Formulierungsvorschlag seitens der CDU, wäre ein solcher Blankoscheck für Herrn Rehberg aus Sicht unserer Fraktion schlicht und einfach töricht gewesen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Mein Angebot an Herrn Rehberg, mit den Koalitionsfraktionen einen Antrag gemeinsam einzubringen, der eine zügige, beschleunigte Bearbeitung dieses Themas in den Fachausschüssen dieses Hohen Hauses vorsah, lehnte er ab. Gewundert haben wir uns nicht. Ich allerdings sage, wir sollten doch vielleicht unseren Fachpolitikern in den Ausschüssen erheblich mehr zutrauen, als das anscheinend in der CDU-Fraktion der Fall ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: ...,
weil die Fachausschüsse nicht tagen können,
Herr Schlotmann. – Dr. Ulrich Born, CDU:
Bauausschuss! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das können Sie fast gar nicht mehr wissen, da die CDU-Abgeordneten in aller Regel durch Abwesenheit in den Fachausschüssen glänzen.

(Harry Glawe, CDU: Was?! Das ist wirklich eine Frechheit. – Dr. Armin Jäger, CDU: Frechheit!)

Das ist wirklich eine Frechheit. Recht haben Sie, Herr Jäger.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Dieter Markhoff, CDU: Das ist ein
bisschen viel, was Sie sich da erlauben. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Also das ist eine
Frechheit! – Glocke der Vizepräsidentin)

Das mag ja sein, aus Ihrer Sicht. Das dürfen Sie auch dazwischenbrüllen. Das ist alles Ihr Problem.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist wie üblich un-
verschämt und unwahr, was Sie da verbreiten.)

Herrn Rehberg geht es nämlich nicht um das Thema, ihm geht es um die Enquetekommission als Instrument. Und ich kann es nur noch einmal sagen: Eine Enquetekommission für Herrn Rehberg als Wahlkampfplattform – darum geht es und dazu sollten Sie einfach stehen, Herr Rehberg!

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Und da ist es Ihnen dann auch egal, ob eine solche Kommission 1 Million DM zusätzlich kostet oder auch nicht. Wir haben's ja! An allen Ecken und Kanten fordern Sie als CDU Kürzungen, Stellenstreichungen, nur dann

nicht, wenn es dem Wahlkampf der CDU nützen sollte. Für wie dumm halten Sie eigentlich die beiden Koalitionsfraktionen?!

Meine Damen und Herren, dieses ganze von Herrn Rehberg initiierte und zu verantwortende Hickhack um diese Enquetekommission ist ja auch in der Presse aufgegriffen und entsprechend kommentiert worden. Das Ganze ist aber nur bezeichnend für den Zustand des neuen CDU-Landesvorsitzenden Herrn Rehberg, seiner Landespartei und seiner Partei insgesamt.

(Der Abgeordnete Wolfgang Riemann meldet sich für eine Anfrage.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Schlotmann, gestatten Sie eine Anfrage?

Volker Schlotmann, SPD: Nein.

Seit Wochen und Monaten zeigt die Bundes-CDU große Geschlossenheit in der so genannten K-Frage – eine Bundesvorsitzende, die täglich um Geschlossenheit und Rückendeckung wirbt, die allerdings ohne jede Autorität ist, die wirklich keiner mehr ernst nimmt,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

ein Herr Rehberg, der der SPD auf seinem eigenen Parteitag – auf seinem CDU-Landesparteitag, wohlgemerkt! – Angebote für Koalitionen nach der Landtagswahl macht, verbunden mit seinen persönlichen Befindlichkeiten gegenüber dem SPD-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten. Da kann ich wirklich nur sagen, wahrhaft staatsmännisch und echtes Ministerpräsidentenformat.

(Hermann Bollinger, CDU: Wo haben Sie die Spitzfindigkeit denn her?)

Kurz vor dem CDU-Landesparteitag in Sparow macht dann der Kollege Rehberg in einem Beitrag des „Neuen Deutschland“ – hört, hört! – die Partei eines irregeleiteten Hamburger Richters hoffähig!

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Zu welchem Tagesordnungspunkt
erzählen Sie eigentlich Ihre Märchen?)

Politische Schamgrenze ade!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Also das geht zu
weit! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Nach dem Parteitag wird über die Zeitschrift „Die Welt“ bekannt, dass Herr Rehberg sich eine Koalition mit Herrn Schill in Mecklenburg-Vorpommern durchaus vorstellen kann.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, ich bitte doch, auch zur Sache zu reden.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist zur Sache. –
Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist nicht zur Sache.)

Volker Schlotmann, SPD: Dies dementiert Herr Rehberg gleich am nächsten Tag.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das gibt's doch nicht!)

Sich bloß nicht auf irgendetwas festlegen lassen, dies könnte ja die Konturen des Kandidaten erkennen lassen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das hat doch
mit der ganzen Sache überhaupt
nichts zu tun, was er hier erzählt.)

Die CDU verliert bei Landtagswahlen ...

Ich begründe hier die Ablehnung der SPD-Fraktion Ihres merkwürdigen Antrages auf Einsetzung einer Enquetekommission.

(Dieter Markhoff, CDU: Dann sprechen Sie zur Sache! – Eckhardt Rehberg, CDU: Zur Sache!)

Und das hören Sie sich gefälligst zu Ende an!

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das ist das Thema! Und deswegen schreien Sie auch so unmöglich hier im Parlament rum,

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

weil das eine Rede ist, die Ihnen nicht passt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das ist nämlich Ihr Problem, lieber Kollege.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich habe vorhin Ihren Auftritt hier vorne schon erlebt und wir dürfen das ja gleich noch mal auskosten. Da freuen wir uns schon drauf.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sagen Sie
mal was zu den 62 Prozent Zu-
stimmung von Herrn Ringstorff!)

Und, Herr Born, Ihre Unwahrheiten, die Sie hier verbreiten,

(Zuruf von Herbert Helmrich, CDU)

werden nicht dadurch besser, dass Sie sie ständig wiederholen.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
62 Prozent ist nicht so viel.)

Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern liegt nach elf Amtsjahren des Fraktionsvorsitzenden Herrn Rehberg in den aktuellen Wahlumfragen nur noch bei 24 Prozent. Eine Meisterleistung, Hoffnungsträger Rehberg! Die Linie ist klar? Keiner blickt mehr durch. Ein Tollhaus ist gegenüber der CDU ein Ort von Ruhe und Gelassenheit.

(Gesine Skrzepski, CDU: Das
ist eine Frechheit! Sagenhaft!)

In dieser Situation, ich sage es noch mal, einer chaotischen Bundes-CDU,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

einer schwer – gerade haben wir es ja festgestellt – getroffenen Landes-CDU,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sprechen
Sie endlich mal zur Sache!)

einer sehr erfolglosen CDU in den Ländern ist Herrn Rehberg so ziemlich alles egal,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Schlotmann,
Sie langweilen! Kommen Sie zur Sache!)

wenn es ihm nur irgendwie gelingt, an die Regierung zu kommen. Und wie kann das in einer solchen Situation dann funktionieren?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das Land darf keinen Erfolg haben, das Land muss schlechtgeredet werden, egal, ob es stimmt oder nicht, der Erfolg heiligt schließlich die Mittel.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das entspricht Ihren Denkstrukturen.)

Und da käme dann natürlich eine Enquetekommission gerade recht. Herr Rehberg möchte die bereits arbeitende Enquetekommission zu den Gemeindestrukturen abschaffen, die hat er nie gewollt. Diese Enquetekommission leistet zwar Sacharbeit,

(Sylvia Bretschneider, SPD: Darum geht's ja der CDU nicht.)

das will er ja nicht, sie verbraucht aber auch Geld. Und dieses Geld braucht er dringend für seine Enquetekommission.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Gleich kommt der Satz „Ein Schelm, der Böses dabei denkt“.)

Also fordert er die Beendigung der Arbeit der existierenden Enquetekommission, weil zu teuer. Also fordert er dann eine Enquetekommission zum Thema demographische Entwicklung, um das mal kurz zu formulieren.

Eine Enquetekommission – wofür eigentlich? Ihr Fraktionsvorsitzender soll seine Mitarbeiter hinsetzen, zwei Tage in Statistischen Jahrbüchern blättern lassen und die Zahlen und Faktenlage sind dann ziemlich klar! Nur die will er ja nicht wissen! Die Ergebnisse passen ihm ja nicht ins Konzept. Er würde tatsächlich feststellen, ob es ihm nun gefällt oder nicht und uns auch gefällt oder nicht, Mecklenburg-Vorpommern verliert zwar an Bevölkerung, aber einen Sonderfall – so, wie Sie das nun gerne tun, immer als negativen Sonderfall – kann man Mecklenburg-Vorpommern nun wahrhaftig nicht nennen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: In Bayern sieht das aber anders aus.)

Jetzt vergleichen Sie uns von der Ausgangslage mit Bayern! Dass Sie Westgermane sind, das haben Sie gerade sehr deutlich zu erkennen gegeben.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Das gibt's doch wohl nicht!)

Bundesweit und in den Bundesländern ist ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen und dieser Trend wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Sei es das Statistische Bundesamt, das feststellt, dass Deutschland mit zurzeit etwa 82 Millionen Einwohnern in 50 Jahren nur noch circa 65 bis 70 Millionen Einwohner haben werde.

(Hermann Bollinger, CDU: Und in 100 Jahren sind gar keine mehr da.)

Da diese Entwicklung nicht von irgendwoher kommen kann, muss diese sich also auch in den Bundesländern widerspiegeln, so auch in Mecklenburg-Vorpommern. Vielleicht ist es Herrn Rehberg entgangen, dass dies der Grund dafür ist, dass wir auf Bundesebene zum Beispiel über eine notwendige Zuwanderung reden. In dieser Entwicklung bilden auch die ostdeutschen Länder keine Ausnahme.

Meine Damen und Herren, der Versuch, Mecklenburg-Vorpommern in diesem Zusammenhang als Sonderfall

darzustellen, ist einfach nur unanständig, aber ein typischer Rehberg! Soll die CDU aus den vermeintlichen und ostdeutschen Musterlände Thüringen und Sachsen berichten! Allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Sie müssten uns berichten, dass dort ähnliche, nahezu fast gleiche Entwicklungen festzustellen sind. Also schweigen Sie lieber!

Meine Damen und Herren, wir wissen alle, dass es Entwicklungen gibt, die uns nicht ruhig lassen können und dürfen. Diese Entwicklungen sind sachlich analysiert und wir müssen uns ebenso sachlich nach Lösungsvorschlägen umsehen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und Sie schweigen zu Herrn Klinger.)

Was Besseres fällt Ihnen nun wahrhaftig nicht ein! Zu dem Thema Bevölkerungsentwicklung kommen Sie mit dem Thema Klinger. Also Ihr Niveau ist wirklich ... – Ihr Vorsitzender würde sagen, Teppichkante, maximal!

(Hermann Bollinger, CDU: Nur weil sie sich nicht vermehren. Daran liegt's. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Im Jahre 2020 wird Mecklenburg-Vorpommern aller Voraussicht nach nur etwa 1,6 Millionen Einwohner haben. Das bedeutet, bezogen auf 1990, also auf 30 Jahre, einen Bevölkerungsrückgang um insgesamt 350.000 Menschen, das entspricht so ziemlich genau 17,8 Prozent. Zwischen 1990 und 2000, also die ersten zehn Jahre nach der Wende, beruhten 50 Prozent des Bevölkerungsrückganges auf Wanderungsverlusten und davon allein 38 Prozent in den Jahren 1990 und 1991. Worauf dieser hohe Wanderungsverlust in den ersten beiden Jahren nach der Wende wohl beruhen mag?! Für die Antwort darauf brauchen wir wahrhaftig keine Enquetekommission.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sagen Sie mal!)

In den 20 Jahren von 2000 bis 2020 werden die Wanderungsverluste nur noch etwa 10 Prozent des Bevölkerungsrückganges ausmachen. Stattdessen werden 90 Prozent des Bevölkerungsrückganges darauf beruhen, dass wir einen so genannten Gestorbenenüberschuss haben werden.

(Nils Albrecht, CDU: Am besten, Sie bringen noch Zahlen aus der Steinzeit.)

Ebenso wenig erfreut sein kann man über die Wanderungsverluste vor allem bei Frauen seit 1991, die seit diesem Jahr immer höher waren als die Wanderungsverluste der Männer. Ebenso besorgniserregend ist, die aktivste Altersgruppe bei Fortzügen sind die 18- bis 30-Jährigen und die Fortzüge dieser Altersgruppe übersteigen leider die der Zuzüge. Seit 1996 verzeichnet das Land hingegen einen deutlichen Wanderungsgewinn bei den 55- bis 65-Jährigen. Dadurch wird der Anteil der älteren Menschen langfristig deutlich ansteigen.

Meine Damen und Herren, wo aber liegen die Besonderheiten? Schauen Sie in das Zahlenmaterial des Bundesamtes für Statistik, schauen Sie in die Unterlagen der Statistischen Landesämter in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern und Sie werden in allen drei Werken ähnliche, fast gleiche Entwicklungen feststellen! Noch einmal: Mecklenburg-Vorpommern ist kein Sonderfall und Mecklenburg-Vorpommern ist eben kein Störfall, auch wenn die CDU unter Herrn Rehberg dies noch so oft als penetrante Negativwerbung für Mecklen-

burg-Vorpommern behauptet! Herr Rehberg wird natürlich niemals einen positiven Aspekt in dieser Diskussion ansprechen.

(Nils Albrecht, CDU: Was ist denn da positiv dran?)

Das würde nicht ins Konzept passen. Die Schamgrenze, was das Spielen mit Gefühlen der Bevölkerung für Wahlzwecke anbelangt, diese Schamgrenze ist bei Ihnen anscheinend auf dem Niveau angelangt,

(Jörg Vierkant, CDU: Sprechen Sie doch endlich mal zum Thema!)

das ich gerade schon mal als Ihr Zitat verwendet habe, nämlich unter der Teppichkante.

Um den Bürgern dieses Landes, unseren Gästen wie auch dem Rest der Republik auch die sachliche Seite dieses Problems darzustellen, zähle ich das noch mal auf:

Alle ostdeutschen Bundesländer – Brandenburg wegen der Speckgürtelproblematik von Berlin ausgenommen – haben einen vergleichbaren Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Der in Mecklenburg-Vorpommern ist dabei der geringste. Bei den Zuzügen liegt Mecklenburg-Vorpommern seit 1994 je 1.000 Einwohner hinter Brandenburg an zweiter Stelle im Vergleich der ostdeutschen Bundesländer. Mecklenburg-Vorpommern ist trotz des Wegzuges im Bereich der 18- bis 30-Jährigen nach wie vor ein sehr junges Bundesland. Nirgendwo in Deutschland ist der Anteil der Bürger unter 21 an der Gesamtbevölkerung so hoch wie in Mecklenburg-Vorpommern und die Anzahl der Geburten in Mecklenburg-Vorpommern – Gott sei Dank – steigt seit 1994 wieder kontinuierlich an.

Damit will keiner die Situation schönreden und ich habe das auch gegenüber der Presse sehr deutlich gesagt, da gebührt Ihnen als CDU – nicht als Fraktion, als CDU, würde ich sagen – Dank, dass Sie dieses Thema noch mal aufgegriffen haben. Das gestehe ich Ihnen ganz offen und ehrlich zu, lieber Kollege Prachtl. Ich will aber auch keine parteipolitisch motivierte Schwarzmalerei.

Meine Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen stehen dazu, sich dem Thema der Bevölkerungsentwicklung als eine wirkliche Herausforderung für Mecklenburg-Vorpommern zu stellen. Und wir wollen dieses Thema schnell bearbeiten und schnelle Ergebnisse unserer gemeinsamen Arbeit vorstellen, Ergebnisse, die die Fraktionen und/oder die Regierung aufgreifen und in praktisches Handeln umsetzen können. Wir wollen keine langwierigen und kostspieligen Prozedere bei der Einsetzung einer Enquetekommission, wir wollen jetzt anfangen, in den Gremien und mit den Möglichkeiten, die uns dieses Parlament zur Verfügung stellt, die da sind. Diese sollten wir gemeinsam nutzen und nicht noch etwas Neues nebenbei konstruieren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Deshalb in den Bauausschuss.)

Sehen Sie, Kollege Born, das ist die Scheinheiligkeit bei Ihnen. Sie reden hier ständig von dem Bauausschuss.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie sind doch nie da drin gewesen. Sie wissen doch gar nicht, wovon Sie erzählen.)

Sie wissen ganz genau, auch für die geneigten Zuhörer auf den Tribünen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben doch noch nie an einer Sitzung teilgenommen, Herr Schlotmann.)

wir reden hier von einem Ausschuss für Bau, Landesentwicklung und Raumordnung, lieber Kollege.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Nils Albrecht, CDU: Arbeit haben Sie vergessen!)

Meine Damen und Herren, ich kann der Opposition nur anbieten: Bringen Sie sich ein, und zwar sachlich und vernünftig! Sie haben doch Wichtiges ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Hören Sie doch zu!

... für die Arbeit in den parlamentarischen Gremien einzubringen. Und wir vertrauen darauf, dass sich die Kolleginnen und Kollegen in der CDU-Fraktion, die für eine sachorientierte und gute Parlamentsarbeit stehen, in ihrer Fraktion durchsetzen. Wir hoffen, dass sich die CDU-Fraktion nicht kollektiv in die Schmollecke zurückzieht und ihrem Vorsitzenden freie Fahrt ins Land der Polemik und des Populismus gewährt. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, denken Sie daran, Sie haben einen guten Ruf zu verlieren!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Tatsächlich? Ist da noch was zu verlieren?)

Trauen Sie Ihren Fachpolitikern etwas mehr zu, als es bisher zum Ausdruck gekommen ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Schlotmann, für Ihre persönlichen Angriffe erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf. Und, meine Damen und Herren, ich möchte Sie gerade bei diesem Thema um Sachlichkeit und Ruhe bitten.

(Reinhard Dankert, SPD: Und wie ist das mit dem Begriff, den Herr Glawe eben gerade genannt hat?)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Schoenenburg.

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich konstatiere, der Landtag ist sich zunächst einmal im Problembewusstsein einig. Alle drei Parteien meinen, dass die Bevölkerungsentwicklung im Land ein wichtiges Thema für diesen Landtag ist.

(Zuruf von der CDU)

Ach, fangen Sie doch nicht gleich wieder so an! Lassen Sie es doch mal! Lassen Sie es doch einfach mal so stehen! Ich habe Ihrem Herrn Prachtl gerne zugehört, ich höre ihm immer gerne zu. Manchmal hört er mir auch gerne zu, das ist auch gut. So, wollen wir uns doch mal zuhören, wenn es so ein wichtiges Thema ist!

Also, es ist ein wichtiges Thema für alle Parteien und nicht nur für die Parteien hier im Lande und die hier im Landtag sitzen. Und es ist ein Thema, das in diesem Landtag nicht nur einmal diskutiert worden ist, sondern von Anfang an, seit es diesen Landtag gibt. Selbstverständlich stimmt, was Herr Prachtl gesagt hat, es muss uns zuerst um die Menschen hier im Land gehen. Das steht in unserer Verfassung, deswegen sind wir überhaupt hier. Insofern stelle ich doch erst mal eine große Übereinstimmung fest.

Und dann geht wieder das Waffengeklirr los. Es ist ja zum Kotzen auf Deutsch gesagt.

(Beifall Monty Schädel, PDS)

Da wird geklappert und geklirrt und wird Wahlkampf gemacht. Wenn Sie denn wirklich wollen, dass in der Sache was bewegt wird, dann verhalten Sie sich hier doch auch mal so!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe vier Kinder. Alle vier wohnen nicht in Mecklenburg-Vorpommern. Das mag daran liegen, dass ich selber sozusagen ein Wandervogel bin und hier und da gewesen bin. Das ist aber nicht das Problem. Drei von den Vieren würden gerne hier sein. Sie sind es nicht! Eine ist in München und zwei sind in Berlin. Und das betrübt mich als Vater, ich möchte ja neben den drei Enkeln, die ich habe, auch noch ein paar mehr haben. Es betrübt mich sehr. Und es betrübt viele Eltern sehr, dass das nicht stattfindet. Und deswegen ist das ein wichtiges Thema.

Nun lassen Sie uns doch erst mal über die Wichtigkeit des Themas reden und was daran wichtig ist. Da stimme ich mit Herrn Prachtl nicht in jedem Fall überein. Ich sage mal, zur Analyse des Problems brauchen wir keine Enquete-kommission, brauchen wir überhaupt keinen Ausschuss, denn dieses Problem ist ständig analysiert worden und es liegen Fakten und Zahlen in großem Umfang vor. Diese müssen die einzelnen Parteien, wenn sie es nicht getan haben, einfach mal aufarbeiten.

Und die Fakten sind zunächst einmal ganz eindeutig. Darauf ist heute hier mehrfach verwiesen worden. Wir hatten den größten Bevölkerungsschwund selbstverständlich in der Zeit zwischen 1989 und 1992. Gut, da will ich nicht sagen, dass die CDU dran schuld ist. Sie werden sagen, die böse DDR war dran schuld, da war eine Mauer. Die Leute sind weggegangen. Jawohl, das war so.

Danach tritt, und das ist auch ganz klar, ein anderer Faktor ins Leben, nämlich die Kombination von Wegzug, der aber im Verhältnis zu dem anderen Faktor abnimmt, und mangelnder Geburtenrate. Das Entscheidende heute, das hat Herr Holter völlig richtig gesagt, für den Bevölkerungsrückgang ist die geringe Geburtenrate. Aber diese Geburtenrate, entschuldigen Sie bitte, liegt etwa auf dem Niveau des bundesdeutschen Durchschnitts, ein bisschen drunter, aber fast Durchschnitt. Also haben wir es doch hier in erster Linie mit einem Problem zu tun, das zum Teil hausgemacht ist. Leute ziehen weg. Warum, dazu komme ich noch. Und zum Zweiten, was bundesweit das Gleiche ist, die Bundesrepublik Deutschland schrumpft in Bezug auf die Einwohnerzahlen in den nächsten 20, 30 Jahren, wenn sich nicht grundsätzliche gesellschaftliche Bedingungen ändern, die die Leute dazu bringen, sich Kinder zu wünschen und nicht nur zu wünschen, sondern sie auch zu machen und großzuziehen. Und da ist das Problem. Die Bundesrepublik ist kein kinderfreundliches Land. Auch Mecklenburg-Vorpommern ist es gegenwärtig nicht.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Und da will ich auch noch mal sagen, was uns als Osis anfangs immer so verwunderlich erschien.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Schreien Sie nicht! Hören Sie zu!

Zu DDR-Zeiten, entschuldigen Sie, das gehört ja auch zu unserem Leben, war es doch üblich, dass das erste Kind

bei Frauen mit 21 Jahren geboren wurde, das war der Durchschnitt. Männer waren mit ihrem ersten Kind bei 23,3 Jahren. Da können Sie sich mal prüfen, wo Sie waren, aber in etwa kommt das hin. Als wir dann nach 1990 geguckt haben und auf unsere schönen Westbeamten geguckt haben, da haben wir immer gestaunt, da kommt ein Opa und eine Oma und die haben ein kleines Kind an der Hand. Ach, das sind wohl die Großeltern, die mit ihrem Kind spazieren gehen? Nein, es waren die Eltern.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Und warum ist das so? Weil in der Bundesrepublik natürlich ganz klar ist: Erstens lange Ausbildungsgänge – jedenfalls bei gut situierten Leuten, über die ich rede –, dann, so ist man der Meinung, muss man erst mal Karriere machen und dann überlegt man sich, schafft man sich einen Hund an oder ein Kind.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Furchtbar!)

Und meist entscheiden sich die Leute dann noch für den Hund. So ist die Situation und sie ist nicht handgemacht mecklenburg-vorpommersch, sie ist bundesrepublikanisch. Und daran was zu ändern, darüber lohnt es sich nachzudenken, lohnt es sich für alle Parteien nachzudenken. Es sind gesellschaftliche Bedingungen. Es ist die Frage, wie werden Eltern honoriert, sich Kinder zu leisten. Und da können Sie heute immer noch feststellen, dass Eltern, die sich keine Kinder leisten, besser sozial abgesichert sind und besser leben als Eltern, die sich Kinder leisten.

(Gerd Böttger, PDS: Aber ich habe Hund und Kinder. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Du bist auch Abgeordneter, mein Lieber, und kannst dir das deshalb leisten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Beifall Volker Schlotmann, SPD)

Das zum ersten Punkt.

Zweiter Punkt: Welche Perspektiven, welche Zukunft geben wir jungen Leuten? Wie ist es damit bestellt, dass es Arbeit gibt?

Dritter Punkt: Wie ist sozusagen die allgemeine Zukunftschance? Ich denke, in der Betrachtung der Dinge unterscheide ich mich ...

(Herbert Helmrich, CDU: Was macht denn Ihr Programm mit 20.000 Arbeitsplätzen? Ja?)

Herr Helmrich,

(Herbert Helmrich, CDU: Drei Jahre!)

ich wollte gerade sagen, in der Betrachtung dieser Dinge unterscheide ich mich nicht sehr von Herrn Prachtl. Und die PDS ist natürlich 1998 in die Regierung gegangen, nicht damit wir drei Minister haben oder so was,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

das spielt auch eine Rolle, aber das ist überhaupt nicht unser Motiv gewesen, sondern das Motiv war,

(Lorenz Caffier, CDU: Wenn du gewusst hättest, welchen Ärger du mit ihnen hast, dann hättest du das sein lassen.)

hier in Mecklenburg-Vorpommern gerade an diesem Punkt richtige Veränderungen herbeizuführen. Und siehe da, wir stellen nach fast dreieinhalb Jahren fest, Mecklenburg-Vorpommern ist keine Insel der Glückseligen und ohne entsprechende bundesrepublikanische Rahmenbedingungen dreht sich hier allein auf unsere Initiative in Mecklenburg-Vorpommern kaum etwas. Das ist der nüchterne Fakt.

(Herbert Helmrich, CDU: Und das haben Sie vor drei Jahren alles nicht gewusst, als Sie Wahlkampf gemacht haben?! – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Herr Helmrich, Sie wissen zwar sehr viel mehr, weil Sie in der Bundesrepublik schon pausenlos in der Regierung waren und jetzt ganz traurig sind, dass Sie Opposition sein müssen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Wir waren in der Bundesrepublik vorher noch nicht in der Regierung und für uns war es natürlich ein großes Experiment.

(Harry Glawe, CDU: Sie konnten das nicht wissen, genau.)

Und ich will jetzt nicht über die einzelnen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt reden. Selbstverständlich könnte ich jetzt sozusagen über die großen Erfolge reden, die wir haben in Bezug auch auf Arbeitsmarktpolitik,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Zurufe von Georg Nolte, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

das wäre auch nicht aus der Luft gegriffen, aber das will ich jetzt mal hier sein lassen, darüber haben andere schon geredet.

(Wolfgang Riemann, CDU: Mit einigen Genossen im Arbeitsministerium haben Sie Erfolge, ja.)

Ich will jetzt hier weiter zum Thema reden und ich habe Ihnen sagen wollen, dass, wenn wir ein Problem lösen wollen, wir alle zusammen, alle Parteien, die hier im Lande was zu sagen haben, darüber nachdenken müssen, wie man Wirtschaftsentwicklung macht, wie man die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt voranbringt.

(Zuruf von Herbert Helmrich, CDU)

Und da backen wir vorerst alle zusammen kleine Brötchen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, richtig.)

Okay?

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Und da kommt nun die CDU mit dem genialen Vorschlag einer Enquetekommission.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, sehr sinnvoll.)

Das Ende vom Lied wird dann sein, dass diese Enquetekommission sagt, wie wir zur Insel der Glückseligen in Mecklenburg-Vorpommern werden,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie wollen ja kleine Brötchen backen.)

wie wir plötzlich Wirtschaftsentwicklung machen, wie wir plötzlich alle Arbeitsmarktprobleme lösen, und das

ganz unabhängig von dem, was im Bund läuft. Da kann ich doch nur lachen!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber so ein bisschen Sachverstand wäre ganz gut.)

Ja, ein bisschen Sachverstand, das ist ja genau das Stichwort.

Aber ganz ernsthaft ist eben gerade diese Enquetekommission an diesem Punkt die Bankrotterklärung der CDU.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Was?)

Ja, weil Sie damit nichts anderes erzählen und sagen, als dass Sie es nicht richten können, aus Ihrer eigenen Denkfähigkeit und aus Ihren eigenen Ressourcen vernünftige Konzepte zu machen für die Entwicklung dieses Landes.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dann müssten Sie ja immer gegen Enquetekommissionen sein. – Dr. Armin Jäger, CDU: Wir wollen gemeinsam beraten. Das ist doch sinnvoll. – Herbert Helmrich, CDU: Nur Dumme lassen sich ...)

Ich denke mir, die Vision, die Herr Prachtl sich wünscht, die wünsche ich mir ja auch und ich würde sie mir ja partiübergreifend wünschen – das wäre so eine Art neue „Nationale Front“,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Ministerin Sigrid Keler – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

würde ich mir ja wünschen –, aber diese Vision werden wir in dieser Enquetekommission nicht kriegen, sondern diese Vision müssen die Parteien für sich selber ausarbeiten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Es gibt auch keine Patentlösung.)

Sie müssen auch ihre Unterschiede darstellen für diese Visionen und sie müssen sie auf diese Tauglichkeit hin prüfen lassen. Also die Enquetekommission wird weder die Analyse bringen können noch wird sie die Visionen bringen können.

Deswegen sage ich, wenn denn die Sache so ist, dann kann es doch eigentlich nur vernünftig sein, wenn wir so ein gravierendes Problem haben, dass das Parlament als Ganzes sich mit der Sache befasst. Und wenn wir das mal ernst meinen, dann ist es doch wohl so, wenn wir uns selber ernst nehmen, dann sollte doch zusammen mit unseren Stäben genug Sachverstand in diesem Parlament sein, diese Aufgabe vernünftig anzupacken und sie nicht zu delegieren letzten Endes auf sechs Sachverständige.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und sechs Parlamentarier.)

Die werden das nicht richten. Insofern, bei aller Skepsis, die ich überhaupt habe in Bezug auf die Frage, ob wir mit der Enquetekommission oder mit unseren Ausschüssen oder als Landtag dieses Problem lösen können, ich bin der Auffassung, wir werden es nicht lösen können. Aber da bin ich am Ende doch dafür, dass wir es angehen und nicht einfach die Ohren hängen lassen, und zwar als Parlament insgesamt, und dass wir da unsere Kraft reinstecken. Und wenn wir das gemeinsam versuchen in den

Ausschüssen – und hier steht durchaus nicht, dass es nur der Ausschuss für Bau und Landesplanung und so weiter sein soll, sondern es sollen ja alle Ausschüsse sein, die sich damit befassen –, wenn wir es alle gemeinsam anpacken wollen,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und ich habe die CDU ja so verstanden, Herrn Prachtl zumindest, dass wir es alle zusammen anpacken wollen – und dass wir uns dabei auch streiten wollen, ist doch auch okay, es wird doch auch wieder ins Plenum kommen, das ist doch klar –, dann können wir es auch so machen, dass wir alle Ausschüsse beauftragen, sich der Sache anzunehmen.

Ich und meine Fraktion halten das für die vernünftigeren Lösung, die bessere Lösung.

(Lutz Brauer, CDU: Und wer koordiniert das?)

Wer koordiniert? Diese Frage ist doch eine Frage, die wir diskutieren können. Das können wir doch diskutieren. Kein Problem!

Also ich halte das für ein vernünftigeres Herangehen, ein sachlicheres Herangehen und ich meine auch, es ist über weite Strecken ein Scheinproblem, das hier sozusagen so großartig aufgebaut wird. Bevölkerungsentwicklung ist immer die Folge von anderen Prozessen.

(Nils Albrecht, CDU: Genau.)

Und da wir die der Bevölkerungsentwicklung zugrunde liegenden Probleme alle zusammen bisher unbefriedigend gelöst haben, werden wir es auch mit diesem Thema nicht lösen können. Aber ich bin dafür, dass wir uns der Frage stellen, und ich bin dafür, dass wir es in der Weise tun, wie es die Koalitionsfraktionen vorgeschlagen haben. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Schoenenburg.

Aber ich muss Sie auch ermahnen, unparlamentarische Worte nicht zu verwenden.

(Zurufe von Ministerin Sigrid Keler und Gerd Böttger, PDS)

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der CDU Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem Kollegen Heinz Müller ging es eben gar nicht so gut – ich will nicht sagen, dass er ein schmerzverzerrtes Gesicht hatte, das wäre übertrieben –, als Sie sich, Herr Kollege Schoenenburg, über Enquetekommissionen ausgelassen haben. Wenn Sie das alles vorgetragen hätten vor gut anderthalb Jahren, als Ihre Fraktion und die SPD eine Enquetekommission zur Gemeindereform beantragt haben, ich weiß nicht, inwieweit sich in 18 Monaten die Argumente so geändert haben.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Der Gegenstand war ein anderer.)

Es sollten, ...

Darum geht es gar nicht, Herr Kollege.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber darum geht es genau.)

Sie haben gesagt, das ist eine Bankrotterklärung derer, die das Thema beantragen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: In Bezug auf die Vision. Seien Sie genau, Herr Rehberg!)

Ich will Ihnen sagen, in dieser Enquetekommission ist der große Vorteil, dass dort Externe dabeisitzen, dass hier wirklich sachlich gearbeitet wird. Und was diese Enquetekommission betrifft, muss ich sagen: Bei den Gemeindereformen sind wir als CDU ein Stück stolz, dass über 90 Prozent unserer politischen Vorstellungen auch eine Mehrheit gefunden haben.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Das ist anerkennenswert und ich muss auch ein Stück weit, das will ich ganz deutlich sagen, den Beteiligten dort Anerkennung zollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das muss man ganz einfach sagen. Deswegen ist es nichts anderes, Herr Kollege Schoenenburg, weil auch hier nach vorne gedacht wird und auch hier zum Beispiel das Thema Bevölkerungsentwicklung eine Rolle gespielt hat. Wir hätten aber unter anderem Daten gebraucht, wie entwickelt sich amtsbezogen ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Die liegen alle vor! Die liegen alle vor!)

Nein, die liegen eben nicht vor. Wenn Sie sie haben, wir haben sie nicht. Sie liegen nicht vor.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Dann haben Sie nicht genau geguckt!)

Wie entwickelt sich die Bevölkerung ämterbezogen in der Zukunft nach den heutigen Strukturen bis über die Jahre 2015/2020 hinaus? Denn wenn wir bei dem Thema Gemeinde- und Verwaltungsstrukturen heute etwas tun, dann will ich doch in zehn Jahren nicht schon wieder da rangehen. Deswegen ist das nur ein kleines Segment, was wir in dieser Enquetekommission gemeinsam mit Externen machen. Ich will ganz deutlich sagen, dass die Externen dazu beitragen, dass Parteipolitik, Parteipolemik keinen großen Raum greift. Und deswegen ist eine Enquetekommission viel besser geeignet, gerade weil Externe dabeisitzen, um Probleme zu lösen.

Und jetzt komme ich zu einem Stückchen Wahrheit dazu.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das war wohl bisher nicht die Wahrheit?)

Nein, wissen Sie, Herr Kollege Schoenenburg,

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

wer mit diesem Thema in der Art und Weise wie Herr Kollege Schlotmann hier herumpolemisiert, den muss man fragen, ist es ihm wirklich ernst mit der Behandlung des Themas. Und wir haben ja eine Vorgeschichte dabei.

(Heidmarie Beyer, SPD: Das müsste man einigen Kollegen von Ihnen auch einmal sagen.)

Herr Kollege Schoenenburg, auch Sie haben am 13. April vergangenen Jahres zu dem Antrag der CDU „Demographische Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ gesprochen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Wenn Sie sich diese Zitate heute noch mal auf der Zunge zergehen lassen, das ist anderthalb Jahre her. Wir hätten uns mit diesem Thema schon längst befassen können in den Ausschüssen, wenn Sie den Antrag überwiesen hätten.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Das ist aber verhindert worden!)

Minister Holter, den zitiere ich jetzt, sagte: „Eine solche Zukunftspolitik braucht eine ressort- und parteiübergreifende Verständigung, braucht dazu mutige Visionen.“ Und jetzt hören Sie zu: „Dafür habe ich mir eine ‚Denkwerkstatt 2020‘ eingerichtet, ...“ Ich mir eingerichtet! Und dann sagt er zum Schluss zu unserem Antrag: „Deswegen, meine ich, ist dieser Antrag ein bloßes Beschäftigungsprogramm für die Landesverwaltung.“

Und Frau Kollegin Beyer führte aus in der Sitzung: „Wir wollen junge Menschen gehen lassen, damit sie wiederkommen. Und hier unterstütze ich Ihre Vision, Herr Minister Holter, hundertprozentig.“

Und, Herr Kollege Schoenenburg,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Na, was sagt er denn?)

Sie sagten: „Aber die Landesregierung – da bin ich mit Herrn Holter ganz einig – sollten Sie bitte schön mit einem solchen Begehrt in Ruhe lassen.“

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja.)

So viel, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu der politischen Ernsthaftigkeit, wie Sie dieses Thema behandelt haben im Frühjahr vergangenen Jahres.

Und warum Enquetekommission? Ein Stück weit muss ich die Geschichte klar stellen, die hier Herr Schlotmann erzählt hat. Natürlich, man spricht doch zuerst über ein Thema, verständigt sich, wie man es angeht, über das Verfahren, über die Zusammensetzung. Und wenn Sie dann einen Brief bekommen, die SPD-Fraktion lehnt das grundsätzlich ab, eine Enquetekommission einzusetzen, und Sie dann nochmals bitten um ein Gespräch, in dem dann der Einsetzungsantrag übergeben wird, der mitgenommen wird, und zwei Tage später ist dann ein eigener Antrag auf dem Tisch, also ein Schelm, der Böses dabei denkt!

Sie hätten sich doch gar nicht diesem Thema gewidmet, wenn wir unseren Antrag nicht gestellt hätten. Und, Herr Kollege Schlotmann, den Briefverkehr habe ich dabei. Bleiben Sie bitte bei der Wahrheit. Bleiben Sie wirklich bitte bei der Wahrheit!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Volker Schlotmann, SPD: Reiß Sie sich
zusammen! Reiß Sie sich zusammen!
Diese Halbwahrheiten hier!)

Ich denke, die Bundespolitik sollte überhaupt keinen Raum hier greifen. Aber ich kann Ihnen nur einen guten Rat geben, Herr Kollege Schlotmann: Kümmern Sie sich doch um den Zustand der rot-grünen Bundesregierung,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

das ist doch ein viel interessanteres Thema, und was morgen im Deutschen Bundestag wird und wie es in essentiellen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland weitergeht. Das halte ich für viel interessanter und auch für viel wichtiger.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Gerd Böttger, PDS: Der Zustand der CDU
ist aber auch nicht viel besser.)

Und was mich persönlich ungemein ehrt, das muss ich sagen, ist, dass Sie sich so mit meiner Person auseinander setzen. Aber eins würde ich nicht tun, Herr Kollege Schlotmann, mich mit Ihrem persönlichen Zustand auseinander setzen. Das werde ich nicht machen. Aber zwei Dinge lassen Sie mich noch sagen:

Erstens. Wenn Sie anfangen, An- und Abwesenheiten in Ausschüssen hier öffentlich vorzutragen, dann werden wir uns auch mal über Arbeitseifer Einzelner aus einzelnen Fraktionen unterhalten.

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Gerne. –
Volker Schlotmann, SPD: Ja, das tun wir
ständig. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das können wir mal gerne miteinander tun. Wenn Sie hier dieses Thema auf- und anreißen, dann kann ich Ihnen eins sagen, dann werden Sie persönlich in der SPD-Fraktion sicher nicht am allerbesten dabei wegkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Zweitens. Dass Sie meinen Kollegen Uli Born als Westgermanen tituliert haben,

(Volker Schlotmann, SPD: Ja.)

ich muss Ihnen sagen, das zeigt eine Geisteshaltung Ihrerseits, die kann ich nicht verstehen.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Die kann ich wirklich nicht verstehen

(Jörg Vierkant, CDU: Schlimm, schlimm! –
Zuruf von Georg Nolte, CDU)

und Sie sollten wirklich ein Stück weit mal sich selber fragen, ob diese Argumentation wirklich angemessen war zu diesem Thema, Herr Kollege Fraktionsvorsitzender.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde hier viel über Bevölkerungsentwicklung, über Bevölkerungswanderung gesprochen. Es wurde gesagt, es liege angeblich alles auf dem Tisch. Sicher, es hat Fortzüge gegeben. Aber, Herr Kollege Schoenenburg, die dramatischen Fortzüge waren nicht zwischen 1998 und 1992, die waren zwischen 1949 und 1961, als drei Millionen die damalige DDR verlassen haben und in die Freiheit und in die Demokratie gegangen sind. Das war der dramatische Fortzug. Und da gucken Sie sich mal die Zahlen an!

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Und dann waren es noch Hunderttausende, die über die Grenze gegangen sind, ob über die Ostsee, über die grüne Grenze, über die Tschechei, über Ungarn oder wo auch immer. Das war ein Aderlass sondergleichen. Und wenn wir meinen, dass die Ausschüsse das leisten können, dann will ich wirklich hier ein paar Fragen stellen, ob das ein Ausschuss wirklich leisten kann.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Sie trauen ihnen wenig zu.)

Wie entwickeln sich ...

Kollege Schoenenburg, das Problem der Bevölkerungsentwicklung und die Auswirkungen sind viel kom-

plexer. Aber ich habe einen Eindruck, der verfestigt sich bei mir immer mehr: Sie haben schlichtweg Angst vor den Tatsachen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach, mein Gott!)

Sie haben schlichtweg Angst davor, dass Bevölkerungswissenschaftler und andere Externe in der Enquete-kommission hinzugezogen werden. Und diese Angst kommt aus meiner Sicht auch zum Ausdruck in den Argumentationen.

Aber was wird mit den Finanzausweisungen des Landes in der Zukunft bei dem Bevölkerungsrückgang? Ich komme noch darauf zu sprechen. Was sind die Auswirkungen auf die Solidarsysteme, Krankenkassen, Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung? Führt zum Beispiel die steigende Morbidität zu einer noch größeren Höhe der Ausgaben von Arzneimitteln? Werden wir noch höhere Krankenkassenbeiträge bei den AOK haben wegen der Bevölkerungsentwicklung? Was sind die Folgeentwicklungen der Nettoeinkommen? Wie wird es weitergehen, wenn immer weniger junge Erwerbsfähige die älteren Menschen mitfinanzieren müssen?

(Harry Glawe, CDU: Die Kassenbeiträge werden bald erhöht.)

Wie ist es bei der Schulentwicklungsplanung? Über Gemeinde- und Verwaltungsstrukturen habe ich geredet. Was ist beim Nachfolgeproblem von Handwerksbetrieben und kleinen und mittelständischen Unternehmen? Fachkräftemangel, Arbeitskräftemangel. Im Augenblick haben wir einen „Überschuss“ an jungen Leuten. In sieben, acht Jahren fehlen sie. Ist es da nicht geboten, dieses Thema in der Öffentlichkeit zu debattieren, auch mit Blick auf die Unternehmen, ihnen zu sagen, ihr verbaut eure eigene Zukunft, wenn ihr nicht darauf achtet, junge qualifizierte Leute im eigenen Unternehmen zu halten?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Muss und sollte das nicht Thema sein?

(Reinhard Dankert, SPD: Wer sagt denn, dass es kein Thema wird?)

Und brauchen wir dort wirklich nicht Leute aus der Wirtschaft, von der Wissenschaft? Wir haben übrigens das Max-Planck-Institut für demographische Entwicklung in Rostock. Wir haben einen Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaften an der Uni Rostock. Haben wir Angst vor den Aussagen von Professor Dinkel? Oder wird der so behandelt wie Herr Professor Berg bei der Wissenschaftstagung, der dann gesagt hat: „Solch eine Arroganz wie in Mecklenburg-Vorpommern ist mir noch nie vorgekommen.“

(Zuruf von Ministerin Dr. Martina Bunge)

Lesen Sie das im „Spiegel“ nach. Was ist mit den ganzen Gutachten zur Hochschulentwicklung? In welchen Schubladen liegen die herum? Und die Frage stellt sich: Universitäten, Hochschulen, wenn wir da weiter nur die Landeskinderphilosophie betrachten, was wird mit denen in sieben, acht Jahren?

(Harry Glawe, CDU: Richtig. Wichtiges Thema.)

Die Schulabgängerzahlen werden sich halbieren. Müssen wir etwas in der Schulpolitik tun, dass wirklich die, die zum Abitur gehen, auch studieren, und nicht wie heute

weniger als die Hälfte zum Studium gehen gleich nach dem Abitur?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das sind doch alles Fragen, denen man sich widmen muss, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das alles, das alles im Ausschuss?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Reinhard Dankert, SPD: Also Ihre Enquete-kommission sollte jeden Tag tagen.)

Herr Kollege Dankert, noch einmal: Hinter Ihnen sitzt der Vorsitzende einer Enquetekommission und alles das, was Sie zur Arbeit von Enquetekommissionen sagen, wie negativ Sie die beschreiben – ich habe mich da auch ein Stück korrigiert, das haben Sie eben gemerkt –, das fällt auf diese Enquetekommission zurück. Ich würde genau darüber nachdenken, was ich an dieser Stelle zu dem Thema sage.

Meine Damen und Herren, wie ist es wirklich um die Fortzüge und um die Zuzüge bestellt? Das Pragnante ist doch, dass dieses Thema schöngeredet wird. Ich erinnere nur an den Jahresempfang des Erzbischöflichen Amtes am 3. April diesen Jahres in Schwerin. Dort sagte der Ministerpräsident, Mecklenburg-Vorpommern sei ein junges Land und die Abwanderungen aus dem Land seien minimal. Sie lägen unter denen von Niedersachsen oder Schleswig-Holstein. Übrigens: Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben ein Plus im Wanderungssaldo, und das im Zehntausenderbereich. Das Bemerkenswerte, das Dramatische ist aber, dass 1999 – und mit den Zahlen sollte man sich befassen – 6.200 15- bis 30-Jährige mehr weggezogen sind als zugezogen, davon 3.640 Frauen und 2.573 Männer. Und im Jahr 2000 ist das noch dramatischer. Dort ist der Wanderungssaldo bei knapp 10.000. Und dieses Jahr erwarten alle Experten Prognosen, die noch deutlich darüber liegen. Jetzt will ich nicht damit anfangen, dass seit drei Jahren hier Rot-Rot regiert, aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dem starken Bevölkerungsschwund von 1989 bis 1992 gab es eine Abbremsung der Fortzüge und es gab eine Ausweitung der Zuzüge.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig! Richtig! So ist es!)

Jetzt haben wir eine starke Zunahme der Fortzüge, eine ganz starke Zunahme insbesondere in dieser Altersgruppe. Wir haben nur mehr Zuzüge in der Altersgruppe über 60 Jahre. Das ist Tatsache.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wen das kalt lässt oder wer dann solche Zwischenrufe tätigt wie die Finanzministerin oder sie auf Reden noch verbreitet, dass mich gute Bekannte ansprechen zu Hause. Frau Keler, wenn Sie auf Jugendweihfeiern sagen, die jungen Leute sollen aus dem Land rausgehen, weil hier keine Chancen sind, dann sprechen mich die Menschen zu Hause an und das bewegt mich. Ich denke, Politik hat eine andere Aufgabe. Politik hat wirklich eine andere Aufgabe. Und, Frau Keler, Sie haben es nicht nur auf einer Jugendweihfeier gesagt, Sie haben es bei „10 Jahre Scan-Haus“ gesagt, Sie sagen es an allen Ecken und Kanten.

(Ministerin Sigrid Keler: Herr Rehberg!)

Zeigen Sie doch wirklich die Größe, die Probleme zu analysieren, die Schwierigkeiten aufzuzeigen. Ich denke, eine Enquetekommission ist geeignet, Visionen und Lösungen zu entwickeln. Holen Sie sich den Professor Braun von der Uni Rostock. Das ist ein unbequemer Mann, aber ich denke, man sollte ihm zuhören, weil er über den Tellerrand hinausblickt. Ich denke, wir brauchen selber als Parteipolitiker Hilfe, um über den Tellerrand hinausblicken zu können. Und deswegen sage ich noch einmal: Die Enquetekommission und nicht die Ausschussberatung ist das geeignete Instrument.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, kommen wir noch einmal zur politischen Situation. Sind das die richtigen Überschriften gewesen, die Sie gewählt haben? Abschaffung des Landeserziehungsgeldes, 1999 beginnend. Ist das die richtige Überschrift für junge Familien? Ist es richtig, die Eigenheimförderung nach dem dritten Förderweg, nach dem Wobau-Gesetz so drastisch runterzufahren gerade für die Schwellenhaushalte, denn die Einkommensstarken kommen gar nicht in den Genuss?

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Sind das die richtigen Überschriften? Ich denke, das sind nicht die richtigen Überschriften.

Und, Herr Holter, Umsteuern reicht nicht, Gegenhalten, das ist das Entscheidende, was man tun muss. Oder glauben Sie wirklich, dass es eine gute Überschrift ist, dass diese Regierung es geschafft hat, kein einziges Investitionsprojekt nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen? Das beginnt beim Transrapid

(Sylvia Bretschneider, SPD: Ach Gott!)

über Airbus und BMW. Glauben Sie, das ist die richtige Überschrift? Ich glaube, nein.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Oder meinen Sie, es ist die richtige Überschrift, dass seit drei Jahren die Schulpolitik so debattiert wird, aber nicht, wie ich Qualität verbessere, sondern dass da die Überschrift ist „Unterrichtsversorgung“? Glauben Sie, das bleibt in diesem Land? Was sagen Sie Auswärtigen, die in einem Zeitungsartikel lesen, dass im zweiten Jahr hintereinander in einer Haupt-/Realschule in Biologie und Chemie keine Noten vergeben worden sind, weil keine Lehrer für diese beiden Fächer da sind?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Den Beweis kann ich Ihnen antreten. Was sagen Sie den Menschen von draußen, die fragen, Herr Rehberg, warum ist das so?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann nur eindringlich raten: Gehen Sie am 20. November zur Tagung der IHK zu Schwerin. Dort werden Professor Birg und Professor Dinkel anwesend sein – Birg ist mit der führende Bevölkerungswissenschaftler in Deutschland, Dinkel ist für mich der führende in Mecklenburg-Vorpommern. Hören Sie sich das an, wer weiter wie Sie so politisch ignorant seit über anderthalb Jahren mit diesem Thema umgeht, wer wirklich nicht in der Lage ist, auch mal kritische Geister dazuzuholen, wer gar nicht will, dass

man auf die Probleme gestoßen wird, wer noch verniedlicht, wie es Herr Holter heute wieder getan hat.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Herr Holter, die Geburtenrate ist nur ein Drittel beteiligt beim Bevölkerungsrückgang. Gucken Sie sich die Zahlen an! Herr Holter, wir sind nicht mehr das jüngste Bundesland und im nächsten Jahr sind wir es garantiert nicht mehr. Wir sind es im Augenblick schon in 2001 nicht mehr. Fragen Sie die Bevölkerungsexperten! Ich hab's getan.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Hören wir doch auf, uns etwas vorzumachen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Schoenenburg, ich habe auch zwei Kinder, ich habe das schon mal gesagt. Und ich habe keine Lust, dass diese beiden Kinder weggehen. Sie gucken schon beide im Internet nach Arbeitsangeboten. Ich sage es noch einmal, der eine ist Kommunikationselektroniker, eigentlich ein Beruf, wo er eine Chance haben müsste. Der Ministerpräsident stellt ja die Situation der Branche supertoll dar. Die ist gar nicht so supertoll, überhaupt nicht supertoll. Und auch da bin ich bereit, aber da hoffe ich auf Unterstützung von SPD und PDS, noch mal dieses Thema aufzugreifen. Unternehmen verbauen sich ihre eigene Zukunft, wenn sie ihre guten jungen Leute ziehen lassen.

Ich mache im Augenblick eine Tour durch viele Hotels. Die haben es begriffen, viele. Den guten Chefkoch halten, damit das Restaurant eine gute Qualität hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und da werden auch Einkommen gezahlt mittlerweile wie in Bayern und in Österreich. Und der eine und der andere hat es begriffen. Nur wir brauchen die gesellschaftliche Debatte. Herr Holter, dieses Themas können Sie sich auch mal in Ihrer „Denkwerkstatt 2020“ annehmen.

(Minister Helmut Holter: Haben wir schon!)

Aber Sie sollten 2001 dieses Thema anschneiden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Rehberg.

Das Wort hat noch einmal der Abgeordnete Herr Dr. Schoenenburg von der Fraktion der PDS.

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist doch schön, wenn man nicht zu lange redet zu Anfang, dann kann man noch mal auf bestimmte Dinge reagieren. Ich mache mir ehrlich Sorgen um Sie, meine Damen und Herren von der CDU.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das rührt uns!)

Ihr Vorsitzender ist doch etwas verwirrt.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich will auch sagen, warum ich das so sehe nach seinem Beitrag hier:

Erstens stellt er die Forderung, Mecklenburg-Vorpommern isoliert ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Machen Sie sich lieber Sorgen um die Arbeitslosigkeit und Ihren Arbeitsminister!)

Ach, dieses Geschrei ewig! Das macht Sie doch nicht besser, Herr Riemann, wenn Sie so laut brüllen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Man fragt sich, was da werden soll.)

Konkurrenz, im lauten Brüllen sind Sie trotzdem nicht der Erste.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Dr. Schoenenburg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Helmrich?

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, gerne.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Helmrich, fragen Sie.

Herbert Helmrich, CDU: Herr Dr. Schoenenburg, wir haben beide drei Jahre zusammen gesessen in einer Enquetekommission, von der wir beide nicht wussten, was herauskommen sollte. Und ich glaube, nach drei Jahren waren wir überrascht, dass es doch stückweise positive Ergebnisse gab. Können Sie diese Vorgabe und diese Hoffnung nicht auch dieser Enquetekommission geben, dass wir annehmen können, dass da etwas herauskommt in dem Sinne, wie wir es wünschen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Geben Sie mir Recht, dass man nicht immer vorher weiß, was herauskommt?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und Bodo Krumbholz, SPD – Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Schoenenburg, beantworten Sie die Frage.

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Okay.

Also, Herr Helmrich, ich glaube, in der Bibel gibt es diese Stelle, die der Bundeskanzler Kohl sozusagen volkstümlich übersetzt hat.

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

Die lautet da etwa so: „Ehe ihr etwas beginnt, bedenket das Ende.“ Bundeskanzler Kohl machte daraus: „Man muss sehen, was am Ende rauskommt.“

(Dr. Ulrich Born, CDU: Entscheidend ist immer, was hinten rauskommt.)

Ich denke, auch das müssen wir sehen, wenn wir eine Enquetekommission oder etwas anderes Parlamentarisches einrichten. Wir müssen wissen, was wir wollen. Aber es stimmt natürlich auch – das hat auch einer etwas leicht ironisch gesagt –, Prognosen sind schwierig, vor allen Dingen, wenn sie sich auf die Zukunft beziehen.

Herbert Helmrich, CDU: Dann haben wir ja noch Hoffnung bei der Abstimmung.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, ich bin ja noch nicht fertig, Herr Helmrich. Ich bitte Sie, noch stehen zu bleiben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Also, ich meine, es gibt nichts einzuwenden gegen Enquetekommissionen. Ich halte nur die Enquetekommission für diesen Gegenstand nicht für angemessen. Das ist

mein Problem. Und das ist auch das Problem meiner Fraktion.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist doch nicht so sehr Ihr Problem. Lassen Sie das mal!)

Ich glaube, der Nutzen einer Enquetekommission hängt immer davon ab, was man betrachten will. Die Gemeinde-reform, ein solch eingegrenztes Gebiet ist natürlich ein Gegenstand für eine Enquetekommission. Aber, ich denke, die Aufgabe, die Sie uns vorschlagen und die wir auch sehen, ist so groß, dass sie die Sache des ganzen Parlamentes ist. Und warum soll denn dieses Parlament nicht Anhörungen durchführen und warum sollen die hier genannten Professoren nicht zu Wort kommen, warum sollen wir uns mit der Sache nicht gründlichst beschäftigen, wenn wir alle denn das wollen?

(Beifall einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Ulrich Born, CDU: Sie wollen doch dem zustimmen, wenn die SPD es zuließe.)

Herr Born, doch bitte keine Spekulation.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Das war meine Antwort.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie eine Zusatzfrage?

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, gerne.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Abgeordneter Helmrich.

Herbert Helmrich, CDU: Dr. Schoenenburg, wir haben gesessen in der Enquetekommission Versöhnung. Richtig versöhnt sind wir beide und ich als CDU-Mann mit der PDS immer noch nicht. Aber wir sind uns ein Stück näher gekommen und das könnten wir wahrscheinlich auch erreichen.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Geben Sie mir da Recht?

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sehen Sie, genau da liegt Ihr Denkfehler.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Sicher sind wir uns bei dieser Frage der Vergangenheitsbetrachtung näher gekommen, auch persönlich. Das ist nicht die Frage. In solchen Fragen kann man sich näher kommen. Bei der Betrachtung der demographischen Entwicklung brauchen wir uns gar nicht näher zu kommen, weil die Fakten sind für beide gleich und beide gleich kritisch. Was sollen wir dort versöhnen?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die Frage ist, wie man es löst. Die Frage ist, wie man es löst.)

Herbert Helmrich, CDU: Bei den Lösungen.

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Bei den Lösungen werden wir uns nicht verlassen können ausschließlich und vor allem auf Externe,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber auch.)

aber die werden wir heranziehen müssen. Da müssen wir als Parlament insgesamt unsere Hausaufgaben machen. Das ist doch das, was ich ständig sage.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber Sachverstand.)

Wenn wir es nicht mit Sachverstand machen, dann frage ich Sie: Welchen Sachverstand haben Sie, haben Sie, haben Sie, habe ich? Haben wir genug Sachverstand?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nein. –
Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Ich sage, wir haben genug Sachverstand.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Nein. Sie haben den nicht!)

Okay, dann ist es eben so, dass Sie nach dem Motto verfahren, ein Abgeordneter braucht keinen Sachverstand, er muss nur gewählt werden.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das würde doch gegen
alle Enquetekommissionen sprechen.)

Das ist natürlich auch ein Motto. Aber ich sage, Ihre Frage bestätigt mir noch mal den Fakt, man muss den Gegenstand betrachten und man muss hier sozusagen die Unterschiedlichkeit in den Gegenständen sehen und dann kommt man zu unterschiedlichen Lösungen.

Herbert Helmrich, CDU: Danke.

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Bitte schön.

Aber nun zum leicht verwirrten Herrn Rehberg zurück.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Erstens. Er fordert, Mecklenburg-Vorpommern isoliert zu sehen.

(Dr. Ulrich Born, CDU, und
Wolfgang Riemann, CDU:
„Zu sehen“ hat er nicht gesagt.)

Sie haben selbst Ihrem Vorsitzenden nicht zugehört.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Doch, doch! –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und Peter Ritter, PDS)

Nur die Probleme in Mecklenburg-Vorpommern seien zu betrachten.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Georg Nolte, CDU:
Wir sind ja ein Landesparlament.)

Nun entstehen aber die Probleme Mecklenburg-Vorpommerns heute und auch in Zukunft daraus, dass es mitten in der Bundesrepublik liegt und ein neues Bundesland ist.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Und wir werden neue Entwicklungschancen und neue Probleme bekommen, wenn es zur Osterweiterung der EU kommt.

(Ministerin Sigrid Keler: Genau!)

Und das werden wir betrachten. Also, Mecklenburg-Vorpommern kann keineswegs isoliert betrachtet werden.

Zweitens. Herr Rehberg, Fakten sind Fakten. Man kann sie nicht nach Belieben verdrehen. Das, was Sie gesagt haben zur Bevölkerungsentwicklung zwischen 1950 und 1990, stimmt schlicht und einfach nicht für Mecklenburg-Vorpommern. Mecklenburg-Vorpommern hatte zwischen 1950 und 1990 sogar einen Bevölkerungsgewinn.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, weil die ganzen Sachsen hierher gezogen sind. –
Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU
und PDS – Zurufe von Gerd Böttger, PDS,
und Annegrit Koburger, PDS)

Also, wenn man schon solche Dinge erzählt, dann möge man bitte auch genau sein.

(Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Aber genau das ist ja die Methode von Herrn Rehberg, mit Halbwahrheiten und ganzen Unwahrheiten irgendwelche Tendenzen zu konstruieren und dann im Schluss völlig danebenzuliegen. Deswegen überlegen Sie, ob Sie sich den Vorsitzenden leisten können!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Dr. Armin Jäger, CDU, und
Wolfgang Riemann, CDU: Der ist schon gut so.)

Drittens. Er verliert sich in Einzelheiten und in parteipolitischen Wadenbeißereien.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ach was! Ach was! –
Harry Glawe, CDU: Nö. – Zuruf von
Wolfgang Riemann, CDU)

Das war doch wieder das Allerletzte, was er hier der Finanzministerin vorwirft, was er Herrn Schlotmann vorwirft.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Hat das etwa Größe? Kleinkariert bis zum Letzten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das verwechseln
Sie doch mit Herrn Schlotmann. –
Wolfgang Riemann, CDU: Ach,
Herr Schlotmann war großartig!)

Mit solch einem Parteivorsitzenden können Sie keinen Blumentopf gewinnen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und was Sie jetzt
hier machen, das ist es nicht? Ist das nicht
dasselbe? – Till Backhaus, SPD: Ruhe! –
Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Viertens. Dieser Vorsitzende will die Verantwortung des Landtages auf die Enquetekommission übertragen, weil er dem Landtag nicht traut.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nun beschimpfen
Sie doch nicht andauernd Herrn Müller! –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Er kennt zu gut seine eigene Fraktion wahrscheinlich.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das wird es sein!)

Und deswegen meint er, dass der Landtag nicht in der Lage ist, das Problem zu lösen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und deswegen sage ich Ihnen: Leisten Sie sich einen anderen Vorsitzenden und stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zurufe aus der CDU: Nein. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Der Antrag ist doch schon
abgestimmt. – Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Schoenenburg.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2398. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2398 ist mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Maßnahmen zur Stärkung der Inneren Sicherheit – Antiterrorpaket M-V in Höhe von 30 Mio. DM, auf Drucksache 3/2395.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Maßnahmen zur Stärkung der Inneren
Sicherheit – Antiterrorpaket M-V
in Höhe von 30 Mio. DM
– Drucksache 3/2395 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Reinhardt Thomas von der Fraktion der CDU.

Reinhardt Thomas, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Entschließung des Landtages zu dem Terroranschlag vom 11. September in den USA heißt es abschließend: „Der Landtag ist der Überzeugung, dass alle Maßnahmen ergriffen werden müssen, um jedem Terrorismus den Nährboden zu entziehen.“ Ich glaube, das haben wir alle verstanden. Laut Presseerklärung vom 24. September wollte der Innenminister „terroristische Strukturen konsequent mit allen verfügbaren Mitteln aufdecken“ und „mit einer Rasterfahndung hart und konsequent den Terrorismus bekämpfen“. In den Beratungen zum Sicherheits- und Ordnungsgesetz am 17. Oktober lehnte die Koalition dann aber den CDU-Antrag zur Verbesserung der Voraussetzungen für die Rasterfahndung ab. Die Schleierfahndung blieb bei der SOG-Änderung ebenfalls auf der Strecke. Und da müssen wir sagen: So sehen Ihre harten und konsequenten Maßnahmen aus! Das genügt uns nicht!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Mit dieser PDS – und das hätten Sie, meine Damen und Herren der SPD, wissen müssen – gibt es keine Stärkung der inneren Sicherheit, kein wirksames Antiterrorpaket und keine wirkliche Solidarität mit den Vereinigten Staaten, denen wir Deutsche so viel zu verdanken haben.

(Gerd Böttger, PDS: Wo nehmen Sie denn den Quatsch her? Wo nehmen Sie denn den Quatsch her?)

Und eines muss man deutlich sagen: Sie hatten immer Ihre sehr eigene Auffassung von Frieden, sehr eigen, um das mal nett und freundlich zu sagen.

(Gerd Böttger, PDS:
Zumindest eine andere als Sie.)

Und bei der Terrorismusbekämpfung in den 70er Jahren wurde die DDR als Ruhe- und Vorbereitungsraum für die RAF genutzt.

(Annegrit Koburger, PDS:
Nee, als Aussteigerland.)

In Mecklenburg-Vorpommern wollte die PDS den Verfassungsschutz abschaffen ...

(Annegrit Koburger, PDS: Ja.)

Das haben Sie doch hier im Parlament deutlich gesagt!

... und bei der Polizei Personal abbauen – das ist Ihr Druck, der auch immer mit entsteht –

(Minister Dr. Gottfried Timm:
Ich hab's nicht getan, Herr Thomas.)

sowie die rechtlichen Möglichkeiten wie beim SOG weiter einschränken. Das ist Ihre Strategie.

(Gerd Böttger, PDS: Wo war denn die CDU in den 70er Jahren?!)

Sie haben gar keine, Herr Innenminister!

(Gerd Böttger, PDS: Ich kenne da noch eine Menge. – Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Die Terrorangriffe gegen die USA haben die Welt verändert. Die Herausforderungen im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit sind gewaltig. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig. Deutschland ist zum Vorbereitungsraum für islamistische Terroristen geworden – und das muss man sagen –, weil vor allem unter Rot-Grün das Thema innere Sicherheit nicht den Stellenwert hatte und weil die Änderung des Ausländerrechtes auch dazu führte,

(Annegrit Koburger, PDS: Sie müssen wirklich unter Verfolgungswahn leiden. Das ist wirklich!)

dass Deutschland für Extremisten ein Einfallstor geworden ist. Denen wurde es einfach zu leicht gemacht mit der Änderung dieses Ausländerrechtes. Spätestens mit dem 11. September ist aber klar geworden, dass diese politischen Lebenslügen weg sind vom Tisch. Wir stehen vor einer gewaltigen Herausforderung. Und alles andere jetzt nicht zu tun oder mit dieser Politik so weiterzumachen, ich glaube, das wäre eine gefährliche Illusion.

Die innere und äußere Sicherheit muss in unserem Land und in Deutschland Priorität erhalten. Während andere Länder Terrorpakete vorgelegt haben – auch die, die vorher den Bereich innere Sicherheit vernachlässigt haben, ich nenne da nur Niedersachsen –, herrscht in Mecklenburg-Vorpommern in Sachen Sicherheit eine doch mehr oder weniger von der PDS erzwungene Friedhofsruhe. Außer platten und wirklich peinlichen Ankündigungen ist leider, muss man sagen, nichts passiert. Sogar bei den acht Stellen für den Verfassungsschutz konnte sich Dr. Timm bisher nicht durchsetzen. Niemand weiß, ob der Verfassungsschutz diese acht Stellen wirklich bekommt.

(Gerd Böttger, PDS: Die acht Stellen kommen schon!)

Das wollen Sie doch verhindern!

(Gerd Böttger, PDS: Die acht Stellen kommen schon!)

Das wollen Sie doch verhindern! Und es soll angeblich eine Führungsgruppe mit acht Stellen gebildet werden, die aus dem Bereich der Polizei kommen. Also acht Stellen weniger bei der Polizei!

(Gerd Böttger, PDS: Ach Mensch, das ist doch Quatsch!)

Also, Dr. Timm, wenn sich das bewahrheitet, dann muss man wirklich sagen, das ist eine ziemliche Täuschung.

(Gerd Böttger, PDS: Sagen Sie ihm das doch mal, Herr Minister!)

Ja, Sie können das ja heute sagen, wie das wirklich ist! Also acht Stellen für den Verfassungsschutz, das können Sie heute deutlich sagen. Ich fürchte, da werden Sie hier aber Druck bekommen.

Und am 25. Oktober kündigte der Innenminister einen so genannten Regelkatalog gegen Korruption an. Warum haben Sie dann die Innenrevision abgeschafft?

Die Frage ist doch: Wo fängt Korruption, die eindeutig auch das Einfallstor für organisierte Kriminalität und Terrorismus ist, wo fängt die eigentlich an? Das fängt bei Filz- und Sippenwirtschaft

(Annegrit Koburger, PDS: Da hat ja die CDU die größten Erfahrungen.)

und beim Wissen um die Leichen im Keller an, nämlich so wie in diesem Arbeitsministerium.

(Annegrit Koburger, PDS: So wie bei Herrn Landowski und Co.)

Und bevor der Innenminister den Landesbediensteten einen Ehrenkodex auferlegt, sollte er diesen erst einmal in dieser Landesregierung durchsetzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Von den fünf Punkten vom 13. November, davon möchte ich wirklich nicht reden. Das ist schon mehr als schlicht. Also mit diesem Antiterrorprogramm, den fünf Punkten, haben Sie sich, glaube ich, bei der Landespolizei den gleichen Ruf erworben wie Scharping bei der Bundeswehr.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Insgesamt ist festzustellen, dass die Landesregierung die seit dem 11. September entstandene Situation ignoriert. Unser Land ist weder personell noch technisch auf Terroristenbekämpfung vorbereitet, also nicht auf die neuen Herausforderungen. Trotz Kritik der Gewerkschaft der Polizei, die immer wieder auf die bestehende dramatische personelle Situation bei der Polizei hingewiesen hat, geschieht nichts. Die weiteren Mehrbelastungen der Polizei, hervorgerufen durch die aktuelle Sicherheitslage, führen langfristig zu einer Gefährdung der inneren Sicherheit im Land. Und wer die extreme Belastung der Polizei ignoriert, der setzt die innere Sicherheit in diesem Lande aufs Spiel. Deswegen fordern wir mit unserem Antrag ein Antiterrorpaket in Höhe von mindestens 30 Millionen DM im Haushaltsetat 2002/03.

Die von uns geforderten 177 Stellen sind das Mindeste, was die Polizei benötigt. Die alten Argumente von Herrn Dr. Timm, die können Sie vergessen! Wir brauchen Verstärkung bei der Bereitschaftspolizei – da sind ja nicht einmal alle Züge aufgefüllt –, um die Landespolizei von zusätzlichen Einsätzen zu entlasten, und wir benötigen Stellen für Sondereinheiten, Spezialkräfte und neue Ermittlungseinheiten zur Terrorismusbekämpfung sowie EDV-Spezialisten für die Terrorismusdateien.

Auch der Bereich organisierte Kriminalität muss personell verstärkt werden. Fakt ist, der Weltterrorismus wird mit Drogengeldern finanziert.

(Annegrit Koburger, PDS: Ja, da bringt die USA die Leute noch drauf, dass wir das finanzieren. Da haben die nämlich jahrelange Erfahrungen. – Zuruf von Monty Schädel, PDS)

Europa wird über die Seidenroute aus Afghanistan und über die Balkanroute aus den Kurdengebieten mit Drogen überschwemmt.

Ja, und Sie fordern die Drogenfreigabe! Das steht ja auch in diesem Kontext.

(Annegrit Koburger, PDS: Sie haben nichts verstanden, aber auch gar nichts!)

Der Kampf gegen Terrorismus ist also auch aus unserer Sicht ein Kampf gegen Drogen- und Menschenhandel.

Und was macht der Innenminister? Er verkündet am letzten Wochenende die Einstellung von 450 neuen Polizisten bis 2006 und verschweigt, dass das nur der Ersatz für die Ruhestandler ist. Dazu SVZ-Kommentar vom Wochenende: „Die Timm'sche Hurra-Statistik erinnert an etwas Titanic, DDR oder die neueste Unterrichtsausfallstatistik vom Bildungsminister Peter Kauffold.“ Dem ist nichts hinzuzufügen!

Jeder Terrorist und jeder Drogendealer ist technisch perfekt ausgerüstet, während vielen Sachbearbeitern der Kriminalpolizei und in Sonderermittlungseinheiten Mobiltelefone, PC, Laptop und Internetanschlüsse noch fehlen. 7 Millionen DM für die verbesserte technische Ausstattung sind wenig genug, um die Landespolizei auch technisch in die Lage zu versetzen, diese Formen des Terrorismus bekämpfen zu können. Zu der genannten technischen Grundausstattung benötigt die Polizei vor allem aber auch ABC-Ausrüstungen und die Technik für ABC-Gefahrenanalysen. Die Anthrax-Angriffe in den USA zeigen, dass die Landespolizei mit Brief-Röntgengeräten und Strahlengeräten zur Abtötung von Bakterien in Briefen ausgestattet werden muss.

Auf die Sicherheitsdefizite der beschlossenen Polizeiorganisationsstruktur haben wir in den Ausschüssen und hier im Parlament wirklich genug hingewiesen. Mit dieser Struktur sind – und das muss man mal deutlich sagen – Umgruppierungen und neue Dienstposten verbunden, die die Einsatzfähigkeit derzeit einfach weiter in Frage stellen. Die Sicherheitsdefizite durch den Rückzug aus der Fläche haben wir Ihnen sehr lange und deutlich hier im Parlament gesagt. Und angesichts der neuen Herausforderung durch den Terrorismus muss auch diese Polizeiorganisationsstruktur auf den Prüfstand. Das wäre normalerweise eine Aufgabe, die schon längst hätte angepackt werden müssen.

Sie können einfach nicht so weitermachen, als wäre am 11. September nichts geschehen. Eine Polizei, die im Dauerstress bis Ende des Jahres 800.000 Überstunden vor sich herschiebt, kann nicht gleichzeitig mit einer neuen Organisationsstruktur konfrontiert werden. Die Bezahlung der Überstunden ist im Übrigen selbstverständlich. Wenn das zu einem Antiterrorpaket gehört, dann frage ich mich wirklich: Wo leben wir hier eigentlich? So was steht in einem Antiterrorpaket drin – also da ist man fassungslos!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die Bezahlung der Überstunden ist in einem Antiterrorpaket! Da muss ich mich wie zu DDR-Zeiten fragen: Mein Gott, von wem werden wir denn hier noch regiert?

(Annegrit Koburger, PDS:
Zum Glück nicht von Ihnen!)

Der islamische Terrorismus hat am 11. September

(Gerd Böttger, PDS: Das hätten Sie damals mal fragen sollen. Haben Sie bloß nicht. Hat er ja nicht! – Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

der zivilisierten Welt den Krieg erklärt. Das Ziel ist die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Ordnung.

(Unruhe bei Dr. Armin Jäger, CDU, und Gerd Böttger, PDS)

Das ist für Sie vielleicht lächerlich, für uns nicht!

(Glocke der Vizepräsidentin)

In Deutschland gibt es 31.000 islamische Extremisten. Und eins muss man auch sagen: Wir werden niemanden pauschal in irgendeinen Verdacht nehmen, aber auch wir haben 6.000 Muslime in unserem Land, wo wir mit einem gewissen Anteil von Extremisten rechnen müssen. Deswegen ist die strukturelle und personelle Stärkung des Verfassungsschutzes zwingend geboten. Der Verfassungsschutz benötigt fürs Erste diese acht Spezialisten zur Terror- und Extremismusbekämpfung, aber er benötigt vor allen Dingen politische Rückendeckung. Das ist wichtig. Und die bekommt er doch bisher nur von uns.

(Heiterkeit bei Gerd Böttger, PDS)

Alle Weisungen, die die Arbeit des Verfassungsschutzes zur Beobachtung extremistischer Strukturen im Lande beschränken, müssen sofort aufgehoben werden. Herr Dr. Timm, es gibt da noch eine ganz besondere Weisung. Der Verfassungsschutz darf nicht weiter zum Spielball politisch-ideologischer Interessenlagen dieser Koalition gemacht werden! Das müssen wir ganz deutlich sagen. Es müssen alle extremistischen Organisationen einschließlich der Querverbindungen zu den islamischen überwacht werden! Und da kennen wir ja aus der Vergangenheit einige.

Auch im Katastrophenschutz gibt es noch einige Defizite. Mit unseren Vorschlägen wollen wir ein 3-Millionen-DM-Paket auflegen, um die größten Defizite abzubauen. Dazu gehörten die Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Spezialtechnik des THW und Verträge mit Spezialfirmen, um im Notfall Kräne und Fahrzeuge bereitstellen zu können. Derzeit stehen den Feuerwehren in Mecklenburg-Vorpommern immer noch nicht genügend Fahrzeuge für ABC-Gefahrenanalysen zur Verfügung. Es fehlt auch an Medikamenten zur Bekämpfung von Krankheiten nach ABC-Angriffen. Deswegen müssen die Erst- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen für ABC-Gefahrenanalysen weiter beschleunigt sowie die Anschaffung und dezentrale Lagerung von Medikamenten so schnell wie möglich erfolgen. Eine verstärkte Fortbildung ist dann natürlich an der neuen Technik auch notwendig.

Bei unseren Vorschlägen zur Stärkung der inneren Sicherheit handelt es sich aus unserer Sicht um Mindestanforderungen. Und sehen Sie sich mal das Antiterrorpaket von Brandenburg an, 36,1 Millionen DM! Ich denke, da liegen wir auch in vernünftigen Relationen. Wir haben darauf verzichtet, weitere Vorschläge im Bereich des SOG und des Verfassungsschutzgesetzes zu machen, weil wir ohnehin der Meinung sind, dass das sehr platt abgelehnt wird.

Im Bundesrat liegt seit dem 12. Oktober der Antrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen als „Entschließung des Bundesrates zur wirksameren Bekämpfung des internationalen Terrorismus und Extremismus“ vor. Dieser Antrag ist aus unserer Sicht eine relativ

frühe und vernünftige Antwort auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen nach den Terroranschlägen in den USA. Und der Antrag war notwendig, weil sich schon damals abzeichnete, dass die Regierungskoalition in Berlin nicht in der Lage ist, sich auf ein angemessenes Sicherheitspaket zu einigen. Wir haben ja den Streit mit den Grünen erlebt. Und was wir also gestern hier erlebt haben zum Sicherheitspaket I und II, war auch keine Sternstunde dieses Parlamentes.

Zur Aufdeckung der gefährlichen Netzwerke benötigen Polizei, Verfassungsschutz, Geheimdienste und die Strafverfolgung rechtliche Instrumentarien für dauerhafte personenbezogene Maßnahmen. Das ist sehr wichtig in diesem Bereich. Dazu gehört der Überblick über Personen mit extremistischem und terroristischem Hintergrund, über personelle Vernetzung, Organisationsstrukturen und vor allen Dingen Finanzströme in Deutschland und im Ausland. Das ist klar in diesem Antrag definiert, zum Teil bin ich in meiner Rede schon gestern darauf eingegangen.

Angesichts der extrem konspirativen Vorgehensweise und der ethnischen Abschottung islamistischer Extremisten und Terroristen müssen die Möglichkeiten der Datenerhebung, -übermittlung und -speicherung behördenübergreifend sowie international weiter verbessert werden. Wir müssen mehr tun! Und Sie tun hier immer so, als ob das ausreiche, was wir mittlerweile haben. Das genügt nicht. Es ist einfach Fakt und das wird Ihnen auch jeder sagen. Aus unserer Sicht kann nur so das Netzwerk der ausländischen Extremisten und Terroristen in Deutschland, Europa und Übersee wirklich effektiv und auch langfristig bekämpft werden.

Und eines muss man auch ganz deutlich sagen: Unsere Partner in der EU und der NATO verfolgen sehr gespannt, was in Deutschland insgesamt passiert – einerseits Einsatz der Bundeswehr, aber sie verfolgen auch sehr gespannt, was hier zu diesen Sicherheitspaketen im Lande gemacht wird. Und ich glaube, da haben wir in Berlin morgen auch die Stunde der Wahrheit und wir sollten es hier nicht so weit kommen lassen. Es ist so, dass sich der Bundeskanzler Schröder im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit eigentlich nur noch auf die Opposition verlassen kann. Ich denke, dass man bei so einem Thema mehr parteiübergreifende Gemeinsamkeiten finden kann und eigentlich auch finden muss!

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Nach dem gestrigen Trauerspiel können wir nur hoffen, dass Sie sich wenigstens einmal gegenüber Ihrem Koalitionspartner durchsetzen. Wir haben den Eindruck, dass der sich ja auch Ihnen gegenüber in vielen Dingen durchsetzt. Sie sollten es vor allen Dingen deshalb heute überlegen, denn es kann doch wohl nicht sein, dass die Ablehnung unseres Antrages schon gestern im „Neuen Deutschland“ hier angekündigt worden ist

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das machen sie so.)

und die SPD dann diesen Antrag auch getreu mit ablehnt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

In diesem Sinne darf ich Sie nochmals bitten, Ihre Einstellung zu überdenken und unserem Antrag zuzustimmen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Thomas.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat jetzt der Innenminister Herr Dr. Timm.

Minister Dr. Gottfried Timm: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Acht Wochen nach dem Terrorangriff in den Vereinigten Staaten und sechs Wochen nach der Landtagswahl von Hamburg hat die Christlich-Demokratische Union das Thema innere Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern entdeckt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach, Herr Timm! Das ist doch albern! – Zurufe von Siegfried Friese, SPD, und Gerd Böttger, PDS – Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Die Koalitionsaussage, Herr Dr. Jäger, Ihrer Partei hier, Ihres Landesverbandes – der Bundesverband und vor allem die CSU sind sehr vorbildlich in dieser Frage – lautet, Sie wollen eine Koalition mit der PRO eingehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wer ist denn das?)

Wissen Sie, vorausseilender Gehorsam oder was auch immer das Motiv sein mag –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Erzählen Sie doch keine Märchen!)

der Wahlkampf lässt grüßen!

Aber eine Frage des Abgeordneten Thomas ist von höchster Bedeutung, ich will sie gerne aufgreifen, Herr Thomas: Wo fängt die organisierte Kriminalität an? Ich meine, diese Frage sollte man den Herren Helmut Kohl und Manfred Kanther einmal stellen, und zwar insbesondere unter dem Aspekt der illegalen Finanztransfers.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Wo fängt denn die organisierte Kriminalität an?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir sind jetzt bei der Terrorismusbekämpfung. – Annegrit Koburger, PDS: Ein Paradebeispiele dafür!)

Ich greife nur eine Frage auf, die mein Vorredner hier gestellt hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, leichter geht's nicht.)

Ich will Ihnen sagen, dass eine Forderung – oder ein Vorschlag in diesem Fall – des Sicherheitspaketes II, das Genosse Otto Schily vorgelegt hat,

(Heiterkeit bei Siegfried Friese, SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Das haben Sie gestern abgelehnt.)

darin besteht, die Beobachtungen des Verfassungsschutzes im Hinblick auf Bestrebungen, die gegen die Völkerverständigung gerichtet sind, in den Landesgesetzen zu verankern. Mecklenburg-Vorpommern hat diese Verankerung in das Landesverfassungsschutzgesetz bereits bei der Novelle vor dem 11. September vorgenommen und die CDU hat es abgelehnt. Ich bedauere es zutiefst.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, wir haben es doch nicht abgelehnt.)

Aber wir haben jetzt eine Rechtsgrundlage, die auch geeignet ist, den Verfassungsschutz im Bereich der Bestrebungen, die gegen die Völkerverständigung gerichtet sind, einzusetzen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und wir werden es auch tun.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Reinhardt Thomas, CDU)

Die Opposition will nun den Eindruck erwecken, meine Damen und Herren, die Polizei sei nicht genügend einsatzfähig,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

die innere Sicherheit sei in Gefahr.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das Gegenteil ist der Fall. Die Polizei des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist in der derzeit angespannten Situation in der Lage, die ihr gestellten Aufgaben vollständig zu lösen. Die Zahl der Verkehrsunfälle ist in den letzten Monaten rückläufig,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und alles auf dem Rücken des mittleren Dienstes.)

das heißt mit anderen Worten, der Überwachungsdruck der Beamten auf den Straßen zeigt Wirkung.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die Zahl der aufgeklärten Straftaten konnte erhöht werden, und das, meine Damen und Herren, nach dem 11. September und in einer Phase, in der in den Polizeibehörden die Umstrukturierung der Dienstbereiche läuft, um die Qualität der polizeilichen Arbeit kontinuierlich voranzubringen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das sehen die Beamten aber anders.)

Die Aufgaben, die vor den Sicherheitsbehörden des Landes Mecklenburg-Vorpommern stehen, sind zugegebenermaßen nicht einfach, aber sie sind lösbar und sie werden gelöst, und zwar mit großem Einsatzwillen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landespolizei und darüber hinaus. Und darauf, meine Damen und Herren, kann dieses Hohe Haus sehr stolz sein.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

An der Lageeinschätzung hat sich nach dem 11. September nichts Wesentliches geändert.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach Einschätzung aller Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder derzeit – derzeit! – kein Zielobjekt islamistisch-terroristischer Anschläge. Allerdings ist unser Gebiet als Vorbereitungsraum genutzt worden, wie wir wissen. Und die Gefahr, dass unser Land weiterhin als Vorbereitungsraum dient, besteht weiter. Deshalb müssen wir auch in Mecklenburg-Vorpommern den Beschluss, den unter anderem auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gefasst hat, nämlich die Bekämpfung des Terrorismus weltweit zu intensivieren, umsetzen. Die Koalition, Herr Thomas, wird die erforderlichen Haushaltsentscheidungen treffen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die trifft der Landtag.)

Ja, da werden Sie dagegen stimmen, Herr Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein. Nein.)

Deswegen sage ich bewusst, die Koalition wird den Haushalt verabschieden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Legen Sie doch mal was vor! Seien Sie doch mal mutig!)

Und dann werden Sie sehen, dass dies alles enthalten sein wird.

Der Generalbundesanwalt hat bislang 3 Haftbefehle erlassen, 12 Ermittlungsverfahren sind angeordnet. Die Polizeikräfte des Landes waren besonders gefordert bei den falschen Milzbrand-Verdachtsfällen. Bei 67 Sachverhalten mussten in 32 Verdachtsfällen Untersuchungen angeordnet und Sicherungsmaßnahmen vollzogen werden. Weiterhin sind 77 Objektschutzmaßnahmen angeordnet worden, bei denen im Rahmen der regelmäßigen Streifentätigkeit besonders Asylbewerberwohnheime und jüdische Einrichtungen – andere natürlich auch – unter Schutzmaßnahmen gestellt werden mussten.

Die Bereitschaftspolizei ist nach dem 11. September 2001 in Bereitschaft versetzt worden. Allerdings ist es – glücklicherweise – zu keinem Einsatz im Land gekommen, der im Zusammenhang mit den terroristischen Anschlägen steht. Insofern haben wir zwar eine höhere Belastung bei der Bereitschaftspolizei festzustellen, diese hat aber ihre Ursache vor allem darin, dass unsere Polizeibeamten vermehrt Einsätze in anderen Bundesländern fahren mussten: Berlin, Leipzig, diese Woche Gorleben – Einsatzorte, die in den letzten Monaten bis zum heutigen Tag zu bewältigen waren. In Gorleben waren allein 450 Beamte aus unserem Land im Einsatz.

Und in dieser Situation fordert die Opposition 177 Polizeistellen mehr in Mecklenburg-Vorpommern. Meine Damen und Herren, nicht wir haben einen Nachholbedarf, sondern Länder wie Niedersachsen, Bayern oder Schleswig-Holstein, ich könnte weitere nennen. Wenn Niedersachsen auf eine Polizeistärke wie Mecklenburg-Vorpommern kommen wollte, müssten dort 8.770 neue Polizeistellen geschaffen werden.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU:
Die Finanzministerin nickt.)

In Bayern sind es 8.280, in Baden-Württemberg allein 10.400

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU:
Sie haben ihn gut erzogen, Frau Keler.)

und in Schleswig-Holstein circa 2.700 Polizeistellen, die geschaffen werden müssten, um auf eine Polizeidichte zu kommen, wie wir sie derzeit in Mecklenburg-Vorpommern haben. Deswegen ist es nahezu folgerichtig, dass andere Länder die Stärke ihrer Polizei ausbauen. Einige tun es bereits. Nun reichen allerdings die dortigen Entscheidungen der letzten Wochen bei weitem nicht aus, um den Anschluss an Mecklenburg-Vorpommern zu gewinnen.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Klar ist deshalb auch, Herr Thomas: Wir werden nur dann unsere Polizeibeamten in andere Länder schicken, wenn unsere eigene Sicherheitslage dieses zulässt. Und dabei bleibt es auch!

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Mit der militärischen Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland beim bewaffneten Kampf gegen den Terrorismus – die Bundestagsdebatte von morgen wollen wir mal abwarten – kann es auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern zu neuen Lageeinschätzungen kommen. Die Sicherheitsbehörden schließen nicht aus, meine Damen und Herren, dass aus linken autonomen Gruppen militante Aktionen gegen Einrichtungen der Bundesrepublik, etwa gegen Bundeswehrstandorte, durchgeführt werden können. Weiterhin kann auch nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass es in Zukunft zu spontanen Aktionen von moslemischen Mitbürgern oder aber auch zu Aktionen gegen sie kommen kann. Hinweisen will ich jedoch an dieser Stelle darauf, dass der weitaus überwiegende Teil der moslemischen Bevölkerung sich im gesamten Bundesgebiet zur Anti-Terrorismus-Koalition zählt. Einer besonderen Beobachtung müssen wir allerdings den islamistischen Gruppierungen, die sich bei uns im Bundesgebiet aufhalten, unterziehen. Wir haben derzeit bundesweit circa 31.000 Islamisten zu zählen, auch in Mecklenburg-Vorpommern, die unter besondere Beobachtung zu nehmen sind. Um aber nun gegen erkannte Extremisten in diesem Bereich vorgehen zu können, etwa gegen die Kaplan-Gruppe, die den Kalifatsstaat errichten wollen, muss das Sicherheitspaket II schnellstmöglich verabschiedet und umgesetzt werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Warum haben Sie denn gestern gegen den Antrag gestimmt?)

Meine Damen und Herren, wir sind derzeit in einer Phase, in der wir von kurzfristigen Entscheidungen, die nach dem 11. September notwendig waren und bereits hier in diesem Land am 11. September getroffen wurden, übergehen müssen zu langfristigen Entscheidungen angesichts einer neuen Weltlage. Dabei ist vor allem eine umfassende Lageeinschätzung erforderlich. Die Einschätzung der 90er Jahre, dass mit dem Wegfall des Ost-West-Konfliktes eine Bedrohungslage für Mitteleuropa ausgeschlossen werden kann, führte in den 90er Jahren zu einem Rückbau des Zivilschutzes. Für die Zukunft, meine Damen und Herren, müssen alle Sicherheitsbehörden auf dem europäischen Kontinent und natürlich darüber hinaus ihre Bedrohungsszenarien aktualisieren. Darauf haben sich dann vor allem Zivil- und Katastrophenschutz, Polizei und Verfassungsschutz einzustellen.

Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern hält es deswegen für unverzichtbar, auch an dieser Aufgabe, die weltweit zu bewältigen ist – ich will nur darauf hinweisen, dass der Terrorismus sich bereits globalisiert hat –, mitzuarbeiten, und hat dazu folgende Punkte beschlossen:

Erstens nenne ich den Ausbau der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Die Landesregierung hat eine Koordinierungsgruppe „Sicherheit“ eingesetzt und einberufen, an der zukünftig auch regelmäßig die Bundeswehr teilnehmen wird, um für unser Land die Sicherheitslage stets zu aktualisieren und demzufolge auch die Einsatzstrategien von Hilfskräften lageaktuell fortzuschreiben.

Zweitens. Das Landesamt für den Katastrophenschutz, das vor kurzem noch abgeschafft werden sollte, Herr Dr. Jäger, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Gerd Böttger, PDS: Aber nicht von uns!)

Von der Opposition.

(Gerd Böttger, PDS: Dann sagen Sie das auch! – Heiterkeit bei Beate Mahr, SPD)

Das Landesamt für den Katastrophenschutz werden wir weiterentwickeln zu einem Kompetenzzentrum

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da bin ich aber mal gespannt. – Reinhardt Thomas, CDU: Das war ohnehin vorgesehen und doch nicht extra wegen der Terrorismusbekämpfung. Das ist ja lächerlich!)

für Zivil-, Katastrophen- und Brandschutz, Herr Thomas! Im Frühjahr nächsten Jahres wird es hierzu einen Umzug geben von Bad Kleinen nach Schwerin, der schon lange geplant war. Mit diesem Umzug wird die Erweiterung und damit die Qualitätsverbesserung des Katastrophenschutzes in Mecklenburg-Vorpommern einhergehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Damit sind wir wieder bei der Feuerwehr.)

Parallel dazu wird an der Landesfeuerwehrschule in Malchow der Ausbildungsbereich Katastrophenschutz neu angegliedert werden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Dritter Punkt. Die Terrorismusbekämpfung – ich habe auf die Beschlüsse der Vereinten Nationen hingewiesen – wird durch acht neue Personalstellen aufgestockt.

(Reinhardt Thomas, CDU: Wo? Wo?)

Hierzu folgen wir nicht nur den Gremien, die ich genannt habe,

(Gerd Böttger, PDS: Im Innenministerium. – Reinhardt Thomas, CDU: Jaja.)

sondern zum Beispiel auch den Beschlüssen der Innenministerkonferenz.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Aber auch andere Gremien haben dies für richtig gehalten. Ziel ist es, Informationen zu beschaffen und auszuwerten aus dem islamistisch-fundamentalistischen Bereich in Deutschland, der auch in unserem Land eine Rolle spielt. Vor allem müssen wir in die Lage versetzt werden, die Zusammenarbeit in diesem Bereich über die Landesgrenzen und letztlich über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus vornehmen zu können.

(Der Abgeordnete Herbert Helmrich meldet sich für eine Anfrage.)

Viertens. Ich komme zu den besonderen Belastungen der Landespolizei.

Herr Abgeordneter Helmrich, vielleicht am Ende, ich bin gleich so weit.

Derzeit hat die Bereitschaftspolizei 30.500 noch nicht abgegoltene Überstunden, die Polizeidirektionen haben circa 160.000 noch nicht abgegoltene Überstunden, das heißt pro Nase und Beamten knapp unter 70 Überstunden bei den Direktionen, knapp unter 40 Überstunden bei den Bereitschaftspolizisten.

(Reinhardt Thomas, CDU: Da gibt es andere Zahlen.)

Ja, ich weiß. Deswegen nenne ich hier die Zahlen, die dem Innenministerium vorliegen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die Sie glauben.)

Im Jahr 2001 haben wir bisher 2,7 Millionen DM für die Abgeltung eines Teiles der Überstunden aufgewendet, ein anderer Teil ist durch Freizeit ausgeglichen worden. Das gehört zum regelmäßigen Geschäft meines Hauses, Herr Dr. Jäger.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Jeder Schüler oder jeder, der Polizist werden wollte, wusste, dass er nicht unbedingt einen einfachen 8-Stunden-Tag hinsichtlich seiner Dienstzeit haben wird. Aber ich garantiere, wir haben im Haushalt genügend Finanzmittel eingeplant – das sind gar keine zusätzlichen Mittel, die wir brauchen –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Waren Sie denn so vorausschauend?)

vorausschauend eingeplant, Herr Dr. Jäger,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

um alle anfallenden Überstunden, soweit sie nicht in Freizeit ausgeglichen werden können, zu bezahlen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das erzählen Sie mal den Beamten!)

Ich will Ihnen einfach mal einige Zahlen vortragen, damit Sie wissen, in welchen Dimensionen wir uns hier bewegen. Wir hatten beispielsweise im März diesen Jahres einen Polizeieinsatz mit zu bestreiten durch Kräfte der eigenen Bereitschaftspolizei in Gorleben. Dort sind 79.669 Überstunden angefallen. Wir hatten einen Einsatz mit zu bestreiten in Eberswalde, das heißt bei der Suche nach dem vermissten Mädchen Ulrike. Dort sind für unsere Beamten 1.242 Überstunden angefallen. Wir haben jetzt einen Einsatz gehabt in Gorleben, der gestern beendet worden ist, heute kommen die letzten zurück. Da fallen circa 40.000 Überstunden an. Wir hatten im Mai diesen Jahres einen Einsatz auch unserer Bereitschaftspolizei

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

sowie anderer beim Castortransport nach Lubmin. Da sind 39.186 Überstunden angefallen. Ich sage Ihnen das deswegen, weil wir natürlich Überstunden haben. Das ist regelmäßiges Geschäft bei der Polizei.

(Reinhardt Thomas, CDU: Ja.)

Aber sie werden durch Freizeit oder finanziell ausgeglichen. Ich war gerade heute bei den Beamten in der Hagenower Straße. Dort sagte man mir unter anderem – vieles ist da besprochen worden –,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

man wünscht, dass ein Überstundenpolster gebildet werden kann, um im Umfeld von Feiertagen oder Geburtstagen ausgleichen zu können. Wir unterstützen das auch.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber ich will auch darauf hinweisen, dass wir unsere Polizeieinsätze, die wir in anderen Ländern haben und auch gerne weiterführen, dort in Rechnung stellen, und das wird auch so bleiben.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich sagte ja schon, meine Damen und Herren, dass wir darauf achten werden, dass auch die anderen Länder ihre Polizeikräfte in Zukunft aufstocken.

Ich will einen fünften Punkt ansprechen, der mir wichtig ist. Wir haben in unserem Haus die Internetseite vervollständigt, um die Bürger über besondere Ereignisse, die wir haben, wie zum Beispiel die Milzbrand-Verdachtsfälle, aktuell informieren zu können. Es muss unser aller Ziel sein, meine Damen und Herren, in dieser emotional angespannten Zeit zur Nüchternheit und zur persönlichen Information der Bürger einen Beitrag zu leisten. Jeder, der Verantwortung hat, muss dafür sorgen, dass es nicht zur Panik unter der Bevölkerung kommt. Aber ebenso muss jeder Verantwortungsbereich mit aller Klarheit die erforderlichen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung und zur Lagebewältigung ergreifen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Antrag der Opposition, der Christlich-Demokratischen Union. Dieser Antrag ist erstens überflüssig

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

und zweitens acht Wochen zu spät. Ich sagte ja schon, wir haben bereits am 11. September die ersten und notwendigen Entscheidungen getroffen,

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

um die Lage in Mecklenburg-Vorpommern zu bewältigen. Außerdem, das mehr oder weniger am Rande, hat Ihr Antrag, Herr Dr. Jäger – oder wer ihn auch immer geschrieben hat, vielleicht auch Autoren außerhalb der Fraktion, ich weiß es nicht –, grobe Fehler.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na denn mal los!)

Wir werden selbstverständlich die Polizeidienststellen mit LAPIS-Anschlüssen ausstatten, aber das System wird insgesamt weit mehr als 100 Millionen DM gekostet haben, wenn es denn eingeführt ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Mit den Haushaltsansätzen 2002 und 2003 allein in Höhe von 40 Millionen DM werden wir alle Dienststellen einbinden und außerdem landesweit das neue elektronische Vorgangsbearbeitungssystem EVA eingeführt haben. Die 30 Millionen, die Sie vorschlagen, reichen ja im Leben nicht aus,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein. Die sollten zusätzlich sein, Herr Minister.)

um diese Aufgabe zu bewältigen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Lesen müsste man können.)

Ihr so genanntes Paket ist mit heißer Nadel gestrickt,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

denn – das sieht jeder, der einen Blick auf den Polizeihaushalt wirft – insgesamt haben wir einen Umfang im Polizeihaushalt von 700 Millionen DM für das Jahr 2002, 2003 sogar noch mehr.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Außerdem, meine Damen und Herren, das will ich dann abschließend auch nicht verheimlichen, haben wir auf der Innenministerkonferenz mit großer Einmütigkeit unsere Entscheidungen, die ja auch teilweise veröffentlicht wurden, getroffen. Aber ich muss sagen, die Vorschläge der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, die nun den Landtag beschäftigen, haben das Wohlwollen der Innenministerkonferenz nicht gefunden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist mir klar.)

Ich will es nur zur Kenntnis geben, damit Sie das in Ihren Entscheidungen berücksichtigen. Ich empfehle, den Antrag der Opposition abzulehnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU:
Das überrascht nicht.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Innenminister, gestatten Sie jetzt eine Anfrage des Abgeordneten Helmrich?

Minister Dr. Gottfried Timm: Sehr gerne.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Helmrich.

Herbert Helmrich, CDU: Herr Minister, Sie haben eben gesagt, wie Sie im Bereich des Innenministeriums im Rahmen der Terrorismusbekämpfung reagieren. Wir meinen, da müsste man noch mehr tun. Aber das sei dahingestellt. Meine Frage geht dahin: Sie haben berichtet, was Sie in der Innenministerkonferenz vereinbart haben. Eine gleiche Diskussion gibt es bei den Justizministern. Und alle Justizministerien haben jetzt in den Haushaltsberatungen zusätzliche Stellen eingebracht, weil nämlich das, was sie polizeilich ermitteln, bei den Staatsanwaltschaften und bei den Gerichten dann im Endergebnis eine Fortsetzung haben muss. Auch wir haben im Rahmen der Haushaltsberatungen zusätzliche Stellen bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten gefordert. Können Sie dem Hohen Haus sagen, warum sowohl die Regierung als auch die Mehrheitsfraktionen unsere diesbezüglichen Anträge abgelehnt haben?

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Helmrich, ich war auf der Justizministerkonferenz nicht zugegen. Ich bitte um Entschuldigung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie kriegen aber die ganzen Protokolle.)

Ich weiß nur – und das sage ich auch in aller Deutlichkeit, auch wegen einer öffentlichen Diskussion, die wir haben –, dass die Bundesjustizministerin dem Sicherheitspaket II zugestimmt hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja. Ihre Fraktion ja nicht.)

Das heißt, auf der Ebene des Bundes liegen keine Bedenken gegen dieses Paket vor. Das vorneweg.

Zu den Haushaltsberatungen des Rechtsausschusses dieses Hauses kann ich ebenso wenig beitragen – auch da war ich, ich bitte um Entschuldigung, nicht zugegen –, aber ich vermute mal, dass meine Kollegen der Koalition dort die Auffassungen vorgetragen haben, die auch ich für richtig halte, nämlich, dass man nach einer ganz gründlichen Lageeinschätzung, die wir vorzunehmen haben, bewerten muss, wo wir denn tatsächlich eine vom 11. September abzuleitende besondere Lage haben. Und da sage ich Ihnen, wir haben diese im Bereich der Terrorismusbekämpfung, und zwar dort, wo es darum geht, weitere potentielle Terroristen aufzuspüren. Dazu gibt es die Rasterfahndung. – Vielen Dank.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Herbert Helmrich, CDU: Danke sehr.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Zusatzfrage?

Minister Dr. Gottfried Timm: Ja, bitte sehr.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Helmrich.

Herbert Helmrich, CDU: Da Sie ja einen Bedarf sehen im ersten Bereich, nämlich Polizei, Kriminalpolizei, können wir denn mit Ihrer Unterstützung rechnen – der Haushalt ist ja noch nicht verabschiedet –, dass wir dem dann auf der Folgeschiene Staatsanwaltschaften und Gerichte entsprechen und da auch was dazusetzen?

(Reinhardt Thomas, CDU:
Kriminalpolizei abbauen?)

Minister Dr. Gottfried Timm: Ich sehe einen besonderen Bedarf, Herr Helmrich, jetzt wiederhole ich mich allerdings, bei der Personalverstärkung im Bereich der Terrorismusbekämpfung,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Beim Verfassungsschutz?
Beim Verfassungsschutz? Sagen Sie doch mal!)

und zwar insbesondere darin, dass wir den fundamentalistischen Islamismus auch in Mecklenburg-Vorpommern genauer beobachten können als je zuvor. Und da habe ich den Bedarf angemeldet

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo?)

und ich bin mir sicher, dass diese Koalition in der Lage sein wird, meine Anmeldungen auch positiv zu entscheiden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Innenminister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Böttger von der Fraktion der PDS.

Gerd Böttger, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Innenminister, in einem Punkt widerspreche ich Ihnen ungern: Sie haben vorhin gesagt, die CDU hat das Thema innere Sicherheit neu entdeckt. Nein, nein, die Lage ist eine ganz andere: Die CDU hat Angst, dass ihr dieses Thema abhanden kommt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee. Nee, das war schon immer unser. Wir verstehen auch mehr davon.)

sie hat nämlich vor sich Herrn Schily und im Rücken Herrn Schill. Und deshalb kommen natürlich solche Anträge zustande,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

die Sie heute hier schreiben. In Ihrer Situation, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich nicht sein, in dieser Frage.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: In anderen doch?! –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der
PDS – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Und zweitens, meine Damen und Herren, Sie tun ja mit Ihrem Antrag so, als ob alle Terroristen dieser Welt in Mecklenburg-Vorpommern leben, vielleicht hier schlafen, hier ausgebildet werden oder vielleicht unmittelbar in der nächsten Zeit hier zuschlagen. Also das ist ein Sammel-surium von Dingen, die Sie in den letzten Jahren, Monaten und Tagen erfolglos in den Ausschüssen hier im Landtag gestellt haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, nein.)

Jetzt machen Sie eine Überschrift, die heißt Antiterrorpakt – das klingt ja gewaltig in der Öffentlichkeit –, und dann kommen all diese Ladenhüter konservativer Politik wieder in einen Antrag und werden uns hier vorgelegt.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das sehen Sie gänzlich falsch.)

Ich kann Ihnen nur sagen, das verdient nur eines: Ablehnung durch die Koalitionsfraktionen.

Und eins noch einmal zu Ihnen, Herr Thomas: Sie waren schon mal besser, aber heute waren Sie besonders schlecht.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wissen Sie warum? Weil Sie keine Argumente mehr in der Sache haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach!)

Und wenn Sie keine Argumente mehr in der Sache haben, fangen Sie an, hier wirres Zeug zu erzählen. Also ich finde es schon ganz schlimm, wenn Sie jetzt erklären, wir hätten so viel mit Filz zu tun und kommen deshalb nicht zu den Aufgaben der inneren Sicherheit. Also wenn ich Ihnen jetzt – und ich will es mir ersparen –

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

die Fälle des Filzes und der Korruption im Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern aufrechnen würde, als Sie dort den Minister gestellt hatten, dann würden Sie so ein wirres Zeug hier nicht erzählen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen
Abgeordneten der SPD – Unruhe bei einzelnen
Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU:
Und wer hat da aufgeräumt? Herr Böttger,
dann sagen Sie auch gleich, wer da aufgeräumt hat! Also Ihr Minister nicht!)

Aufgeräumt haben Sie nur immer dann, wenn es nicht mehr anders ging. Und bei einigen Leuten, da war nichts mehr zu retten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist nicht richtig.)

Wenn ein betrunkenen Staatssekretär den Laternenpfahl umfährt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann muss er weg.)

dann muss er nur weg.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, dann muss er
weg. – Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Also da brauchten Sie gar nichts mehr wegzuräumen, das hat die Öffentlichkeit gemacht.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Aber ein Minister, der
die Öffentlichkeit belügt, sitzt immer noch
da oben. – Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Ach! Nein, ich will nur mal sagen: Seien Sie bitte vorsichtig!

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wer im Glashaussitz in dieser Frage, sollte nicht mit Steinen werfen!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Seien Sie vorsichtig mit solchen Vergleichen!)

Und zweitens, Herr Thomas, ich sage es hier mal ganz prinzipiell: Uns ein verklärtes Verhältnis zu Amerika vorzuwerfen, finde ich unfair und unseriös. Wenn jemand den Krieg in Frage stellt und nicht die Bekämpfung des Terrorismus, ihm dann gleich zu sagen, das ist Antiamerikanismus, dann müssten Sie vielen Menschen des öffentlichen Lebens

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

in der Bundesrepublik Deutschland diesen Vorwurf machen. Ich finde das nicht in Ordnung, was Sie hier machen! Meine Solidarität gilt dem amerikanischen Volk und den Opfern des Terrors, aber ich bin gegen Krieg. Und das muss auch hier im Landtag mal gesagt werden dürfen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Haben Sie das zu Ungarn auch gesagt?)

Ach ja, jetzt bringen Sie mich natürlich noch auf eine gute Idee, Herr Dr. Jäger. Das wollte ich eigentlich gar nicht sagen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch, sagen Sie mal!)

aber wissen Sie, ich kenne die CDU im Osten ziemlich genau, ziemlich genau. Ich habe auch noch eine Menge Material, das habe ich gesammelt, weil ich ein Sammler bin.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, in Ihrer damaligen Funktion war das Ihre Aufgabe.)

Und ich finde es von Ihnen unmöglich, wenn Sie sich immer hier hinstellen und sagen: Was habt ihr denn damals gesagt!?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na das war die Nationale Front. Der gehörten Sie doch an.)

Ich gebe Ihnen völlig Recht, dass damals viel zu wenig gesagt worden ist in solchen Fällen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: In der Nationalen Front haben Sie sich Ihre Brötchen verdient.)

auch von mir persönlich, und für mich rede ich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie waren's doch! Sie haben doch koordiniert hier.)

Aber eines sage ich Ihnen, Herr Dr. Jäger: Die Mitglieder der CDU, der Block-CDU,

(Barbara Borchardt, PDS: Wenn Sie keine Argumente haben, dann kommen Sie so, Herr Jäger.)

die damals fest an der Seite der Partei der Arbeiterklasse standen und das auch gesagt haben, haben damals nichts anderes gemacht,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Unter Zwang! Unter Zwang! Und Sie haben koordiniert in Schwerin.)

sondern sie haben die Sicherheitspolitik und die Außenpolitik der SED genauso unterstützt wie alle anderen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und deshalb haben Sie das Recht nicht, Sie als CDU haben das Recht nicht, sich hier hinzustellen.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Reinhardt Thomas, CDU)

Und weil wir vorhin gerade dabei waren, über Fragen der Abwanderung zu diskutieren. Schade, dass Kollege Rehberg jetzt nicht mehr da ist, aber vielleicht kann ihm das einer sagen, was ich dazu für eine Meinung habe.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber doch, das werden wir schon machen. – Nils Albrecht, CDU: Er hat die Lautsprecher an.)

Also anstatt hier über Koalitionsambitionen mit dem Rechtspopulisten Schill nachzudenken, sollten Sie als CDU Herrn Schill sagen: Lassen Sie die Hände von unseren Polizisten in Mecklenburg-Vorpommern! Werben Sie sie nicht ab, wir brauchen sie hier!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jawohl! Jawohl!)

Das ist echt was für die Stärkung der Sicherheit in unserem Lande.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Barbara Borchardt, PDS: Er soll von unserem Land sowieso die Hände lassen. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Sagen Sie das doch mal ganz deutlich!

(Reinhardt Thomas, CDU: Wo sollen die denn hin?)

Sagen Sie das doch mal ganz deutlich!

Und, meine Damen und Herren, ich finde schon, dass Sie alles aus der Schublade geholt haben, was Sie in den letzten Wochen im Innenausschuss nicht haben mehrheitsfähig machen können, alles in einem Paket. Es fehlen nur zwei Dinge.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was hätten Sie denn noch gern?)

Zwei Dinge fehlen, die kommen von Ihnen aber noch in der nächsten Landtagssitzung. Also es fehlen die Hilssheriffs, die haben Sie hier nicht mit reingeschrieben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie meinen die ehrenamtliche Polizei.)

In einigen anderen Ländern, wo die CDU jetzt in die Regierung gekommen ist, sollen sie ja wieder eingeführt werden.

(Beifall Nils Albrecht, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Sind!)

Und ich glaube schon ...

Na ja, der junge Mann hier, der glaubt ...

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich sage Ihnen schon, in einer der nächsten Landtagsitzungen werden Sie diese Klamotte auch wieder rausholen. Sie brauchen ja noch ein bisschen Munition bis September. Da beschäftigen wir uns wieder mit den Hilssheriffs.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ideen haben wir selber.)

Und was Sie auch nicht mehr drin haben, Herr Dr. Jäger, das verwundert mich eigentlich, irgendwo haben Sie einen Fehler gemacht in der Vergangenheit, Sie

wollten nämlich das Landesamt für Katastrophenschutz abschaffen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jawohl! – Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS – Dieter Markhoff, CDU: Wollen wir noch.)

Und jetzt mit einem Mal steht das nicht mehr drin. Sie haben nämlich mitgekriegt, dass das völlig daneben ist,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber nicht! – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

dass das überhaupt nicht zur Stärkung der inneren Sicherheit beiträgt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber ja.)

Und jetzt haben Sie das einfach mal weggelassen und gesagt: Das könnte nicht so gut ankommen in der Öffentlichkeit,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber schon! Aber schon!)

wenn wir immer was tun wollen für die Stärkung der Sicherheit und mit einem Mal das Landesamt abschaffen wollen. Also ich sehe schon, Sie haben sich zumindest Gedanken gemacht: Wie könnte denn dieser Antrag, den wir hier machen, in der Öffentlichkeit und bei den Betroffenen ankommen?

(Dieter Markhoff, CDU: Wir sind nur damit noch nicht zu Ende.)

Aber das ist ja auch Sinn,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Vielleicht sollten Sie jetzt mal zum Inhalt kommen.)

das ist ja auch Sinn der Politik.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wie wär's denn, wenn Sie jetzt mal was zum Inhalt sagen?!)

Jetzt zum Inhalt: Also, Sie haben ja beantragt, zuerst mal 177 Stellen bei der Polizei mehr zu schaffen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na klar.)

Da stelle ich mir natürlich schon die Frage: Unter dem Stichwort „Bekämpfung des Terrorismus“, wie kommen Sie eigentlich auf so eine ungerade Zahl?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das sind die, die Sie streichen, Herr Böttger. Die streichen Sie doch.)

Es hätten ja auch 200 sein können, es hätten ja auch 300 sein können. Also diese Zahl,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das sind Ihre.)

die haben Sie doch,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das sind Ihre.)

diese Zahl haben Sie doch aus alten Dingen abgeschrieben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein! Das sind die, die Sie streichen, die Sie streichen.)

Natürlich haben Sie die aus alten Dingen abgeschrieben und gesagt, wir möchten mal verhindern, dass sozusagen die kw-Vermerke, die da irgendwo sind, aufgehoben werden, und Sie wollen, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die sind absolut unsinnig. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Aber, Herr Dr. Jäger, das haben Sie doch schon so oft gefordert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das haben Sie doch auch schon vor dem 11. September 2001 gefordert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja genau.)

Und jetzt kommt natürlich die gleiche Forderung wieder, aber jetzt mit der Begründung Antiterror.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und wir hoffen, dass Sie es jetzt endlich kapieren. – Zuruf von Dieter Markhoff, CDU)

Und ich sage Ihnen eines:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Man hält Sie ja beschränkt für lernfähig.)

Auch diese Forderung muss man ablehnen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

Sie wissen ganz genau, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie können offen reden. Die Finanzministerin ist nicht mehr da.)

Ach, Finanzministerin!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, wirklich.)

... der Minister hat doch vorhin genau gesagt, wie das Verhältnis unserer Polizeistärke ist. In einem Punkt würde ich dem Minister gerne sagen, für mich gilt nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Fläche.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Na sicher. Das hat er ja noch nicht begriffen.)

Und darüber muss man weiter diskutieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das wissen wir beide besser als er. Er hat keine Ahnung.)

Deshalb sage ich, man darf nicht nur die Bevölkerung nehmen, man muss auch die Fläche nehmen.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Reinhardt Thomas, CDU)

Aber selbst wenn wir das tun würden, Herr Dr. Jäger, Sie wissen ganz genau, dass angesichts der Haushaltslage in diesem Land Mecklenburg-Vorpommern jegliche Forderungen nach mehr Personal in dieser Größenordnung populistisch und illusorisch sind.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein! – Harry Glawe, CDU: Nein, überhaupt nicht populistisch.)

Deshalb sage ich, diese Forderung können wir nicht aufrechterhalten, weil ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Warum denn nicht?)

Hat Herr Thomas vorhin einmal gesagt, wie die Forderung umgesetzt werden soll? Aber vielleicht reden Sie ja nachher noch.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich komme noch, ja.)

Dann hätte ich ganz gern die Bitte, dass Sie hier mal sagen, wem Sie denn diese 30 Millionen DM, die Sie hier fordern, wegnehmen wollen. Vielleicht sagen Sie das mal!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Vielleicht leistet mal die Landesregierung was?!)

Sie können doch sagen, ich fordere 30 Millionen. Sie hätten auch sagen können, ich fordere 50 Millionen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Vielleicht sagt die Landesregierung mal was dazu?!)

Ja, aber wenn Sie einen solchen Vorschlag machen,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU:
In Schleswig-Holstein hat es die Ministerpräsidentin gemacht.)

wenn Sie einen solchen Vorschlag machen, müssen Sie doch zumindest wissen, wem Sie dieses Geld wegnehmen wollen!

(Harry Glawe, CDU: Das ist eigentlich Chefsache! Das ist eigentlich Chefsache so was.)

Das ist Chefsache. Das ist klar,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber der Chef ist ja gar nicht da.)

das ist klar, dass Sie die Frage nicht beantworten wollen!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist Chefsache und deswegen eine Sache für Gerd Böttger.)

Also bei aller Chefsache, vielleicht sagen Sie nachher mal, wo das Geld herkommt!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und der stellvertretende Chef kümmert sich um die IMs. Hier ist herrlich was los.)

Und dann sage ich Ihnen auch: Was die Situation der Polizei angeht, ist sie in der Tat im Moment gekennzeichnet durch eine zusätzliche Belastung,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die Jungs sind alle.)

durch zusätzliche Überstunden. Der Minister hat dazu gesprochen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und wir müssen uns schon Gedanken machen – das hat aber nichts mit dem 11. September 2001 zu tun, das sage ich Ihnen auch,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch, doch. Das erkläre ich Ihnen gleich.)

das hat nichts mit dem 11. September zu tun,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber ja.)

sondern da sind zusätzliche Dinge dazugekommen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

es gab auch vorher schon Überstunden in Größenordnungen –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber nicht in der Größenordnung.)

deshalb müssen wir uns Gedanken machen in der weiteren Arbeit, wie wir die Polizei von artfremden Aufgaben befreien,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

wie wir sozusagen auch mehr Schreibkräfte, wie sie es ja haben, wieder installieren und so weiter.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das haben Sie doch abgelehnt, Herr Böttger! Das wollte ich doch.)

Das sind aber alles, Herr Dr. Jäger, das sind alles Fragen,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Dann machen Sie doch mal!)

die wir im normalen Prozess unserer Arbeit diskutieren müssen entsprechend der Möglichkeiten des Haushaltes.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die haben Sie doch alle abgelehnt.)

Das hat aber nichts mit dem 11. September 2001 zu tun.

Und jetzt wollten Sie ja eine Antwort haben zu den acht zusätzlichen Kräften, die schon beschlossen sind.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, nun sagen Sie mal! – Harry Glawe, CDU: Genau, machen Sie das mal! Das ist sehr interessant, was Sie uns jetzt erzählen.)

Ich kann Ihnen hier sagen, diese acht zusätzlichen Kräfte werden natürlich im Innenministerium tätig sein, nicht im Sozialministerium und nicht im Umweltministerium.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Reinhardt Thomas, CDU: Sie sprechen jetzt für den Innenminister. Ist das peinlich!)

Also das Innenministerium ist zumindest das Ministerium, wo sie angesiedelt werden. Und was den Verfassungsschutz angeht, dass der Verfassungsschutz ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Sie sind doch gegen Verfassungsschutz. Oder? – Reinhardt Thomas, CDU: Ist das peinlich. Er spricht für den Innenminister. – Götz Kreuzer, PDS: Sie brauchen sich das doch nicht anzuhören!)

Also ...

(Harry Glawe, CDU: Sie wollen das doch da nicht ansiedeln.)

Hören Sie doch mal auf! Ich habe doch gesagt, meine Haltung zum Verfassungsschutz grundsätzlicher Art, die steht doch hier gar nicht zur Disposition. Es gibt ihn im Lande und er hat eine ganz konkrete Aufgabe.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und warum kriegt er dann nicht mehr Personal? – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Wir haben gerade in der letzten Landtagssitzung dafür ein vernünftiges Gesetz beschlossen. Und daran merken Sie schon mal, wir sind doch nicht weltfremd.

(Harry Glawe, CDU: Wir wollen jetzt Taten sehen.)

Es gibt den Verfassungsschutz. Und wenn im Verfassungsschutz die Aufgaben in Richtung Terrorismusbekämpfung neu formuliert werden, wenn sozusagen eine Umorientierung erfolgt, um Terroristen, die hier wirklich sind – wenn es sie dann gibt, ich habe dazu wenig Erkenntnisse,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das erfahren wir doch nicht, wenn wir keinen Verfassungsschutz haben.)

wenn es sie wirklich gibt –, aufzuspüren, dann ist das eine völlig richtige Aufgabe. Ob zum Beispiel die acht Spezialisten unbedingt beim Verfassungsschutz tätig sein müssen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo denn sonst?)

oder ob sie zum Beispiel beim Landeskriminalamt

(Harry Glawe, CDU: Wo denn sonst? Wo wollen Sie die denn sonst ansiedeln?!)

oder in einer Sonderkommission – solche haben Sie ja auch eingerichtet, Herr Dr. Jäger –

(Harry Glawe, CDU: Sonderkommission – wie soll denn die aussehen?)

angesiedelt werden,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

das überlassen Sie doch bitte dem Innenminister!

(Harry Glawe, CDU: Nee, nee, nee, nee!)

Der ist für die Organisationshoheit zuständig

(Harry Glawe, CDU: Nein, Sie sind doch der treibende Keil dabei. – Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, das geht nicht.)

und er wird das schon ganz vernünftig und richtig machen.

(Harry Glawe, CDU: Sie sind doch der treibende Keil. – Reinhardt Thomas, CDU: Nachdem Sie gesagt haben, wie.)

Wir sind in vielen Dingen der treibende Keil – danke schön,

(Harry Glawe, CDU: Sie sind der treibende Keil.)

das wünscht man sich ja, ein solches Kompliment.

(Harry Glawe, CDU: Sie hintertreiben alles.)

Das wünscht man sich ja, ein solches Kompliment.

(Harry Glawe, CDU: Sie lassen den Minister nicht arbeiten.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich bitte doch, hören Sie dem Redner zu!

(Harry Glawe, CDU: Das kann man nicht.)

Gerd Böttger, PDS: Meine Damen und Herren,

(Harry Glawe, CDU: Er soll uns die Wahrheit sagen und nicht bloß immer so rumeiern!)

ich verstehe ja Ihre Aufregung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir sind nur besorgt. – Harry Glawe, CDU: Na hoffentlich!)

Ein Thema, das Sie gerne als CDU-Thema besetzen möchten,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, als Thema des Landtages.)

das Thema der inneren Sicherheit geht Ihnen schrittweise verloren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wieso? Wir doch nicht.)

Und Sie sehen es ja in Hamburg, was dabei rauskommt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gehen Sie doch mal durch das Land!)

Und ich sage Ihnen: Solche Anträge zu stellen – also das merkt jeder, der nur ein bisschen denken kann, dass Sie in der Sache eigentlich überhaupt nichts bewirken wollen,

(Harry Glawe, CDU: Das ist ja unglaublich.)

sondern Sie wollen bloß die allgemeine Stimmung, die es im Lande gibt, ausnutzen, um mit dem Thema innere Sicherheit Stimmung zu machen.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Und diesen Gefallen, meine Damen und Herren, werden wir Ihnen nicht tun. Wir werden, weil die Landesregierung schon gehandelt hat, Ihren Antrag ablehnen,

(Harry Glawe, CDU: Um Gottes willen!)

und das ist auch gut so. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Böttger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

(Reinhardt Thomas, CDU: Ich beantrage, dass die SPD nicht mehr reden muss.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen!

Herr Böttger, warum dieser Antrag gestellt wird, sollte Ihnen als Parlamentarier eigentlich ziemlich klar sein.

(Gerd Böttger, PDS: Ja. – Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Ist Ihnen entgangen, dass Mecklenburg-Vorpommern das einzige Land in der Bundesrepublik Deutschland ist, in dem nach dem 11. September 2001 die Landesregierung nichts, null in die Haushaltsberatungen eingebracht hat?!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Gerd Böttger, PDS: Das stimmt doch gar nicht.)

Und ist Ihnen in den Haushaltsberatungen ...

(Gerd Böttger, PDS: Acht Stellen!)

Herr Böttger, Sie sollten wenigstens Ihrem Herrn Minister noch zuhören, der gesagt hat, das haben wir alles vorher berücksichtigt. Ich kann ja hier offen reden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Er setzt sich für die Sicherheit in Schwerin ein. – Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Herr Böttger, Sie drücken sich wie immer um die Aussage, was denn nun wirklich geschieht, wenn es denn Stellen wären, die zusätzlich bei der Polizei angesiedelt werden, etwa, wie Sie vermuten, beim Landeskriminalamt. Ich kann ja auch nur vermuten, weil der Innenminister sich nicht traut, etwas zu sagen. Wenn es denn Stellen wären beim Landeskriminalamt, wären sie in einem ande-

ren Kapitel des Einzelplanes 04 als beim Innenministerium.

(Harry Glawe, CDU: So ist es wohl.)

Das wissen Sie! Sie wissen, dass wir einen eigenen Stellenplan der Landespolizei haben. Also, nun hören Sie doch mal auf mit Tarnen und Täuschen und sagen Sie uns, Sie haben es verhindert, das, was der Innenminister großmundig bei uns im Innenausschuss angekündigt hat! Und Sie haben noch nicht mal widersprochen. Sie haben nur gesagt, aus dem eigenen Haushalt. Aber dann hat man Sie ja auch geradegezogen, wie das halt so ist innerhalb Ihrer Fraktion.

(Gerd Böttger, PDS: Ach, nun hören Sie doch auf!)

Ihre Angst vor dem Verfassungsschutz, die ist so panisch, dass Sie für die wirklich dringende Aufgabe auch heute noch kein Verständnis haben.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Und, meine Damen und Herren, ich stimme ja dem Innenminister – das weiß jeder – immer gern da zu, wo er Recht hat, und das tue ich auch heute wieder. Ich kann Ihnen, Herr Dr. Timm, in einem Punkt aus vollem Herzen zustimmen: Wir können stolz sein auf unsere Landespolizei!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Gerd Böttger, PDS)

Aber, Herr Innenminister, wenn das so ist, dann bin ich schon sehr schwer enttäuscht – und ich garantiere Ihnen, auch die Beamtinnen und Beamten unserer Landespolizei –, wenn sie von Ihnen wie heute wieder voll im Stich gelassen werden und Sie immer nur das brav nachbeten mit der Polizeidichte und anderen Vergleichszahlen, was Ihnen die Frau Finanzministerin da vorgeschrieben hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Werden Sie endlich mutig! Sagen Sie, was Sie brauchen! Und dann versuchen Sie, es in diesem Landtag und in dem Doppelhaushalt unterzubringen! Und drücken Sie sich nicht immer vor der Verantwortung!

(Gerd Böttger, PDS: Na, die hat Ihnen das aber früher auch vorgeschrieben.)

Nein, Herr Böttger!

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Jetzt gibt er's ja zu.)

Sehen Sie, vielen Dank, Herr Böttger, für dieses nette Stichwort! Bei allem Durchsetzungsvermögen meiner damaligen Kollegin Frau Keler hat sie es eben gerade bei mir nicht gepackt.

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Die 177 Stellen hat sie erst Herrn Timm weggenommen, denn der ist halt ein bisschen weniger durchsetzungsfähig

(Gerd Böttger, PDS: Ach!)

als einer, der sich für die Polizei einsetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich muss das hier so sagen.

So, und da braucht auch nicht irgendein Herr Schill aus Hamburg zu kommen, bis wir uns für unsere Landespoli-

zei einsetzen. Sie wissen das aus meiner früheren Amtsführung und Sie wissen das seit drei Jahren, in denen wir in diesem Hause zusammensitzen: Es gibt wohl keinen Punkt, wo die Landespolizei sich hätte erst mal umgucken müssen, ob diese CDU-Fraktion etwas für sie umsetzen will. Das macht Sie neidisch, weil Sie immer keine Traute haben! Das kann ich verstehen.

(Heiterkeit bei Gerd Böttger, PDS)

Ja, meine Damen und Herren, der Innenminister hat uns aber erklärt, es ist alles in Ordnung. Das hat er schon am 05.10.2001 getan, da hat er nämlich gesagt, „Polizei und Verfassungsschutz verschärfen Kampf gegen Terrorismus“ – wörtlich! –, hat aber auch zugleich gesagt, „Für Panik gibt es keinen Grund“, lehnen wir uns zurück. Tja, und danach ist nichts mehr geschehen. Fünf Punkte hat der Innenminister vorgetragen, von denen ist keiner haushaltsrelevant, wie wir festgestellt haben.

(Harry Glawe, CDU: So ist es.)

War alles vor dem 11. September, sagt der Innenminister, schon berücksichtigt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Und warum sind Sie darüber böse?)

Hellseher müsste man sein!

Nein, ich bin darüber nicht böse. Ich stelle nur fest, es gibt überhaupt kein ernstes Bemühen, auf die Herausforderung zu reagieren. Und darüber bin ich böse!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren, ich mache eine Einschränkung, der Innenminister hat natürlich einiges veranlasst. Er hat nämlich angeordnet, dass die Rasterfahndung stattfindet. Das war eine bundesweite Verabredung der Innenminister. Er hat dies gemacht. Aber da ging es ja schon los, da gab es ja diesen erbitterten Widerstand der PDS.

(Gerd Böttger, PDS: Ihrer vor allen Dingen!)

Nein, nein! Nein, nein, Herr Böttger, keine Legendenbildung!

(Gerd Böttger, PDS: Ja, ja! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Uns ging es darum, für das Bemühen des Innenministers eine rechtssichere Grundlage zu schaffen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Und schauen Sie mal in das Schily-Paket! Wissen Sie noch, was der Herr Staatssekretär – immerhin der Vertreter des Ministers – in der Innenausschusssitzung in Neustrelitz zu den Äußerungen der stellvertretenden Landesdatenschutzbeauftragten gesagt hat?

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Erinnern Sie sich noch, als diese sagte, das geht nicht nach dem Sozialgesetzbuch, was ihr da angeordnet habt? Oh nein! Ihr habt ja noch eine Auszeit zu unserem Antrag genommen, kamt alle wieder, sagtet, danke schön, liebe CDU, das brauchen wir nicht. Im Schily-Paket steht es jetzt drin.

(Reinhardt Thomas, CDU: Und trotzdem haben Sie es gestern abgelehnt.)

Wir brauchen eine hinreichende Rechtsgrundlage, hätte man in der Innenausschusssitzung zumindest mal

als Auftrag dem Herrn Staatssekretär mitgeben können. Dann wären wir heute schon wieder einen Schritt weiter.

Aber, Herr Innenminister, Sie haben heute nicht gesagt – und da zitiere ich jetzt nur Zeitungsmittelungen, damit Sie nicht den Verdacht haben, dass ich andere Quellen habe –, es gibt ja wohl erhebliche technische Umsetzungsprobleme bei der Auswertung der Rasterfahndung. Und da sage ich mal: Was bringt uns eigentlich eine Rasterfahndung mit einem Datenfriedhof, wenn es kein Personal dafür gibt? Das haben Sie alles vor dem 11.09. berücksichtigt, haben Sie eben gesagt. Eine Rasterfahndung mit dem Datenaufkommen und kein Mensch zusätzlich, der da auswerten soll – na ja!

(Gerd Böttger, PDS: Das ist doch kein Problem der Auswertung der Eingaben.)

Beides, beides, Herr Böttger. Dass die das mit der Eingabe nicht schaffen, liegt an den unterschiedlichen Computersystemen. Deswegen haben wir ja gesagt, wer hat denn die Ausrüstung unserer Landespolizei im LAPIS-System gemacht, da weiß ich wirklich, wovon ich rede. Verstärken, schneller machen durch Zur-Verfügung-Stellung von mehr Haushaltsmitteln in den Jahren 2002 und 2003 – wo bleibt da der Innenminister mit seiner Nachforderung? Alles berücksichtigt vor dem 11.09.2001. Hellseher!

Aber, Herr Innenminister, Sie sind kein Hellseher, Sie kriegen noch nicht einmal mit, was direkt um Sie vorgeht. Wenn Sie hier erzählen, dass das schon immer so gewesen ist, dass die Polizei, weil das ein 24-Stunden-Geschäft ist, Überstunden vor sich herschiebt, dann erkennen Sie nicht die Größenordnung. Die GdP geht von 800.000 Überstunden bis zum Jahresende aus. Ich fürchte, sie wird leider Recht behalten.

Aber was mich sehr viel mehr umtreibt als diese Überstunden, ist, dass Sie sagen, die CDU hat doch schon immer gesagt, wir sind gegen die Stellenstreichungen der Polizei, und weil die CDU das jetzt wiederholt, sind wir nicht bereit, einmal darüber nachzudenken.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Sie reden diesen Unsinn von der Polizeidichte immer brav nach und reden nicht von der Aufgabenbelastung unserer Landespolizei. Das ärgert und das ist nicht in Ordnung. Und es tut schon weh, wenn unwidersprochen in allen Zeitungen in diesem Lande die GdP sich darüber beklagt, dass mittlerweile die Einsatzkleidung verschlissen ist, weil nicht nachbeschafft wird. Das kann doch wohl nicht wahr sein, dass wir unsere Beamtinnen und Beamte in Einsätze, ob im Land oder in andere Bundesländer schicken, deren körperliche Unversehrtheit gefährdet ist,

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

und wir kriegen das nicht hin mit der Einsatzbekleidung. Herr Minister, kommen Sie endlich und sagen Sie, was Sie brauchen, dann wird dieses Haus darüber zu entscheiden haben.

Die sind sauer, Herr Innenminister, weil sie merken, dass sie keine Unterstützung bekommen. Reden Sie mit den Beamten des mittleren Dienstes! Wenn Sie deren Entwicklungschancen weiterhin so beschneiden, wie Sie das vermehrt tun, dann wird die Motivation in unserer Landespolizei nicht mehr so groß sein, wie sie dankenswerterweise heute noch ist. Deswegen sind wir den Beamtinnen

und Beamten dankbar, dass sie das trotzdem mit einer Motivation betreiben, die sehr beachtlich ist.

(Beifall Jörg Vierkant, CDU)

Angesichts dieser hohen Belastung in der Polizei lehnt die Koalition in den Innenausschussberatungen, Herr Böttger, Herr Friese, einen Antrag, nur weil wir ihn gestellt haben, wahrscheinlich ab, weil der Innenminister nicht rüberkommt, sich nicht traut, im Bereich des mittleren Dienstes die Stellenplanobergrenzen, die 1998 mit Zustimmung dieses Landes beschlossen worden sind, anzuheben. Ich war damals noch dabei. Ich hatte sogar – Herr Böttger meinte immer, Frau Keler hätte mir einen Maulkorb angelegt, das war nicht so – im Bundesrat, und zwar mit Zustimmung der damaligen Finanzministerin, man musste kämpfen, für die Anhebung der Stellenplanobergrenzen stimmen dürfen.

(Gerd Böttger, PDS: Und was hat es genützt?)

Ja, was hat es genützt? Nichts, Herr Böttger, weil Sie an die Regierung kamen

(Heiterkeit bei Gerd Böttger, PDS)

und alle Anträge zur Nutzung dessen, was der Bund uns freigegeben hat für den mittleren Dienst, immer wieder niederstimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Gerd Böttger, PDS: Dann sagen Sie aber auch, was es kostet! – Angelika Gramkow, PDS: Herr Jäger, bleiben Sie mal auf dem Teppich! Denken Sie mal an das Personalentwicklungskonzept, was Sie uns damals auf den Tisch geknallt haben!)

Das ist so, Frau Gramkow. Das so genannte Personalentwicklungskonzept des Innenministers ist ein Streichungskonzept und ein Konzept, das weit unterhalb der Stellenplanobergrenzen für den mittleren Dienst bleibt und weit unter der notwendigen Quote

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Jäger, Sie machen den Eindruck, als ob Sie bald krank werden würden vor lauter Frust. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

des gehobenen Dienstes der Polizei bleibt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das ist so. Und das regt Sie auf, dass das hier gesagt werden kann. Aber wir sind in einer freien Demokratie und da darf man das doch sagen, was richtig ist.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach, ach! – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber sagen darf man doch alles hier, nur nichts Unparlamentarisches.)

Das tue ich ja nicht.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das meine ich ja. – Barbara Borchardt, PDS: Da müssen wir aufpassen.)

Das ist Ihnen vorhin herausgerutscht. Aber ich weiß, Sie sind genauso emotional wie ich.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, ja, ich höre Ihnen auch gerne zu, wenn Sie erzählen.)

Das sehe ich Ihnen gerne nach.

Meine Damen und Herren, bei dieser Bedrohungslage macht es mich doch ein bisschen nervös, dass Sie offenbar überhaupt keinen Handlungsbedarf sehen.

(Gerd Böttger, PDS: Wo ist denn die Bedrohungslage?)

Wenn Sie in unseren Antrag sehen, dann ist genau das, was offenbar gebraucht wird, auch dahin geschrieben worden, keine alten Hüte.

(Gerd Böttger, PDS: Doch!)

Herr Böttger, keine alten Hüte.

(Gerd Böttger, PDS: Alles alte Hüte.)

Zu den Spezialkräften für die Auswertung von Datenverarbeitungsergebnissen. Wir konnten das vorher nicht wissen, dass in Kürze Rasterfahndung ansteht.

(Zuruf von Dr. Klaus-Michael Körner, SPD)

Das haben wir im Sommer nicht vorausgesehen. Sie waren offenbar da die Hellseher – wir nicht.

Meine Damen und Herren, es in dieser Zeit zuzulassen, dass in der Bereitschaftspolizei in einer Abteilung in Anklam die dritte Hundertschaft immer noch nicht besetzt ist, unsere Bereitschaftspolizei aber einen Überstundenberg in dieser Größenordnung vor sich her schiebt, das ist grob fahrlässig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Innenminister hat auch gesagt, na ja, es ist doch noch gar nichts passiert, die Terroristenbedrohung ist ja eine mehr abstrakte. Nein, meine Damen und Herren,

(Annegrit Koburger, PDS: Doch!)

die Sicherheit im Lande ist dadurch in hohem Maße beeinträchtigt, weil unsere Bereitschaftspolizei, das hat der Innenminister ja gesagt, Unterstützungseinsätze in Berlin fahren muss angesichts der Bedrohungslage und uns hier vor Ort nicht zur Verfügung steht. Das bedeutet, dass diese berühmte Polizeidichte, an der Sie sich immer so besonders hochziehen,

(Barbara Borchardt, PDS:
Niemand zieht sich hier hoch!)

im Lande tatsächlich nicht gegeben ist und der tägliche Dienst ausgedünnt ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Mit welchen Augen gehen Sie eigentlich durch dieses Land?

Meine Damen und Herren, die alltägliche Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger ist durch diese Untätigkeit in hohem Maße gefährdet.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es. –
Angelika Gramkow, PDS: Herr Jäger!)

Wir brauchen nicht irgendwelchen Popanz einer abstrakten Gefährdung. Gehen Sie mit offenen Augen durch dieses Land, dann wird Ihnen das auffallen, aber Sie wollen das ja gar nicht mehr erkennen! Stattdessen macht der Innenminister mit seinen Reißbrettspielereien weiter und rechnet uns vor, wie viel Beamte wir mehr im Außendienst haben, indem er in der Fläche ausdünn.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das kann man sich gar nicht mehr mit anhören!)

Ich habe es bis heute nicht als logisches Konzept ansehen können. Wenn Sie nach draußen sehen, fällt Ihnen auf, genau das tritt nicht ein.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Ich hätte jetzt gerne einmal vom Innenminister wirklich gewusst, was ich von Ankündigungen dieser Landesregierung in einem Ausschuss halten kann, wenn er sagt, wir wollen acht neue Stellen beim Verfassungsschutz, und heute, weder er noch Herr Böttger, aber es spricht ja noch jemand von der SPD-Fraktion, die werden es uns dann ja vielleicht ...

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Herr Böttger, können Sie konkreter werden? Ach, das wollen Sie doch gar nicht.

(Gerd Böttger, PDS: Hab' ich doch gesagt, im Innenministerium, sehr konkret. –
Zurufe von Reinhardt Thomas, CDU,
und Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich aus ideologischen Gründen nicht verstehen können oder aus Angst vor der PDS, den Verfassungsschutz zu verstärken, dann müssen Sie uns bitte erklären, wie der Verfassungsschutz in diesem Lande seiner Aufgabe nachkommen soll.

Meine Damen und Herren, ...

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das darf er doch gar nicht! Das darf er doch gar nicht erklären. Das ist doch geheim. –
Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Nein, nein, nein!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dann sagen Sie bitte genauso, wenn Sie die Polizei nicht unterstützen wollen, welche Aufgaben sie dann nicht mehr machen soll, Herr Böttger. Ihr Ansatz ist ja durchaus logisch. Aber dann soll der Innenminister hier sagen, was die Polizei in Zukunft für die Sicherheit der Bürger nicht mehr tun soll. Und das gilt dann auch bitte für den Verfassungsschutz. Wenn wir uns einig sind, Herr Minister hat ja darauf dankenswerterweise hingewiesen, dass er das sagt, dass im bundesweiten und internationalen Verflechtungsnetz der Verfassungsschutz eine ganz bestimmte Aufgabe hat, dann sagen Sie uns, dass später der Rechts extremismus nicht mehr beobachtet werden soll, weil die Leute dafür gebraucht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sagen Sie uns bitte, wie mit diesem Mangel umgegangen wird!

Ich sehe die rote Lampe, meine Damen und Herren. Ich bitte Sie herzlich, darüber nachzudenken, ob es einen Sinn macht, immer nur alles abzublocken, immer nur Nebelkerzen zu werfen. Geben Sie sich einen Stoß! Geben Sie Ihrem Herzen einen Stoß und stimmen Sie der Unterstützung unserer Sicherheitsbehörden zu! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Körner von der Fraktion der SPD.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Dieser Antrag der CDU-Fraktion, der uns vorliegt, ist, und daran haben auch die beiden einführenden Reden der Abgeordneten der CDU-Fraktion nichts geändert, ein sehr rückwärts gewandter Antrag, der – und da stimme ich meinem Kollegen Böttger zu – weiter nichts ist als eine Zusammenstellung der Ladenhüter der letzten zweieinhalb Jahre.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –

Georg Nolte, CDU: Das geht noch weiter,

das geht noch weiter, Originalität Körner. –

Dr. Armin Jäger, CDU: Sagen Sie das der Gewerkschaft der Polizei! Sagen Sie das der Gewerkschaft! – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Hören Sie mal zu!

Alles, Kollege Jäger, aber auch alles, was Sie hier schreiben, haben wir ausführlich

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein!)

in unterschiedlichen Zusammenkünften des Innenausschusses diskutiert, und immer wieder fordern Sie Vergleichbares. Dieses Mal haben Sie nur eine neue Überschrift darüber gesetzt

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nein.)

und die alten Sachen weiterverkauft.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –

Georg Nolte, CDU: Haben Sie nicht mal gelesen,

was?! – Zurufe von Harry Glawe, CDU,

und Wolfgang Riemann, CDU)

Schauen Sie doch in die Protokolle des Innenausschusses!

(Harry Glawe, CDU:

Die haben wir nicht gelesen.)

Die 177 Stellen – Kollege Seite wollte aber übrigens 1.000, also ein bisschen sind Sie schon runtergegangen und haben sich der Realität angenähert – finden Sie seit drei Jahren

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

in fast allen Sitzungen und nun schreiben Sie als Überschrift „Terrorismusbekämpfung“.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Früher haben Sie „Straßenverkehr“ und dann „Rauschgiftkriminalität“ als Überschrift gewählt. Sie haben ständig neue Überschriften und den gleichen Inhalt und da soll man nun sagen, das ist vorwärts gewandt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ihr Fehler.)

Nein, Kollege Jäger, das ist rückwärts gewandt von A bis Z.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ach was! Ach was, Ihr Fehler! – Harry Glawe, CDU: Wir haben das doch gar nicht gelesen.)

Hören Sie mir doch mal zu! Stellen Sie Fragen, wenn Sie wollen, und schreien Sie jetzt bitte nicht!

(Reinhardt Thomas, CDU: Macht ihm doch mal einen Stuhl darunter, damit wir ihn sehen!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Abgeordneter Körner, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Born?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Mit Vergnügen.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Kollege Dr. Körner, sind Sie der Auffassung, dass ein Fehler nur dadurch keiner mehr ist, dass man ihn einmal gemacht hat und dann jahrelang nicht bereit ist, ihn zu korrigieren? Und ist es dann verfehlt, wenn man immer wieder darauf hingewiesen wird, dass dieser Fehler korrekturbedürftig ist?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Wenn Sie mir den näheren Kontext dieser recht allgemeinen Frage noch erläutern, wäre ich dankbar. Das ist eine abstrakte Formulierung, mit der ich in diesem Zusammenhang nichts anfangen kann.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD –

Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten

der CDU – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Körner, gestatten Sie eine Zusatzfrage? (Zustimmung)

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Kollege Dr. Körner, halten Sie es für verfehlt, wenn Sie Stellen streichen wollen und darauf hingewiesen werden, dass das falsch ist, dies zu tun, dass wir stattdessen mehr Stellen brauchen, wenn das immer wieder thematisiert wird, solange Sie keine Konsequenzen daraus ziehen?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Lieber Kollege Born – und ich muss jetzt etwas weiter ausführen, ich hoffe, Sie werden nicht ermüden –, ...

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Dr. Ulrich Born, CDU: Nein, bei Ihnen nicht.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: ... wir haben die Situation in unserem Land, dass wir eine Umstrukturierung bei der Polizei vorgenommen haben. Diese Umstrukturierung ...

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Sie können auch eine Frage stellen, Herr Riemann. Ich bin bereit, sie zu beantworten, aber bitte danach.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Diese Umstrukturierung hat mit sich gebracht, dass die Polizei in der Fläche logistisch von Polizeirevieren geführt wird. Diese Umstrukturierung hat ferner mit sich gebracht, dass durch die Verdünnung der Polizeistationen Einsatzkräfte in der Fläche freigesetzt werden.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Sie können im Protokoll der Ausschusssitzungen des Innenausschusses in Neustrelitz nachlesen, dass dort der Leiter der Polizeidirektion, Herr Dachner, im Detail ausgeführt hat, dass bei einer Gesamtstärke der Polizei, beispielsweise seiner Direktion, ich weiß jetzt nicht genau, aber ich schätze mal, das sind so etwa 600 Polizeibeamte, dass im Rahmen dieser Stärke durch die neue Polizeistruktur 75 Polizisten im Gegensatz zu früher zusätzlich im Streifenwagen auf der Straße unterwegs sein werden. Diese 75 Stellen gab es vorher nicht.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das ist doch der größte Unsinn, den ich je gehört habe.)

Bitte auch nach dem Nächsten!

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Auch auf Ihre Frage bin ich bereit zu antworten, Kollege Thomas.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich komme nachher noch darauf. Sie können eine Frage formulieren.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber bitte einer nach dem anderen. Vielleicht brauchen wir noch ein drittes Mikrofon. Mein Problem ist das nicht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Zwei sind noch frei.)

Aber wieder zurück zum Kollegen Herrn Born. Das ist der Kontext. Die intelligente Lösung, die ich darin sehe, und das ist meines Erachtens der Sinn der Polizeistruktur des Innenministers, ist, dass wir nicht gesagt haben, 1.000 Stellen oder 177 Stellen, sondern dass wir gesagt haben, wir haben eine sehr hohe Polizeidichte, auch wenn Herr Jäger sagt, das ist nicht so, und das falschredet. Das ist einfach so, die Zahlen stimmen. Man kann sie nachlesen in jeder Statistik,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist nicht so.)

übrigens nicht in der Mittelfristigen Finanzplanung der Finanzministerin, sondern diese ...

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Herr Thomas, Sie werden auch bedient, aber nacheinander.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Mein Gott, mein Gott! Hilfe!)

Ich komme zurück zu Ihnen:

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Diese 177 Stellen

(Reinhardt Thomas, CDU: Nicht zu glauben!
So viel Blödsinn habe ich noch nie gehört!)

brauchen wir aus unserer Sicht nicht, um die Polizeiaufgaben in diesem Lande intelligent zu lösen. Wir brauchen nicht die 1.000, wir brauchen nicht die 177. Und dazu gibt es eine klare Aussage der Landesregierung, der sie tragenden Fraktionen, dass wir anders herangehen als nur zu sagen, wir brauchen mehr Geld, wir brauchen mehr Personal. Das ist sozusagen die intelligente Lösung.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber, Ihr Kollege Jäger wird nicht müde, immer wieder die 177 Stellen zu fordern

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, weil es ein Fehler ist.)

unter allen möglichen Überschriften. Ich wiederhole, mal für den Straßenverkehr, mal zur Rauschgiftkriminalität, jetzt auf einmal die neue Überschrift „Terrorbekämpfung“ und wieder 177 Stellen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist eine reine Landespolizei. Die muss alles machen.)

das heißt rückwärts gewandt. Sie gehen überhaupt nicht an die neuen Problemlagen heran. Sie schreiben eine neue Überschrift und sagen, für die Terrorbekämpfung

177 Stellen. Und das ist mein Problem, Kollege Born, dass Sie überhaupt nicht erkennbar machen, dass Sie an Sachlagen herangehen, sondern alte Hüte mit neuer Überschrift verkaufen.

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Körner, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Riemann?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Aber mit Vergnügen.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Riemann, bitte schön.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Dr. Körner, sind Sie mit Ihrem Bundesinnenminister nicht derselben Auffassung, dass eine neue sicherheitspolitische Lage sowohl im Bereich der Polizei als auch im Bereich des Verfassungsschutzes nach dem 11. September entstanden ist?

Und der zweite Teil der Frage: Teilen Sie die Auffassung der Gewerkschaft der Polizei, dass mit dem 11. September und den zusätzlichen Aufgaben eine exorbitante Steigerung der Überstundenzahl in ihrem Bereich zustande gekommen ist?

(Peter Ritter, PDS: Die gab es schon vorher, die Überstunden.)

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Zum ersten Teil Ihrer Frage: Kollege Riemann, selbstverständlich teile ich die Auffassung des Bundesinnenministers hinsichtlich einer neuen Lage. Ich denke, jeder in diesem Raum wird sich diesen einsichtigen Gründen, die verschiedentlich dargelegt wurden, nicht verschließen können, die ja letztlich auch dazu geführt haben, ein Sicherheitspaket I und II auf den Weg zu bringen.

Aber für unser Land, und da muss ich es wieder sagen, bedeutet das doch nicht, dass wir jetzt 177 Polizisten auf die Straße schicken. Das ist doch ein Problem der Logistik. Jetzt nehme ich Dinge vorweg, die ich nachher sagen wollte, dadurch spare ich es mir. Die Herangehensweise an das Problem Verbrechensbekämpfung passiert doch nicht damit, dass ich Kräne beschaffe, Leasingverträge mache oder Polizisten auf die Straße schicke, sondern gegenwärtig ist das aus meiner Sicht, was unser Bundesland betrifft, ein Problem der Logistik.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die Gefahrenlagen in unserem Bundesland bestehen nach Aussagen des Innenministers und nach allgemeiner Einschätzung doch gar nicht in dieser Hinsicht. Wo wollen Sie denn die Polizisten hinschicken?

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Aber das Problem ist natürlich, dass es einer neuen Logistik bedarf und deshalb auch neuer Leute, die im Bereich des Verfassungsschutzes wirksam sein sollen, neuer Aufgaben im Bereich des Amtes für Katastrophenschutz und auch neuer Kodierungsfunktionen. Wenn sich daraus ergibt, Kollege Riemann, ...

(Reinhardt Thomas, CDU: Diese Rede ist ein Jahrhundertgenuss.)

Danke schön für das Kompliment, das kann ich Ihnen leider nicht zurückgeben.

(Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD)

Wenn sich daraus ergeben sollte, dass wir weiteren Bedarf hinsichtlich Personal und Finanzen haben,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hört, hört! – Harry Glawe, CDU: Jaja.)

dann wird dieses Land

(Harry Glawe, CDU: Herr Ministerpräsident, hören Sie zu!)

mit seiner Landesregierung und mit den die Koalition tragenden Fraktionen sehr wohl reagieren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was sagt denn die Finanzministerin dazu?)

Ich denke, die Finanzministerin wird sich einer Situation in unserem Lande, die Sicherheitslagen erfordert, nicht verschließen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aha, Stellen streichen.)

Da bin ich ganz sicher.

(Beifall Siegfried Friese, SPD)

Warten wir ab, was die Logistik mit sich bringt. Wenn gehandelt werden muss, wird unsere Landesregierung handeln. Sie dürfen sich wieder setzen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Wolfgang Riemann, CDU: Würden Sie bitte die Frage zu den Überstunden noch beantworten?

Vizepräsident Andreas Bluhm: Gestatten Sie noch eine Anfrage des Abgeordneten Riemann?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Ich sagte, setzen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Dr. Berndt Seite, CDU – Gerd Böttger, PDS: Das ist ja wie im Kindergarten hier.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Jäger?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Aber selbstverständlich.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Körner, vielleicht darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass diese Fragenbeantwortung natürlich von Ihrer Redezeit abgeht.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Dr. Ulrich Born, CDU:

Das darf gar nicht sein, das geht nicht. – Reinhardt Thomas, CDU: Der hat sowieso nichts zu sagen. – Ministerin Sigrid Keler: Natürlich!)

Bitte, Herr Dr. Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Kollege Körner, nachdem Sie sich ja nun schon fast zum Polizeiexperten entwickeln, habe ich nur eine Frage an Sie.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Danke sehr.

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich sagte, fast.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Da muss ich noch ein bisschen dazu tun.

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich habe nur eine Frage. Sie mussten ja leider in der Innenausschusssitzung in Neu-

strelitz, wo wir extra hingefahren sind, etwas früher weg. Ist Ihnen entgangen, dass der leitende Polizeidirektor, Direktionsleiter in Neubrandenburg, auf meine Frage, wie das denn sei mit der Mehrpräsenz, wörtlich gesagt hat, das stehe natürlich unter dem Vorbehalt, dass ihm die bereits besprochenen und versprochenen Stellen auch noch zugewiesen würden?

(Ministerin Sigrid Keler: Aus dem Kontingent, aus dem Kontingent.)

Ist es also richtig, wenn man daraus den Schluss zieht, dass er derzeit das Personal für diese Erklärung gar nicht hatte, sondern nur zuversichtlich hofft, dass der Herr Innenminister ihm mehr Polizeikräfte zur Verfügung stellt? Ist das so richtig?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Lieber Kollege Jäger, wir sind, das wissen Sie ganz genau, in der Phase der Umstrukturierung der Landespolizei. Sie wissen auch, dass diese Phase nicht abgeschlossen ist. Bevor diese Phase nicht abgeschlossen ist, wartet er natürlich darauf, dass die ihm versprochenen Stellen kommen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Aber stellen Sie mir diese Frage, wenn der Prozess abgeschlossen ist, dann werden wir weitersehen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Gestatten Sie noch eine Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Jäger? (Zustimmung)

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Kollege Körner, vertrauen Sie denn darauf, dass dem Herrn Minister das Kunststück gelingt, einerseits Polizeistellen abzubauen, aber andererseits an jeder Stelle im Lande mehr Polizisten zum Einsatz zu bringen?

(Wolfgang Riemann, CDU: Versprechen tut er es jedenfalls.)

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Ich vertraue diesem Innenminister mehr als allen seinen Vorgängern.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Dr. Armin Jäger, CDU: Das erklärt viele Irrtümer, Herr Kollege.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Da meine Redezeit fast zu Ende ist,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU:

Nein, nein, das wird nicht angerechnet. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

werde ich mich – ich denke, wir haben inhaltliche Sachen beredet – ganz kurz fassen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das darf nicht angerechnet werden. – Harry Glawe, CDU: Er darf noch reden.)

Wenn Sie mir sagen, ich entwickle mich fast zum Polizeiexperten, Kollege Jäger, dann empfinde ich das natürlich als Ansporn.

(Reinhardt Thomas, CDU: Aufstehen! Setzen! Aufstehen! Setzen!)

Nobody is perfect. Ich werde weiter an meiner Vervollkommnung arbeiten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut, sehr gut! –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Aber immerhin, das haben Sie mir vor einem halben Jahr noch nicht bescheinigt, da fanden Sie mich immer nur niedriglich.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das sind
Sie auch, das sind Sie auch.)

Sie sehen eine deutliche Entwicklung.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Zum Kollegen Thomas, um sozusagen noch mal ganz zum Anfang seiner Ausführungen den Bogen zu schlagen: Ich finde es zunehmend schön

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und freue mich, dem Kollegen Thomas zuzuhören. Meine größte Freude besteht darin, dass er nicht mehr in unserer Fraktion ist. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Was war
das jetzt für ein Sachbeitrag?)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2395. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wieder wie gehabt.)

Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU bei Jastimmen der Fraktion der CDU und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Meine Damen und Herren, die PDS-Fraktion hat eine Auszeit beantragt. Ich unterbreche die Sitzung für 30 Minuten.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Wir setzen die Beratung um 13.55 Uhr fort.

Unterbrechung: 13.25 Uhr

Wiederbeginn: 14.15 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Entschließung zur Stärkung des Föderalismus und des Regionalprinzips in Deutschland und Europa, Drucksache 3/2400.

Antrag der Fraktion der CDU:
Entschließung zur Stärkung
des Föderalismus und des Regional-
prinzips in Deutschland und Europa
– Drucksache 3/2400 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Riemann von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die föderale Staatsverfassung bietet Bund und Ländern die besten Chancen für ein wettbewerblich effizient organisiertes Miteinander. Diese Staatsverfassung ist in Europa einmalig. Aber auch andere Länder Europas, beispielsweise Großbritannien, bewegen sich auf ein solches System zu. Dieses System kann und muss aber verbessert werden, denn die europäische Integration stellt dem deutschen Föderalismus neue Aufgaben.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Antrag soll weder eine neue Revolution ausrufen, noch unser Misstrauen gegen das Handeln der Landesregierung deutlich machen. Weil das föderalistische System seit Jahren kritisiert wird, weil Europa und der Bund seit Jahren im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung immer mehr Regelungen an sich ziehen, weil das Konnexitätsprinzip nur unzureichend beachtet wird und Aufgaben und finanzielle Lasten den Ländern und Gemeinden aufgebürdet werden ohne einen Ausgleich, weil dieses so ist, muss die Balance zwischen den einzelnen Ebenen neu bestimmt werden.

Der entscheidende Punkt jedoch ist: Diese Debatte sollte keineswegs wie bisher ausschließlich auf Regierungsebene geführt werden, sondern unter maßgeblicher Beteiligung und Einbindung auch unseres Parlamentes. Dieses zumindest entspricht dem Verständnis meiner Fraktion für unsere Arbeit hier in diesem Hohem Hause. Wir fordern mit unserem Antrag die längst überfällige Entscheidung ein, endlich Mitwirkungsrechte der Landesparlamente gegenüber dem Bund und der EU zu verankern.

Ich habe es gestern schon zum Thema Bundesbank gesagt: Wir wollen keine Kungelrunden der Ministerpräsidenten mit dem Bund bei wichtigen Entscheidungen für dieses Land. Wir wollen keine Entscheidungen in Hinterzimmern, keine Entscheidungen auf dem europäischen Basar der Regierungschefs. Wenn wir, meine Damen und Herren, wie unsere Kollegen in großer Übereinstimmung in Schleswig-Holstein nicht endlich die Mitwirkungsrechte mit Nachdruck einfordern, haben wir, wir, die gesetzgebenden Körperschaften der Länder, verloren. Dieses wäre auch ein Verlust der parlamentarischen Demokratie.

Das gilt für Mecklenburg-Vorpommern, für Deutschland, aber in Zukunft noch mehr für die zunehmenden gemeinschaftlichen Rechtsetzungen in Europa. Wenn wir es wirklich ernst meinen mit dem Begriff „Europa der Regionen“, wenn es uns ernst damit ist, muss es unabdingbar ein Klagerecht der Länder und Regionen vor dem Europäischen Gerichtshof zur Wahrung unserer Interessen, unserer verfassungsmäßigen Rechte und Zuständigkeiten geben.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn der Bundeskanzler Schröder zu Recht von der Bürgergesellschaft als normativem Bezugsrahmen für unsere Gesellschaft spricht, dann muss das Gestrüpp der Zuständigkeiten entwirrt und neu geordnet werden. Dann müssen Entscheidungen dort getroffen werden, wo die Nähe der Betroffenen ist. Wir werden nicht darum herumkommen, eine Neuordnung einzufordern und auch durchzusetzen, denn irgendwann, meine Damen und Herren, werden uns die Wähler fragen, uns hier im Parlament: Wofür wähle ich eigentlich ein Landesparlament, wenn ich von euch doch immer öfter hören muss, wir würden ja gerne, aber die

vom Bund oder die in Brüssel haben uns nicht gelassen. – Siehe die Werftenfrage, siehe das Klagen der PDS im Bereich der Arbeitsmarktfraße.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht uns bei unserem Antrag nicht nur um die Administration, nicht nur um den Ausgleich zwischen den Regionen, den Ländern, dem Bund und der Europäischen Union, es geht vielmehr auch um unser Selbstverständnis als Parlament. Wir wollen gestalten, nicht nur noch die Ergebnisse hinterher abnicken, denn dann macht sich dieses Parlament überflüssig. Ich weiß, meine Damen und Herren, dass Sie in den Koalitionsfraktionen beraten haben, diesen Antrag zu überweisen und ihn in den Ausschüssen beraten zu lassen. Wir werden dieses mittragen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und Hinrich Kuessner, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Riemann.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und zuerst erhält das Wort der Abgeordnete Krumbholz von der SPD-Fraktion.

Bodo Krumbholz, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag berührt zwei Bereiche, zum einen die Stellung der Bundesländer in dem föderativen System der Bundesrepublik, zum anderen aber auch die Rolle der Bundesländer beziehungsweise der Regionen im Hinblick auf die europäische Einigung. Was den bundespolitischen Anteil des Antrages betrifft, so ist vorab zu sagen, dass sich das föderative System in Deutschland auch nach unserer Auffassung grundsätzlich bewährt hat. Der Föderalismus dient dazu, die Bundesländer durch die Zuweisung von Kompetenzen betreffend Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zu stärken.

Nichtsdestotrotz sind wir hier in Deutschland von einem Idealzustand noch weit entfernt. Im Verlauf der letzten Jahrzehnte ist es in Deutschland zu einer Aushöhlung der Kompetenzen und der Gestaltungsmöglichkeiten der Länder, insbesondere der Landesparlamente, gekommen. Anlass zur Sorge bietet hier der Kompetenzzuwachs des Bundes in fast allen Politikbereichen, so dass der Gestaltungsspielraum der Länder immer weiter eingeengt wurde. Die bundesrechtlichen Regelungen im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung werden immer zahlreicher und im Bereich der Rahmengesetzgebung immer detaillierter. Die eigentlich im Grundgesetz vorhandene Balance zwischen Gesetzgebungsbefugnissen hat sich im Ergebnis zu Lasten der Länder verschoben, und zwar so weit verschoben, wie es sich die so genannten Väter des Grundgesetzes wohl niemals vorgestellt hätten.

Ähnlich verhält es sich mit der europäischen Dimension dieses Antrages. Eine effiziente Einbeziehung der Landesparlamente in das Bundesratsverfahren und damit in den europäischen Rechtsetzungsprozess ist ein wichtiger Baustein für Akzeptanz von Entscheidungen auf der europäischen Ebene. Auch wenn die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern ihren Aufgaben von Information und Konsultation gegenüber dem Parlament bisher immer nachgekommen ist, was ausdrücklich zu begrüßen ist und auch grundsätzlich zu erwarten war, so ist es doch nicht dasselbe, ob ein Landtag selbst gestal-

ten kann oder ob Regierungen eines Landes die Entscheidungen der Bundesrepublik mitformen. Sie sehen, meine Damen und Herren, dass die Rolle der Bundesländer und hier auch insbesondere die Rolle der Landesparlamente weitreichende Auswirkungen auf die zukünftige Gestaltung unserer föderalen Staatsverfassung haben, vor allem aber auch – und das hängt damit zusammen – im Hinblick auf den europäischen Einigungsprozess.

Angesicht der Tragweite dieser Problematik halten wir Ihren Antrag jedoch, meine Damen und Herren von der CDU, für nicht geeignet, einen entsprechenden Willen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zum Ausdruck zu bringen. Es ist zwar zu erahnen, dass Ihr Antrag in eine entsprechende Richtung geht, er bleibt jedoch für unser Dafürhalten zu allgemein beziehungsweise zu nichtssagend. Leider haben Sie den substantiellen Teil des Themenkomplexes in der Begründung und nicht in dem zu beschließenden Teil aufgeführt. Dass Sie den Text Ihres Antrages einschließlich Begründung von einem im Schleswig-Holsteinischen Landtag beratenen Antrag wörtlich abgeschrieben haben mit dem Unterschied, dass Ihre Antragsbegründung dort Teil des Beschlussfassungsgegenstandes war, ist hier unschädlich.

Wir meinen, dass der Antrag Anlass dazu gibt, die oben skizzierte Problematik eingehender zu diskutieren. Eine solche Behandlung des Themas, zum Beispiel in den Ausschüssen, halten wir für sachgerechter als eine einfache Entschließung des Landtages ohne vorherige ausgiebige Diskussion, denn wir als Abgeordnete des Landtages und damit eines Verfassungsorgans haben uns in die Diskussion über den Föderalismus verantwortlich einzubringen. Eine derartige Behandlung des Gegenstandes hätte die Herausarbeitung von konkreten Zielen und der Wege zu deren Erreichung zum Gegenstand, zum Beispiel: Wie können die Gesetzgebungsbefugnisse der Länder gestärkt werden? Lassen sich im Bereich der Rahmengesetzgebung bundesrechtliche Regelungen künftig auf Eckpunkte konzentrieren? Wie wichtig wäre eine eigene Steuerautonomie der Länder unter dem Gesichtspunkt der Stärkung der Eigenverantwortung? Wie lassen sich erweiterte Mitwirkungsmöglichkeiten der Länder auf europäischer Ebene erreichen?

Meine Damen und Herren! Zur Verwirklichung konkreter Verbesserungen des föderalen Systems sehen wir es als notwendig an, dass ein Diskussionsprozess über die Weiterentwicklung und Stärkung des Föderalismus im Landtag und seinen Gremien geführt wird. Wir plädieren daher für eine Überweisung des Antrages. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Krumbholz gestatten Sie noch die Frage, in welche Ausschüsse Sie denn überweisen wollen?

(Zuruf aus dem Plenum: Innen und Recht.)

Bodo Krumbholz, SPD: Rechtsausschuss federführend.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Mir geht es nur um die förmliche Beantragung. Danke schön, Herr Krumbholz.

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herr Neumann von der Fraktion der PDS.

(Angelika Gramkow, PDS: Er hat schon immer die Geschäftsordnung geliebt.)

Karsten Neumann, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon die Frage der notwendigen Überweisungen in welche Ausschüsse macht eigentlich das Problem an der Beschäftigung mit diesem Thema deutlich. Wir können das Thema Föderalismus und Regionalprinzip in Deutschland sehr allgemein diskutieren, staatsrechtlich diskutieren, politisch diskutieren, oder wir können natürlich auch sehr detailliert über die konkreten Auswirkungen dieser sehr allgemeinen Regelungen diskutieren. Und dann sind wir im Finanzausschuss, dann sind wir im Landwirtschaftsausschuss,

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS:
Das tut ihr uns aber nicht an, oder?!)

dann sind wir in jedem Ausschuss dieses Landtages.

Vieles von dem, was im Text des Antrages steht, ist seit langem richtig und man wird nicht unbedingt ein Haar darin suchen müssen. Es wird, indem es die CDU noch einmal vorträgt, nicht wahrer, aber auch nicht falsch.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist gut so.)

Das Konkrete, über das man vielleicht beschließen könnte, steht leider in der Begründung, die ist aber bekanntlich einer Beschlussfassung nicht zugänglich. Wie wir deshalb mit diesem Antrag umgehen wollen, ist hier bereits gesagt worden. Die Entschließung mag aber einen bestimmten Wert als Diskussionspapier haben.

Zum Antrag: Zunächst soll sich der Landtag die Auffassung zu eigen machen, dass sich der Föderalismus in Deutschland bewährt hätte, jetzt aber weiterentwickelt werden müsse. So steht es in Satz 1 des Antrages. Wir sehen das ganz nüchtern und vielleicht auch etwas anders. Wir haben, wenn ich das Grundgesetz richtig gelesen habe, nach Artikel 20 Absatz 1 und Artikel 79 Absatz 3 für immer und ewig, solange dieser Staat existiert, den demokratischen und sozialen Bundesstaat. Der auf diese Weise auch inhaltlich bestimmte Föderalismus ist somit verordnetes Verfassungsprinzip. Die Crux ist aber, dass trotz dieses Verfassungsgebotes man eben nicht darum herumkommt festzustellen, dass der real existierende Föderalismus seit 50 Jahren erheblich krank und, was die Zuständigkeiten und Mitwirkungsmöglichkeiten der Länder betrifft, erheblich in die Schieflage geraten ist. Henning Voscherau hat als Bundesratspräsident einmal gesagt: „Der Föderalismus stirbt zentimeterweise. Dies sehen wir als die nackte, beklagenswerte Realität.“

Mag die Wahrheit denn vielleicht auch bezüglich dieses Satzes 1 irgendwo in der Mitte liegen, aber die Defizite liegen klar auf der Hand, denn der Föderalismus funktioniert eigentlich seit dem Bestehen der Bundesrepublik lediglich als unitarischer Bundesstaat, vom Sozialstaat wollen wir in diesem Zusammenhang erst gar nicht reden. Diese schlichte und etwas schnöde Formel des Staatsrechtlers Konrad Hesse findet man wohl in allen möglichen Abhandlungen zum Thema Föderalismus als höfliche wissenschaftliche Beschreibung des unbefriedigenden Zustands des Föderalismus in der heutigen Bundesrepublik Deutschland. Und eines der misslichsten Defizite ist gewiss die weitgehende Ausschaltung der Landesparlamente aus der Gestaltung eben dieses Föderalismus. Hier hört die CDU die Nachtigall an der richtigen Stelle trapsen.

Föderalismus ist, grob gesagt, Sache der Exekutive und das ist allerdings ein erheblicher struktureller Geburtsfehler. Wer sich mit der Sache befasst hat, weiß das. Wissenschaftliche und politische Abhandlungen dazu fül-

len Bibliotheken, sie sind mehr oder weniger Makulatur, niemand vermag sie zu lesen und niemand braucht sie. Am Zustand jedenfalls, an der normativen Kraft des Faktischen haben sie bisher nichts geändert und nichts ändern können.

Und es ist ja auch nicht so, dass Landesparlamente sich überhaupt nicht geäußert hätten. Da gibt es beispielsweise die außerordentlich ausführliche Expertise des Landtages Nordrhein-Westfalen vom Anfang der 90er Jahre. Schließlich haben sich die Präsidentinnen und Präsidenten der Landtage mit einer Resolution am 23. Mai 2000 zu dem Problem des Föderalismus geäußert, mit beachtlichen und beachtenswerten Vorschlägen. Leider blieben diese Vorschläge bisher ohne Reaktion der Landesparlamente, auch unseres Landtages, bis heute. Dies ist der Grund und die Veranlassung auch für die PDS-Fraktion, der Überweisung zuzustimmen.

Es gibt das Gutachten und die Vorschläge der so genannten Bertelsmann-Kommission und auch eine umfangreiche Stellungnahme des Deutschen Landkreistages an die Adresse der jetzigen Berliner Föderalismus-Kommission. Und dies sind bei weitem nicht alle, die etwas gesagt und aufgeschrieben haben. Inzwischen wurde nun in Berlin eine neue Kommission installiert, bestehend aus Vertretern des Bundestages, des Bundesrates und der Landesregierungen. Die Landtage blieben wie meist außen vor.

Was nun diese neue Kommission betrifft, so zeigt sich Folgendes: Es wird weiter auf ganz kleiner Flamme gekocht. Und seit längerem ruht, so kann man wohl sagen, in Berlin still der See. Das hängt natürlich mit ganz irdischen Machtkonstellationen zusammen. Und dieses Spielchen wird nunmehr ununterbrochen seit über 50 Jahren gespielt. Lahm gelegt wurde die Kommission – damit verrät man, denke ich, kein Geheimnis – wegen der Rängelei um den Länderfinanzausgleich und der Klage der großen Länderhaie gegen die kleinen Länder.

Was ist da zu tun, meine Damen und Herren, wenn die Matadoren nicht wollen? Eine weitere politische Erklärung diesmal des Landtages Mecklenburg-Vorpommern wird sicher mehr und eher der Selbstfindung dienen – aber immerhin! –, denn natürlich gibt es bereits genügend Vorschläge zu einer stärkeren Beteiligung der Landesparlamente. Sie reichen von einer so genannten Senatslösung bis hin zu Vorschlägen, im Prinzip alles so zu belassen, wie es ist, denn wir wissen ja, was wir haben.

Von Interesse dürften dagegen vermittelnde Vorschläge sein, wie sie auch im Antrag durchscheinen, zum Beispiel einer irgendwie gearteten Bindung der Regierung an Maßgaben der Landtage in dieser Frage. Es gibt Vorstellungen, Abgeordnete der Landtage zum Bundesrat abzuordnen, mit eigenen Büros und so weiter und so fort, auch Vorschläge mit viel Bürokratismus. Es gibt dann auch den Vorschlag der Splittung der Landesstimmen im Bundesrat.

Vorschläge gibt es also genug und Abwägungsprobleme mindestens in gleicher Anzahl. Die Interessenlagen sind dermaßen verschieden und diametral, dass es eine Lösung, die den Gordischen Knoten mit einem Schlag durchtrennt, wohl nicht geben wird.

Und eine Erweiterung von Artikel 23 Grundgesetz, wie die CDU vorschlägt und wie es auch schon woanders vorgeschlagen wurde, wäre ja vielleicht wünschenswert, so

etwas liegt aber nach unserer Auffassung momentan in den Sternen.

Spezielle Informationspflichten der Regierung kommen in Artikel 40 der Landesverfassung hinzu. Es wäre doch schon etwas, wenn wir diese vorhandenen Möglichkeiten gründlicher und zielstrebig nutzen würden.

Dann sollten nach Auffassung der CDU die Länder und Regionen Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof bekommen. Ich weiß nicht, ob hier im Hause jemand ist, der etwas dagegen hätte, außer vielleicht die Haushälter.

(Angelika Gramkow, PDS:

Schon wieder sind wir schuld.)

Ja, die Kosten eines solchen Verfahrens sind wirklich nicht abschätzbar.

Aber Sie wissen wohl auch, dass diesbezüglich der Hammer in Brüssel hängt und diese Forderung im Augenblick dort kaum mehrheitsfähig ist. Und, Herr Riemann, da möchte ich Ihnen widersprechen. Das ist auch nicht anders, stellt man in Rechnung, dass sich inzwischen in vielen europäischen Ländern Regionalisierungstendenzen abzeichnen, jedenfalls ist das momentan nicht abzusehen. Es gibt bei weitem keinen Konsens über die Rolle der Regionen und insofern ist auch das Einbringen der Regionen in diesen Diskussionsprozess wichtig. Es wird wohl noch für lange Zeit beim Stand von Maastricht und Nizza bleiben, Postnizza sieht jedenfalls diesbezüglich, also der Einführung eines Klagerechts, nichts vor.

Institutionell wird man wohl schließlich im Rahmen des Ausschusses der Regionen verbleiben mit der Möglichkeit der Stellungnahme der Ländervertretungen, wenn ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse der Länder betroffen sind oder, was genauso wichtig ist, die Vertreterinnen und Vertreter in diesem Ausschuss der Regionen selbst die Initiative ergreifen. Was damit zusammenhängt, denke ich, kann Herr Helmrich gut abschätzen, kann Herr Holter gut abschätzen und werde ich auch sicherlich bald begreifen müssen.

Problematischer sind in diesem Zusammenhang aktuelle Entwicklungen in der Regionalpolitik, dass nämlich aufgrund des EU-Beitritts der neuen Mitgliedsländer ab 2004, 2005, 2006 eine drastische Reduzierung der Strukturfonds eintritt, die auch uns betreffen wird. Die meisten Regionen, auch die ostdeutschen Länder, werden wohl die Ziel-I-Förderung verlieren, weil eben noch ärmere Schlucker hinzukommen, als wir es sind. Und vor diesem Hintergrund halten wir die Forderung der großen Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Bayern auf Renationalisierung der Strukturpolitik für durchschaubar und bezeichnend – 'Nachtigall, ick hör' dir trapsen! Unter dem Schafspelz Renationalisierung und Regionalisierung mit dem Aufkleber „Wettbewerb der Regionen“ kommt der, lassen Sie es mich so sagen, alte, gierige bayrische Wolf daher. Dies sind die Kämpfe, die vor allem die großen Bundesländer führen, um Fesseln bei der Standortpolitik loszuwerden, damit ihre größeren finanziellen Ressourcen im unfairen Wettbewerb der Regionen ungehindert zum Einsatz kämen. Die Frage ist nur: Wo bleiben dabei die Kleinen wie beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern? Die Frage ist nur: Wo bleibt ein anderer Auftrag des Grundgesetzes, nämlich der der Verpflichtung zur Herstellung einheitlicher Lebensbedingungen in ganz Deutschland, wo bleibt der Auftrag des EU-Vertrages zur Herstellung der Konvergenz der Regionen?

Also auch zu diesem Punkt ein sehr wolkiger Begriff, ein sehr schöner Begriff, hinter dem viele vieles interpretieren können. Ich habe sicherlich nur eine Möglichkeit der Interpretation hier geliefert. Also auch zu diesem Punkt des Entschließungsantrages gibt es einen ganzen Rattenschwanz von Problemen und genügend Stoff auch zu parteiinternen Diskussionen in der CDU, in der SPD und auch bei uns in der PDS.

Zum Thema Gesetzgebungskompetenz: Die Länder sollen im Bereich der Gesetzgebung gegenüber dem Bund gestärkt werden. Die schleichende Zentralisierung gesetzgeberischer Tätigkeit ist offensichtlich. Allerdings ist es leider nicht so, dass man sagen kann, den Ländern sei in der Vergangenheit in diesen Fragen Gewalt angetan worden. Nein, sie haben es selber fleißig mit betrieben und sich kaum gewehrt. Allein das Beispiel der Abgabe der Beamtenbesoldung an den Bund spricht Bände, denn es ist doch die allerbequemste und einfachste Politik, den Bund die Gesetze machen zu lassen und ihm damit auch die Verantwortung zu lassen. Da kann man dann in Wahlzeiten viel besser mit dem Finger auf den Bund zeigen. Dasselbe Spiel treiben wir doch auch gerne im Hinblick auf die Europäische Union.

Auch zu einer Neuordnung der Gesetzgebungskompetenzen liegen bekanntlich die verschiedensten Vorschläge vor und es wäre zu prüfen, was machbar erscheint. Bisher stimmten jedenfalls die letzten verfassungsmäßigen Änderungen nicht sehr hoffnungsvoll. Aus Sicht der PDS-Fraktion wäre ein generelles Aufbrechen der verkrusteten Kompetenzstrukturen angezeigt. In diesem Zusammenhang ist es mehr als eklatant, dass die kommunale Ebene völlig außerhalb der Kompetenzbetrachtung bleibt und mit dem reinen Betroffenenstatus nunmehr seit über 50 Jahren leben muss.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir müssen nun mal bei der Grundfrage der Staatsqualität und Eigenständigkeit der Länder beginnen, bevor wir über die horizontale und vertikale Gewaltenteilung im System des Föderalismus, über das Finanzsystem, über das System der Gesetzgebung oder über die Vielfalt in der Gestaltung der Regionen durch die Länder sprechen. Aber dann geht es eben schon um weit größere Beträge, nämlich, um nur einige Merkpösten zu nennen:

Erstens. Das Geflecht von Aufgaben und der Finanzbeziehungen muss entflochten werden. Die Länder müssen originäre eigene Aufgaben und eigene Steuerquellen haben. Die kommunale Ebene muss als dritte eigenständige Stufe im Föderalismus betrachtet werden.

Zweitens. In den Finanzbeziehungen von Bund und Ländern muss mindestens ebenso wie zwischen den Ländern und den Kommunen das Konnexitätsprinzip durchgesetzt werden.

Drittens. Die Länder müssen die Aufgabendefinierung und -wahrnehmung selber bestimmen können, vor allem müssen sie entscheiden können, wie die Aufgaben erfüllt werden.

Viertens. Schließlich müssen die Gesetzgebungskompetenzen einer Revision unterzogen werden, worauf ich noch zurückkomme.

Was die Gesetzgebungskompetenzen betrifft, so gibt es aus unserer Sicht ganz imponierende Vorschläge. Schauen Sie einmal in den Entwurf des Zentralen Runden Tisches, zu welchen einfachen und logischen Strukturen

man dort für die Gesetzgebung einer einheitlichen Republik kam! Man nahm das Grundgesetz als Muster und stellte es förmlich vom Kopf auf die Beine.

Was meine ich damit? Gewiss spricht das Grundgesetz den Ländern eine formale Allzuständigkeit zu. Sie sollen nach Artikel 30 staatliche Befugnisse ausüben und staatliche Aufgaben erfüllen, soweit das Grundgesetz keine anderen Festlegungen trifft. Dies tut es allerdings nicht zu knapp. Das ist nach Artikel 70 in der Gesetzgebung ebenso vorgesehen. Aber das Problem sind eben die Artikel 71 bis 75, wo die Kompetenzen der Gesetzgebung ganz anders festgelegt worden sind, praktisch im Gegensatz zu der Ausgangsprämisse. Und diese Kompetenzverteilung ist gegenwärtig leider nur schwer aufzubrechen, genauso schwer aufzubrechen, wie sie zu verstehen ist. Der Bund gibt nichts her und die Länder fordern nichts zurück. So funktioniert doch nicht einmal die neu geschaffene Möglichkeit nach Artikel 72 Absatz 3, dass die Länder Kompetenzen des Bundes zurückbekommen können, sofern die Bedürftigkeit für die Bundesregelung nicht mehr besteht. In Zeiten zunehmender Globalisierung auch schwer vermittelbar.

Welchen Ansatz bot nun der Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches der DDR an? Er differenzierte als Erstes genau die drei Ebenen Kommune, Land und Bund. Er bestimmte die kommunale Ebene als Kommunalautonomie mit einer materiell-inhaltlichen Selbstverwaltungsgarantie von 16 bestandssicheren Aufgaben, ging dann von der Allzuständigkeit der Länder in der Gesetzgebung aus. Aber der Clou war, dass er dann einen eigenen Katalog der ausschließlichen Ländergesetzgebung mit 15 originären Zuständigkeiten der Länder aufstellte.

Meine Damen und Herren, wie man sieht, fehlt es gewiss nicht an Denkmätern. Und der Antrag der CDU ist auch durchaus anregend. Wir haben bei diesem Thema viele sehr dicke, sehr alte und sehr trockene Bretter zu bohren.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sehr wohl wahr. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Zu viele Hoffnungen will ich deshalb mit der Überweisung des Antrages nicht geweckt wissen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Neumann.

Und jetzt hat das Wort der Abgeordnete Helmrich für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Helmrich.

Herbert Helmrich, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf als Erstes meiner Zufriedenheit Ausdruck geben, dass unser Antrag auf offene Ohren bei den beiden anderen Parteien hier im Hause stößt. Deswegen kann ich es mir jetzt auch leichter machen und meine Ausführungen etwas kürzen.

Herr Krumbholz und Herr Neumann haben gesagt, sie würden einer Überweisung in die Ausschüsse zustimmen. Das freut uns. Wir verzichten deshalb auf unseren Abstimmungsantrag und beantragen mit den beiden Fraktionen gemeinsam Überweisung.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ein schöner Abschluss, Herr Helmrich.)

Na ja, ich will das nur vorweg sagen – zur Sache sage ich dann auch noch ein paar Dinge –,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

um zu begründen, dass ich nicht alles bringen will, was ich eigentlich lang und breit ausführen wollte.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ist auch ganz nett.)

Das Wesentliche ist von Herrn Krumbholz und von Herrn Neumann gesagt worden zu unserem Antrag.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Und von mir? – Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD, CDU und PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Von mir doch auch.)

Ja, ja, von dir! Du hast es ja eingebracht. Ich meine die Stellungnahmen zu dem, was du gesagt hast.

Also, wir werden auch zustimmen, und zwar der Überweisung. Und da es im Grunde genommen im Wesentlichen Verfassungsfragen sind, muss wohl die Federführung beim Rechtsausschuss liegen, so hatte ich Sie dann auch verstanden. Außerdem, falls Finanzen in Betracht kämen, muss wahrscheinlich neben dem Innenausschuss auch der Finanzausschuss in die Überweisung einbezogen werden.

(Angelika Gramkow, PDS:
Ach, Professor Helmrich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will nicht wiederholen, was schon gesagt worden ist, aber der Antrag ist bei den anderen Fraktionen wahrscheinlich auch deshalb auf eine positive Aufnahme gestoßen, weil es sich hier um zwei Dauerprobleme handelt.

Das erste – Herr Krumbholz hat das gesagt, die beiden Bereiche sind zu trennen – ist die innerdeutsche Verfassungsproblematik. Wir sind in Deutschland seit Jahrhunderten föderal organisiert, selbst der König und der Kaiser waren bis auf die letzten Jahre immer Wahlkönig und die dezentralen Mächte haben im Reich immer wesentlich mitgesprochen. Deshalb war Deutschland vor 150 Jahren auf der Landkarte ein Flickenteppich, ganz kleine Einheiten waren es zum Teil, aber insgesamt immer föderal. Darauf baut das Grundgesetz auf. Die geschichtliche Zeit habe ich deshalb angesprochen, weil wir auch schon früher immer erlebt haben: Wenn die Zentrale schwach war, waren die dezentralen Mächte stark. Dann hatten wir einen schwachen König. War die Zentrale dann, dann ging das zu Lasten der Einheiten in der Fläche. Und genau dieses Problem hat Herr Neumann ja auch deutlich angesprochen.

Selbst in der Entwicklung der Bundesrepublik seit 1949 haben wir Wellenbewegungen. Wir haben zunächst eine ziemlich starke föderale Ausprägung gehabt in den 50er Jahren. In den 60er und 70er Jahren nahm die Stärke der Zentrale immer mehr zu, und zwar auch wegen des Wunsches, möglichst gleichartige Lebensverhältnisse zu haben. Deshalb gab es auch dann mehr und mehr Leistungsgesetze des Bundes, die die Länder natürlich gerne aufnahmen – sie mussten immer gegenfinanzieren –, damit aber an den goldenen Zügel der Zuwendungen durch den Bund gerieten. Und dadurch wurden im Grunde genommen die Zuständigkeiten der Länder ausgehöhlt. Mit der Wiedervereinigung hatten wir dann eine Bund-Länder-Kommission, eine Bund-Länder-Verfas-

sungskommission. Die hat den Ländern wieder ein paar mehr Rechte eingeräumt.

Und wir sehen jetzt im Zuge der Globalisierung, im Zuge der EU-Osterweiterung die nächste Schicht, und das ist dann das zweite Problem, unser Verhältnis zu Europa. Je mehr der Bund über Europa und neue Strukturen in Europa verhandelt, desto größer ist die Gefahr für die Länder, dass sie mehr eingeengt werden. Und deshalb hängt das Problem der Stärke der Länder einerseits, wie ich es geschildert habe, von der innenpolitischen Situation in der Bundesrepublik ab, zum anderen aber auch von der neuen Situation in Europa.

Wir haben damals, Sie haben den Artikel 23 erwähnt, festgelegt, wenn im Schwerpunkt ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse der Länder betroffen sind, soll die Wahrnehmung der Rechte, die der Bundesrepublik Deutschland als Mitglied der Europäischen Union zustehen, vom Bund auf einen vom Bundesrat benannten Vertreter der Länder übertragen werden, so dass heute schon Ländervertreter, allerdings Regierungsvertreter, in besonderen Fällen, in denen die Länder betroffen sind, am Verhandlungstisch in Brüssel sitzen – allerdings nur da, wo wir ausschließlich zuständig sind. Da, wo wir etwa in der konkurrierenden Gesetzgebung Luft und Spielraum haben, da soll die Bundesregierung das nur mit den Ländern abstimmen, kann aber alleine verhandeln. Und hier lauern meines Erachtens bei der Neuverhandlung der Verträge im Zuge der EU-Osterweiterung für die Länder erhebliche Gefahren.

Sie haben, Herr Neumann, völlig zu Recht gesagt, die Machtkonstellationen müssen austariert werden. Das werden sie aber nur, wenn die Länder auf ihrer Position beharren und sich nicht auf kaltem Wege was wegnehmen lassen. Deshalb müssen sich die Länder zu Wort melden, und zwar rechtzeitig zu Wort melden. Dem dient unser Antrag. Insgesamt ist er auf ein positives Echo gestoßen. Deshalb lassen Sie uns, auch wenn hier vieles noch sehr allgemein gehalten ist, in den Ausschüssen darüber diskutieren und hier den besten Weg finden, damit sich Mecklenburg-Vorpommern im Chor der anderen Länder zu Wort meldet und Berlin uns sozusagen nicht mehr und mehr an den Rand drängt! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Helmrich.

Das Wort erhält jetzt der Abgeordnete Kuessner für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Kuessner.

Hinrich Kuessner, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da ich mich an dieser Diskussion auf Bundesebene beteilige, will ich hier einen Beitrag bringen, auch wenn die Zeit heute zwar noch früh, für uns jedoch schon weit vorangeschritten ist.

Diese Reform des Föderalismus scheint ja ein Thema zu sein, das weit von den Bürgern weg ist. Sie wird in Deutschland leider sehr akademisch geführt. Der Gedanke, der immer wieder sehr schnell aufkommt, ist, dass es dabei um die Frage geht, wie das Steueraufkommen zwischen Bund und Ländern verteilt wird. Meines Erachtens geht es in dieser Phase der Diskussion nicht um diese Frage, sondern es geht, was auch angesprochen wurde, allein um die Zuständigkeiten auf den verschiedenen Ebenen – Europa, Bund und Länder. Sie müssen, und daran

müssen wir als Politiker hohes Interesse haben, neu geordnet werden. Es geht darum festzulegen, wer im Sinne der Bürgerinnen und Bürger mit welchen Kompetenzen und Aufgaben betraut wird. Diese Reform muss nach meiner Überzeugung eine zentrale Aufgabe derer sein, die wir auf Landesebene politisch tätig sind, gerade bei dem zusammenwachsenden Europa, weil sich die Gewichte sonst noch mal sehr verschieben können.

Der Antrag der CDU weist meiner Meinung nach in die richtige Richtung. Es gibt Entwicklungen, die eine Diskussion über die Reform des Föderalismus notwendig machen. Die Verantwortlichkeiten und Entscheidungszuständigkeiten im föderalen System haben sich in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich verändert. Die Länder haben immer mehr Zuständigkeiten an den Bund abgegeben, der Bund wiederum Kompetenzen an Europa. Mit dieser Verlagerung geht gleichzeitig eine enorme Politikvermischung einher, die Entscheidungsprozesse sind immer undurchsichtiger geworden. Die mangelnde Transparenz von Verantwortlichkeiten führt zur mangelnden Akzeptanz und Abwendung von demokratischen Entscheidungsprozessen. Das ist ein ernst zu nehmendes Problem für die demokratische Kultur in unserem Land. Die Bürgerinnen und Bürger können oft überhaupt nicht erkennen, welcher Politiker für welche Entscheidung steht. Viel liegt auch daran, dass wir als Landtagsabgeordnete Dinge in den Mittelpunkt unserer Diskussion stellen, die nicht wir, sondern Bundestagsabgeordnete entscheiden. Bei vielen politischen Entscheidungen müssen Länderebene und Bundesebene zusammen entscheiden und viele Entscheidungen werden in Europa getroffen. Manchmal nutzen Politiker dieses Kompetenzwirrwarr aus und schieben die Verantwortung, auch ihre eigene, auf die jeweils andere Ebene.

Wir müssen die Verantwortung für politische Entscheidungen klarer zuordnen, damit Wählerinnen und Wähler klar erkennen können, wer was entschieden hat. Die Entscheidungsprozesse müssen durchschaubar gemacht werden. Das ist eine Grundvoraussetzung für eine stärkere Beteiligung von Bürgern an der politischen Meinungsbildung.

Meine Damen und Herren, unser Grundgesetz verfolgte ursprünglich eine Konzeption, die auf starke Länderkompetenzen aufbaute. Herr Helmrich hat darauf hingewiesen. Deshalb hatten grundsätzlich die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung und der Bund nur in besonderen einzeln aufgeführten Fällen. Die Verfassungsrealität hat sich davon weit entfernt. Inzwischen ist es so, dass der Bundestag das Gesetzgebungsparlament ist. Die Länderparlamente können oft nur die Landesregierungen beim Gesetzesvollzug kontrollieren.

Man kann sich nun darüber streiten, wer Gewinner der Verschiebungen unserer föderalen Ordnung ist. Sicherlich haben die kontinuierlichen Kompetenzverlagerungen dem Bund ein unangemessenes Übergewicht im Bereich der Gesetzgebung verliehen. Einigkeit besteht auch, dass die Landesparlamente die eigentlichen Verlierer der andauernden Aushöhlung des föderalen Grundgedankens unseres Grundgesetzes sind. Ob aber die Landesregierungen durch ihre Entscheidungsbefugnisse im Bundesrat wirklich mehr Einfluss gewonnen haben und deshalb Gewinner der schleichenden Unitarisierung sind, ist schon schwieriger zu beantworten. Ich glaube, an Einfluss hat im Wesentlichen nur die Ministerialbürokratie der Länder gewonnen, die die Einzigen sind, die in Berlin oder Brüs-

sel noch den Überblick haben, welche Entscheidungen getroffen worden sind,

(Beifall Dr. Henning Klostermann, SPD,
Dieter Markhoff, CDU, und
Wolfgang Riemann, CDU)

welche Entscheidungen sich gegenseitig bedingen und wie nunmehr entschieden werden soll. Aus eigener Erfahrung und aus vielen Gesprächen kann ich sagen, dass die Landesregierungen einer Erhöhung der Befugnisse der Länderparlamente durchaus aufgeschlossen gegenüberstehen, weil es auch ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten erhöht. Es bestehen hier keine großen Gegensätze zwischen Landesparlament und Landesregierung.

Spannend ist die Frage, in welche Richtung eine Reform des Föderalismus gehen soll. Wie sollen die Kompetenzen neu geordnet werden? In welchen Bereichen brauchen wir mehr Landeszuständigkeiten und in welchen Bereichen mehr Bundeskompetenz?

In der Tendenz lässt sich die Frage sicher leichter beantworten als im Detail. Grundsätzlich müssen wieder mehr Kompetenzen durch die Länder wahrgenommen werden. Politische Entscheidungen müssen immer so dicht wie möglich vor den Augen der Bürgerinnen und Bürger getroffen werden. Entscheidungen dürfen nicht wie bisher fast schrankenlos von der höheren Ebene an sich gezogen werden mit der Begründung, dass wir in nahezu allen Bereichen im gesamten Bundesgebiet oder sogar in ganz Europa gleiche Regelungen brauchen.

Betrachtet man die Frage im Detail, erkennt man schnell, dass eine differenziertere Herangehensweise geboten ist. Auf der einen Seite fällt mir sofort die Bäderregelung ein, über die wir hier ja sehr oft diskutiert haben. Es ist für die Bürgerinnen und Bürger kaum nachvollziehbar, dass der Ladenschluss bundeseinheitlich geregelt ist und wir vor Ort kaum selbständige Regelungen treffen können, wann ein Geschäft öffnen kann.

(Beifall Beate Mahr, SPD,
und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Wäre es nicht sinnvoll, wenn jedes Land selbst entscheiden könnte, wann und wie Geschäfte öffnen können? Und wäre es nicht sinnvoll, wenn dann das Land den einzelnen Kommunen eine größere Entscheidungsbefugnis bei der Ladenöffnungszeit einräumt?

(Angelika Peters, SPD: Genau das ist es.)

Vor Ort kann doch am besten entschieden werden, ob die Sonntagsruhe durch geöffnete Geschäfte gestört wird oder nicht. Was schadet es, wenn die Geschäfte in den Gemeinden in Vorpommern länger öffnen als in bayerischen Gemeinden?

Andererseits gibt es Bestrebungen, die bundeseinheitliche Besoldung im öffentlichen Dienst aufzugeben und diese Kompetenz völlig den Ländern zu übertragen. Hier hätte ich Bedenken. Schon jetzt ist es leider so, dass junge Absolventen unserer Hochschulen oftmals eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst in den alten Ländern anstreben, weil dort eben 100 Prozent gezahlt werden. Wenn wir die Besoldungshöhe ganz in die Verantwortung der Länder stellen, könnten finanzkräftige Länder wie Bayern oder Hessen gezielt unsere guten Beamtinnen und Beamten abwerben, weil in den finanzstarken Ländern höhere Bezüge gezahlt werden können als in den finanz-

schwachen Ländern. Dies hielte ich jedenfalls für unsere Entwicklung zurzeit für kontraproduktiv.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen auch sagen, was mich an dem Antrag der CDU stört. Er kommt im Grunde zu spät. Sie haben nach Schleswig-Holstein geguckt, was das Parlament dort zum Thema Föderalismus beschlossen hat. Wir haben am 16. Mai 2000 hier im Landtag eine Veranstaltung mit Professor Benda und Professor Arndt von der Bertelsmann-Kommission durchgeführt. In dieser Veranstaltung, an der Vertreter aller Fraktionen teilgenommen haben, ging es genau um das Thema Reform des Föderalismus. Inhaltlich wurden dabei die Vorschläge, die Sie heute in Ihrem Antrag unterbreiten, schon vorgestellt. Ich hätte mir gewünscht, dass damals eine parlamentarische Initiative gestartet worden wäre. Das haben wir alle nicht gemacht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Da sind wir immer noch früher als die beiden anderen Fraktionen.)

Insofern ist es sicher gut, dass Sie die Initiative ergriffen haben. Jetzt kommen Sie allerdings mit dem Antrag von Schleswig-Holstein und kommen da an einer Stelle wirklich zu spät. Sie fordern, dass die Landesparlamente in die Mitarbeit der Bund-Länder-Kommission zur Föderalismusreform einbezogen werden sollen. Diese Forderung hat der Landtag von Schleswig-Holstein aufgestellt. Er hat sie rechtzeitig erhoben, nämlich vor der entsprechenden Konferenz der Ministerpräsidenten. Frau Simonis hat diese Forderung dann auch dort eingebracht

(Wolfgang Riemann, CDU:
Und sie ist abgelehnt worden.)

und ist damit deutlich gescheitert.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Die ist abgelehnt worden. Richtig.)

Was soll es, die gleiche Forderung jetzt noch einmal zu erheben, wenn die Entscheidung bereits gefallen ist?

(Wolfgang Riemann, CDU:
Da müsste man mal wissen, wie unsere Landesregierung da gestimmt hat.)

Außerdem – und das, denke ich, sollte mal diskutiert werden – bin ich gar nicht so sicher, ob die Landesparlamente unbedingt in dieser Kommission vertreten sein müssen. Es geht uns doch darum, dass unsere Interessen in der Bund-Länder-Kommission zu Gehör kommen. Da stellt sich die Frage, wie wir die Interessen des Landtages am wirkungsvollsten einbringen. Geschieht das, indem der Landtag einen Vertreter entsendet, der in der Kommission sitzt und versucht, die Landes- und Landtagsinteressen durchzusetzen? Oder geschieht das vielleicht sogar besser dadurch, dass der Landtag sich in seiner Gesamtheit mit der Materie öffentlich befasst und gegebenenfalls durch einen Beschluss die Landesregierung auffordert, sich in bestimmter Art und Weise in der Kommission einzusetzen?

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, dazu müssen wir uns dann auch damit befassen.)

Ich bin nicht sicher, ob der Weg, einen eigenen Vertreter zu entsenden, der bessere ist. Jedenfalls haben wir andere Möglichkeiten, um uns politisch zu artikulieren und die Wahrnehmung der Interessen durch die Landesregierung einzufordern. Dies gilt umso mehr, weil die Interessen der Landesregierung und die des Landtages in weiten

Bereichen deckungsgleich sind. Es geht hierbei nicht um das Gegeneinander von Landesregierung und Landtag. Gerade der Gesichtspunkt des Wettbewerbsföderalismus gebietet eine einheitliche Wahrnehmung der Landesinteressen. Es gibt bundesweit ganz unterschiedliche Vorstellungen darüber, auf welchem Gebiet eine Reform des Föderalismus mehr Wettbewerb zwischen den Ländern ermöglichen soll. Auch aus meinen Erfahrungen aus der DDR-Zeit halte ich Wettbewerb in der Gesellschaft für notwendig. Ohne Wettbewerb erlahmen gute Initiativen und schöpferische Ideen. Aber der Wettbewerb darf in der Demokratie immer nur die eine Seite der Medaille sein, die andere Seite ist die Solidarität. Zu der Grenzlinie zwischen Wettbewerb und Solidarität brauchen wir Verabredungen.

Dazu gibt es viele Fragen, die beantwortet werden müssen:

- Brauchen wir einen ökonomischen Wettbewerb der Länder und worin soll der Wettbewerbserfolg liegen?
- Wie verträgt sich ein Wettbewerb der Länder untereinander mit dem Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse?
- Wie stellt man, um einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen, vergleichbare Wettbewerbschancen her?

Diese und andere Fragen müssen in der Politik, also von uns, debattiert werden. Meine Überzeugung ist, dass der für eine Reform erforderliche Konsens in dieser Frage nur erreicht werden kann, wenn es gelingt, dass Solidarität und Wettbewerb nicht als Gegensätze, sondern als sich gegenseitig bedingende Pole in einer dynamischen demokratischen Gesellschaft verstanden werden. Wir müssen das Thema endlich aus dem Elfenbeinturm der wissenschaftlichen Diskussion herausholen und eine öffentliche Diskussion ermöglichen. Diese öffentliche Diskussion ist notwendig, wenn Reformbemühungen Erfolg haben sollen. Insofern schönen Dank der CDU, dass Sie den Antrag eingebracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Kuessner.

Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2400 zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss und an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Überweisungsvorschlag einstimmig entsprochen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Standort der MeLa in Mühlengiez, Drucksache 3/2399.

Antrag der Fraktion der CDU:
Standort der MeLa in Mühlengiez
– Drucksache 3/2399 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Dr. Beckmann von der Fraktion der CDU.

Dr. Christian Beckmann, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte am Anfang meiner Ausführungen eine Sache kurz ansprechen, die

sich in den letzten Tagen ereignet hat zu diesem Antrag. Am 01.11. haben wir ordnungsgemäß unseren Antrag eingereicht in der Landtagsverwaltung und darum gebeten, dass dieser Antrag auf die Tagesordnung kommt, so, wie es vorgesehen ist. Wir haben dann am 06.11. eine Landwirtschaftsausschuss-Sondersitzung zum Problem Haushalt gehabt und auf dieser Sondersitzung ist mehrheitlich der Beschluss gefasst worden, dass wir zum Problem der MeLa ein Expertengespräch durchführen wollen. Diese beiden Fakten möchte ich Ihnen im Vorfeld nennen, weil wir ja als CDU-Fraktion zu dieser Problematik den Antrag stellen, dass der Landwirtschaftsminister bis zum 31.01.2002 einen Bericht geben möchte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie unser Antrag nun behandelt werden wird, das können wir uns schon im Vorhinein ausmalen. Er wird sicher keine Mehrheit hier im Parlament finden. Und dennoch gibt es Grund genug, zu dieser Problematik hier im Parlament zu sprechen, denn der Landwirtschaftsminister hat auf der MeLa am Eröffnungstag und am darauf folgenden Tag eine Äußerung in seinen Ausführungen fallen lassen, die aufhorchen ließ. In seinen Ausführungen kam zum Ausdruck, dass der Standort der MeLa auf den Prüfstand gestellt ist und dass man sich Gedanken macht, die MeLa eventuell auch an einem anderen Standort weiterzuführen. Das hat natürlich Erstaunen hervorgerufen und speziell im Landkreis Güstrow hat es dazu ein Unverständnis sondergleichen gegeben, nicht nur bei Ausstellern, sondern auch bei Handwerkern, bei Gewerbetreibenden, im Hotel- und Gaststättengewerbe und vor allem auch bei den Gemeinden und Städten in der Region um den Standort Mühlengiez.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal daran erinnern, dass wir die MeLa bereits über einen sehr langen Zeitraum durchführen und dass die MeLa ein ausgezeichnete Standort geworden ist für eine Landwirtschaftsausstellung in Mecklenburg-Vorpommern. Und es ist auch an uns herangetragen worden, dass eine Reihe von Investoren, die im Gewerbegebiet auf dem MAZ, Messe- und Ausstellungszentrum Mühlengiez, investiert haben, jetzt große Bedenken haben, ob sie an diesem Standort richtig investiert haben, denn wenn die MeLa dort weggeht, sehen sie ihre Chancen eingeschränkt und vermuten, dass sie ihre Investitionen, die sie getätigt haben, in den Wind schreiben können. Und weil die massiven negativen wirtschaftlichen Auswirkungen gerade die Region treffen würden, gibt es natürlich erhebliche Widerstände und diese Widerstände haben wir ja teilweise auch schon zu spüren bekommen. Es sind, wie ich schon gesagt habe, nicht nur Unternehmer und Aussteller selbst, sondern es sind auch Wirtschafts- und Berufsverbände und vor allem die umliegenden Gemeinden, die im Landkreis Güstrow in dieser Region liegen. Also, alle fordern, dass der Standort MeLa erhalten bleibt, und zwar in Mühlengiez, und dass die MeLa als Landwirtschaftsausstellung auch weiterhin an diesem Standort Priorität und Berechtigung hat.

So viel zur Einbringung dieses Antrages. Ich bin gespannt auf die Diskussion, die wir jetzt zu dieser Problematik hier führen werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Beckmann, für die Einbringung des Antrages.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre kei-

nen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Landwirtschaftsminister Herr Backhaus. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Minister Till Backhaus: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was verbinden wir innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit der MeLa? Wir denken automatisch an eine Erfolgsgeschichte. In der Tat, die MeLa, die Mecklenburgische Landwirtschaftsausstellung, hat sich zu einer der kompetentesten landwirtschaftlichen Informationsbörsen nicht nur im norddeutschen Raum entwickelt, sondern hat mittlerweile auch innerhalb des Ostseeraums einen hervorragenden Ruf erarbeiten können. Und deswegen, Herr Beckmann, glaube ich, können wir froh sein, dass es die MeLa gibt. Das ist eine private Initiative gewesen, da hat die Landesregierung relativ wenig mit zu tun. Ich sage das noch mal ausdrücklich. Und ich sage das jetzt mal humorvoll: Die CDU wird heute nach Hause gehen, die MeLa wird weiterbestehen. Das ist für mich selbstverständlich.

Die MeLa ist beliebt bei den Menschen. Das ist auch darin deutlich geworden, dass aufgrund der Aktivitäten, die wir gemeinsam mit der Messe- und Ausstellungsgesellschaft, dem Bauernverband und dem Landwirtschaftsministerium entwickelt haben, mittlerweile fast 60.000 Besucher jährlich zu dieser größten Landwirtschaftsausstellung im norddeutschen Raum kommen. Die MeLa ist aus meiner Sicht ganz klar zu einem Markenzeichen für den Fortschritt der Landwirtschaft, der Ernährungswirtschaft, der Forstwirtschaft, der Fischerei und der ländlichen Räume geworden, sie ist ein Ort, wo man Informationen, wo man neueste Technologien austauschen und wo man in einen Erfahrungs- und Meinungsaustausch eintreten kann. Mehr noch, die MeLa hat sich als ein Magnet für die aktuellen Entwicklungen insbesondere der gesamten ländlichen Räume entwickelt. Die Resonanz aus der Wirtschaft ist durchweg positiv, das haben Sie richtig angesprochen.

Das alles ist bewundernswert, vor allem – und das muss man dann auch noch mal sagen – wenn man weiß, unter welchen Rahmenbedingungen die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Ausstellerinnen und Aussteller hier arbeiten müssen und was sie jedes Jahr erneut auf die Beine gestellt haben.

Denn es gibt auch andere Bilder von der MeLa. Das fängt schon mit dem Verkehrschaos auf der B 104 an. Bei schlechtem Wetter ist das purer Stress und eine Zumutung für die Ausstellerinnen und Aussteller. Allein in diesem Jahr, meine Damen und Herrn – und, Herr Beckmann, Sie sind ja selber mal Landrat gewesen, Sie kennen damit also die Rahmenbedingungen und hätten ja auch noch gemeinsam ein bisschen mehr dafür machen können –, allein in diesem Jahr mussten durch eine Hauruckaktion, wenn wir das nicht so gewährleistet hätten, knapp 1.000 Tonnen Hackschnitzel in diese Anlage hineingefahren werden, um den Gästen, den Besucherinnen und Besuchern und insbesondere den Ausstellern überhaupt die Möglichkeit zu eröffnen, trockenen Fußes in die Hallen oder auf das Ausstellungsgelände zu kommen. Und deswegen sage ich hier in aller Klarheit – und da darf es auch keinen Widerspruch geben –, es gibt eine miserable oder quasi überhaupt keine Infrastruktur, mit der diese Ausstellerinnen und Aussteller und auch die gesamte Veranstaltung zurechtkommen müssen. Wasser gab es aus Feuer-

wehrschräuchen oder aus dem Eimer, für die Stromzuführung muss jedes Jahr extra ein Kabel vom Gewerbegebiet verlegt werden. Vor allem und insbesondere für die Tieraussteller – und ich hätte Sie gerne eingeladen, Sonntag früh mal mit durch die Tierzelte zu gehen, um zu erfahren, unter welchen Verhältnissen diese Ausstellerinnen und Aussteller dort klarkommen müssen – sind und waren das katastrophale Verhältnisse. Diese haben sich seit 1990 eben nicht geändert. Wir führen dort eine Ausstellung auf der grünen Wiese durch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier passt eben etwas nicht zusammen. Die Bedeutung der MeLa steht aus meiner Sicht in keinem Verhältnis zu diesen miserablen Rahmenbedingungen. Das ist eine Erkenntnis, an der niemand vorbeikommt, und diese Erkenntnis ist auch nicht neu, das habe ich mit meinem Redebeitrag bis jetzt deutlich gemacht. Bereits seit drei Jahren geht der Appell des Landwirtschaftsministeriums an die Messegesellschaft, akzeptable Bedingungen zu schaffen, für die Ausstellerinnen und Aussteller sowie die Gäste optimale Bedingungen zu schaffen. Bisher leider ohne Erfolg! Verantwortung tragen heißt jedoch auch handeln im Interesse der gesamten Agrarwirtschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Aber auch im Interesse der Forschung und der ländlichen Räume muss sich etwas ändern an diesem Standort.

Und ich will überhaupt nicht um den heißen Brei herumreden, denn letzten Endes geht es hier um eine Standortfrage und um den Bestand der MeLa, deren Name im Übrigen rechtlich und patentrechtlich geschützt worden ist, und das ist ja auch in Ordnung. Dabei stehen mittlerweile mehrere Alternativen auf dem Prüfstand. Wir sind jetzt kurz vor dem Abschluss dieser Prüfphase, die sich ganz klar an den sinnvollen und notwendigen Kriterien orientieren muss. Danach muss ein geeigneter Standort

erstens über eine ausreichende Fläche verfügen und

zweitens eine zentrale Lage innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern haben.

Drittens müssen die rechtlichen Verhältnisse langfristige Lösungen auch zulassen.

Viertens müssen Infrastruktur und Verkehrsanbindung insgesamt stimmen.

Fünftens ist es wichtig, ob es Möglichkeiten einer weiteren Entwicklung und insbesondere auch der Mehrfachnutzung im Interesse dieses Standortes gibt.

Und sechstens schließlich sind natürlich die Kosten für die erforderlichen Investitionen und den Erwerb dieser Fläche in den Berechnungsmodus mit einzubeziehen.

Ich habe die Landgesellschaft schon in Auswertung der MeLa 2000 – der MeLa 2000! – beauftragt, unter Abwägung dieser Kriterien nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Dabei muss man den Standort Mühlengiez unter die Lupe nehmen, ganz klar, genauso wie die sich schon jetzt abzeichnenden Alternativen in Rostock, Dummerstorf, Laage oder eben auch in Vorpommern. Schon jetzt wird allerdings deutlich, dass viele Kriterien für den Standort Dummerstorf sprechen.

Wichtig ist allerdings nicht nur eine Entscheidung für die Standortfrage.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS: Wir können auch Tutow ins Spiel bringen.)

Ja, Tutow können wir auch noch nehmen, von mir aus.

Wichtig ist auch, dass diese Entscheidung zeitnah erfolgt, damit schon die MeLa im nächsten September unter besseren Voraussetzungen stattfinden kann, als dies bisher der Fall war. Das ist die ganz klare Ziel- und Peilrichtung. Und Sie haben mich ja auch richtig zitiert – es ist in den Zeitungen zum Teil auch verkehrt zitiert worden –, ich habe die Aussage wortwörtlich getroffen, der Standort Mühlengiez muss überdacht werden. Daraus haben ja einige gemacht: Der Standort Mühlengiez soll jetzt mit einem Dach überspannt werden.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS)

Darum kann es ja wohl auch nicht gehen. Es ist ein elementares Interesse der Ausstellerinnen und Aussteller und ich habe persönlich mit vielen Ausstellerinnen und Ausstellern dort gesprochen – ich weiß nicht, mit wem Sie gesprochen haben, aber das können wir ja noch mal austauschen –, die immer wieder deutlich gemacht haben, dass sich in der Zukunft für den Standort etwas ändern muss, ansonsten sind diese Unternehmen nicht mehr bereit, unter solchen Bedingungen nach Mecklenburg-Vorpommern zu kommen. Die MeLa kann nur erfolgreich bleiben, wenn zukunftsfähige örtliche Voraussetzungen gegeben sind. Und so werden wir an die Sache herangehen und Lösungen schaffen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Ich habe jedenfalls zur Kenntnis genommen, dass bis zum Jahr 1998 – bis zum Jahr 1998! – im Landwirtschaftsministerium absolut nichts unternommen wurde, was dem leidigen Provisorium MeLa ein Ende bereiten sollte. Meine Damen und Herren, ich will das hier auch nicht ins Lächerliche ziehen, damit das klar ist, aber acht Jahre hatten Sie Zeit. Passiert ist auf dem Grundstück und auf dem Gelände nichts. Ich habe mich, wie gesagt, insbesondere mit den Tierausstellern auf der MeLa ausführlich unterhalten. Wer hat das von Ihnen getan? Denn dann würden Sie auch selber die Zustände kennen. Und wer sich in diesem Jahr oder auch im letzten Jahr hinter den Zelten mal angeschaut hat, was dort los war und was dort für Auseinandersetzungen mit der Messegesellschaft geführt worden sind, der wüsste dann auch, vor welchen Problemen wir gestanden haben.

Es ist richtig, dass ursächlich – und da gebe ich Ihnen absolut Recht, Herr Dr. Beckmann – die Messegesellschaft und der Bauernverband als Veranstalter dieser legendären Veranstaltung für diese Aktion zuständig sind und nicht wir als Landesregierung. Wenn man aber selbst mit geschlossenen Augen erkennt, dass hier etwas gegen den Baum läuft, was nachweislich nicht im Interesse des Landes sein kann, dann sehe ich es als meine Verpflichtung an, hier zu handeln, und zwar möglichst unverzüglich. Und aus diesem Grunde haben wir – und deswegen bin ich meiner Fraktion auch sehr dankbar dafür, dass sie den Antrag gestellt hat, im Ausschuss ausführlich über Investitionskosten und Abwägungsmodalitäten zu berichten –, aus diesem Grunde haben wir uns entschlossen, diesen Antrag auch so zu behandeln, wie Sie es angedeutet haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, Angelika Gramkow, PDS,
und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Ritter von der Fraktion der PDS.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ich denke,
du bist ein Ritter. Jetzt bist du ein Bauer. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Peter Ritter, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit nunmehr zehn Jahren findet die MeLa alljährlich im September auf dem Messegelände in Mühlengiez statt und hat sich seitdem über die Landesgrenzen hinaus einen guten Ruf als landwirtschaftliches Großereignis erarbeitet. Gerade durch die Ausrichtung der MeLa in Mühlengiez ist mit dieser Ausstellung ein Novum erreicht worden, eine Ausstellung des ländlichen Raumes im ländlichen Raum, und das sollten wir bei allen Diskussionen über einen weiteren oder einen neuen Standort der MeLa zuvorderst im Gedächtnis behalten. Darüber hinaus ist die MeLa natürlich ein Wirtschaftsfaktor für den Flächenkreis Güstrow, so dass ein Erhalt der MeLa zumindest im Landkreis Güstrow, so es denn am Standort Mühlengiez nicht möglich ist, wünschenswert wäre.

Klar ist, dass der Standort Mühlengiez seit der ersten Ausrichtung der MeLa stets als Übergangslösung betrachtet worden ist. Ich weiß natürlich auch, dass sich über den langen Ausrichtungszeitraum ein gewisser Bestandsschutz und ein Vertrauen auf weitere Ausrichtungen der Messe in Mühlengiez entwickelt haben. Gleichwohl treten die Probleme vor Ort zunehmend zutage. Genannt seien hier nur die Fragen nach den Eigentumsverhältnissen, nach der örtlichen Erschließung mit Fernentsorgungsanlagen sowie der Erreichbarkeit des Messegeländes und – nicht zu vergessen! – die Frage der Erreichbarkeit des Messegeländes mit dem öffentlichen Personennahverkehr. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren der CDU-Fraktion, genau auch die Punkte, die Sie unter 1 bis 8 in einem Bericht der Landesregierung abfordern.

Der Landwirtschaftsminister hat auf der diesjährigen MeLa zum Ausdruck gebracht, dass man sich für die Zukunft um eine langfristige und dauerhafte Lösung bemühen muss. Diese Ankündigung oder auch Andeutung des Herrn Ministers hat die lange aufgeschobene Debatte und notwendige Entscheidung maßgeblich forciert. Und an dieser Stelle kommt der Antrag der CDU-Fraktion ins Spiel.

Beginnen möchte ich jedoch mit einer Richtigstellung. In Ihrem Antrag fordern Sie die Landesregierung auf, bis Ende Januar des folgenden Jahres einen umfänglichen Bericht zur Situation der MeLa in Mühlengiez vorzulegen, also auch eine Abwägung gegenüber möglichen Alternativstandorten vorzunehmen. Sie fordern in diesem Bericht nicht, dass sich der Landtag zugunsten des Standortes Mühlengiez verhält, wie man es ja leicht aus Ihrer diesbezüglichen Pressemeldung entnehmen kann. Ich bitte Sie daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Zukunft, solche Ungenauigkeiten zu vermeiden. Sie können doch nicht ernsthaft etwas ankündigen, was dann in der Sache, also mit einem Antrag nicht stattfinden wird.

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Ebnet
kriegt doch auch 800 Millionen.)

Ich weiß gar nicht, was Sie sich melden, Herr Riemann.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus den genannten Gründen kann ich von Seiten der PDS-Fraktion

nicht empfehlen, diesem Antrag zuzustimmen, und aus gutem Grund hat der Landwirtschaftsausschuss – ich glaube, einstimmig – bereits in seiner vorletzten Sitzung beschlossen, zum Thema Standort der MeLa ein Expertengespräch durchzuführen. Dort können dann alle Betroffenen und Beteiligten, insofern auch das Ministerium, ihre jeweiligen Einschätzungen und Positionen zur MeLa vorstellen, ohne dass wir bis Ende Januar auf einen schriftlichen umfänglichen Bericht warten müssen. Und was noch viel wichtiger ist bei diesem Expertengespräch, wir können untereinander mit uns selbst, den Abgeordneten, diskutieren, so dass im Anschluss daran eine sachgerechte und ausgewogene Entscheidung zum Standort der MeLa möglich ist. Darüber hinaus hat sich der Landwirtschaftsausschuss bereits dazu verständigt, die Expertenrunde so schnell als möglich durchzuführen. Damit ist also auch Ihnen versichert, dass das Thema aktuell behandelt wird. Die PDS-Fraktion empfiehlt daher Ablehnung Ihres Antrages. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ritter.

Im Rahmen der Aussprache erhält jetzt noch einmal das Wort Herr Dr. Beckmann von der Fraktion der CDU.

Dr. Christian Beckmann, CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schon verwunderlich, dass hier eine Hochlobung dieser erfolgreichen Ausstellung zelebriert wird und auf der anderen Seite dann gesagt wird, dass alles das, was bisher gelaufen ist, doch nicht den Anforderungen entspricht, wie man sich das wünscht. Sicher, das wird bei jedem Standort so sein, dass man nicht immer das vorfindet, was man gerne haben möchte. Aber ich kann nur sagen, die MeLa ist eine Erfolgsgeschichte für das Land Mecklenburg-Vorpommern und für den Landkreis Güstrow. Das zeigen die Reaktionen und das zeigt die ständige Expansion der Ausstellung. Und ich hatte das vorhin in meinen einleitenden Worten schon gesagt, es hat eine große Bestürzung im Landkreis Güstrow ausgelöst, dass die MeLa nicht mehr am Standort in Güstrow verbleiben soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Backhaus hat auf einer Eröffnungsveranstaltung der MeLa mal gesagt, die MeLa in Mühlengiez ist in der Öffentlichkeit das, was die Grüne Woche in Berlin ist. Und jetzt diese Darstellung, was für negative Auswirkungen und was für negative Probleme sich dort für die Aussteller darstellen! Also, wir können hier nicht ganz mitgehen. Wir sehen natürlich ein, dass es ohne weiteres notwendig und auch möglich ist, andere Standorte zu prüfen, aber letztlich stehen wir auf dem Standpunkt, dass alle ungeklärten Probleme, die es im Moment am Standort in Mühlengiez gibt, klärbar sind.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Ich begrüße, dass das Ministerium eine Arbeitsgruppe gebildet hat und dass diese Probleme jetzt untersucht werden, und ich hoffe, dass man die Dinge auch so angeht, dass man wirklich die beste Variante auswählt. Alle Probleme, die im Zusammenhang mit Eigentum stehen, die hat es fürwahr gegeben und die gibt es, und dass dann in diesem Zusammenhang keine Investitionen getätigt werden könnten, wenn die Ausstellungsleitung keine langfristigen Pacht- oder Erbbaupachtverträge abschließt, das ist nach meinem Dafürhalten nur normal.

Und wenn sich heute die Situation so darstellt, dass das Landwirtschaftsministerium beziehungsweise die Landgesellschaft mit den Bodeneigentümern übereingekommen ist oder übereinkommen könnte, die Flächen zu kaufen, dann, denke ich, könnten die Investitionen, die noch nicht getätigt worden sind, auch an diesem Standort realisiert werden.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Aus unserer Sicht würde dann ein Wegzug an einen anderen Standort entfallen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir uns jetzt einem anderen Standort zuwenden – und Priorität hat ja wohl höchstwahrscheinlich Dummerstorf –, dann ist es zwar so, dass dort der Grund und Boden dem Land gehört, aber die Investitionen müssten ebenfalls getätigt werden und die würden, glaube ich, höher sein als die Investitionen, die in Mühlengiez noch notwendig wären.

Eine zweite Variante, die auch im Gespräch ist: Die Bodeneigentümer haben sehr verbindlich auf einer Veranstaltung, die vom Landrat im Landkreis Güstrow organisiert worden ist zu dieser Sache, geäußert, dass sie bereit wären, bei langfristigen Pachtverträgen oder einem langfristigen Erbbaupachtvertrag die nötigen Investitionen an dem Standort vorzunehmen. Darüber hinaus haben sie geäußert, dass sie auch bereit wären, diese Flächen an das Land beziehungsweise an das Landwirtschaftsministerium, sofern sie diese kaufen möchten, zu den geschätzten Konditionen der Landgesellschaft zu veräußern.

Also ich sehe hier echte Chancen und Möglichkeiten, dass der Standort Mühlengiez weiterhin gesichert bleibt, wenn wir gemeinsam wollen, dass die Ausstellung, die Messe in Güstrow, in Mühlengiez erhalten bleiben soll.

Meine Damen und Herren, ich will das jetzt auch nicht ausdehnen. Es ist gut, dass wir uns am 29. noch mal in einem Expertengespräch zu dieser Problematik verständigen, und ich finde es auch gut, dass wir uns entsprechend Menschen einladen, die zu dieser Sache kompetent Auskunft geben können. Ich habe das gute Gefühl, dass man so realistisch sein wird und der Standort für die Messe in Mühlengiez erhalten bleibt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Beckmann.

Es hat jetzt das Wort die Abgeordnete Monegel für die Fraktion der SPD.

Hannelore Monegel, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon fast alles gesagt, nur noch nicht von mir.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS)

Also werde ich mich bemühen, doch noch einiges dazu zu sagen.

(Beifall Harry Glawe, CDU – Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS)

Herr Kollege Beckmann, Sie haben ja eigentlich schon in Ihrem Redebeitrag gesagt, dass der Antrag, den Sie gestellt haben, so eigentlich nicht mehr greift.

(Peter Ritter, PDS: Es wäre sinnvoll gewesen, Sie hätten ihn zurückgezogen.)

Ja, es hätte uns einiges erspart.

(Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Deswegen noch einmal einige Ausführungen. Ich muss zugeben, der Landwirtschaftsminister hat mit seiner Bemerkung, und da zitiere ich, „Wir müssen überlegen, ob dieses hier noch in Zukunft der richtige Standort für eine Landwirtschaftsausstellung ist.“ für Aufregung und Überraschung auch bei mir gesorgt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Oi!)

Aber erinnern wir uns: Bei dem zuvor seit Tagen und auch am Eröffnungstag, am 13. September, niedergehenden Regen, den aufgeweichten Wegen, einem überfüllten Tagungszelt und den komplizierten Zuwegen für Aussteller und Besucher traf diese Bemerkung, denke ich, den Nagel auf den Kopf.

(Minister Till Backhaus: Aha!)

Die MeLa, meine Damen und Herren, hat, und das muss man immer wieder betonen, auch wenn es die Vorredner schon gemacht haben, einen außerordentlich hohen Stellenwert in unserem Land, aber auch darüber hinaus erreicht. Sie hat auch in diesem Jahr wieder ein eindrucksvolles Bild von der Leistungsbereitschaft und Leistungskraft der Landwirtschaft, der Forsten, der Fischerei und der Ernährungswirtschaft gezeigt. Wer dabei war, wird das auf jeden Fall bestätigen können.

Seit Jahren wird die MeLa als Forum für die Agrarpolitik des Landes auch im Rahmen der Bundes- und Europapolitik genutzt. Podiumsgespräche und Begegnungen von Wissenschaftlern und Praktikern bereichern diese Ausstellung. Von Jahr zu Jahr hat die MeLa an Profil gewonnen. Sie ist eine Veranstaltung, die sowohl Ausstellern als auch Besuchern Freude macht, weil sie das Leben im ländlichen Raum bereichert und zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region beiträgt. Ich komme aus dieser ländlich geprägten Region und weiß, dass diese MeLa für unseren Bereich auch einen Wirtschaftsfaktor darstellt.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Bei den Betreibern, also der Messegesellschaft, scheint sich diese Freude aber mehr und mehr in Grenzen zu halten, denn die Ausstellung droht aus ihren Nähten zu platzen. Form und Inhalt driften auseinander. Über diese Probleme sind wir schon von meinen Vorrednern ausführlich informiert worden.

Nun aber noch mal zu Ihrem Antrag: Die Landesregierung soll bis zum 31. Januar berichten. Ich meine, das ist zu weit gegriffen. Die Vorbereitungen müssen jetzt laufen. Sie können nicht erst im Januar anfangen, so eine Messe zu gestalten. Es ist also zwingend notwendig, die Entscheidung früher zu fällen. Zum anderen wissen Sie selbst, dass nicht das Land der Betreiber dieser Ausstellung ist, sondern der Landesbauernverband und die Messegesellschaft. Das Land ist an dieser Ausstellung natürlich richtigerweise sehr interessiert und auch daran, dass diese Messe auf einem hohen Niveau weitergeführt wird. Das Landwirtschaftsministerium unterstützt die Aussteller entsprechend seit Jahren. Ich erinnere daran, wir befinden uns gerade in der Haushaltsdebatte für 2002/2003, es sind circa 90.000 Euro für diese Messe eingestellt.

Meine Damen und Herren! Was die Vorbereitung und Durchführung der Messe, was die Eigentumsfragen an Grund und Boden, was die auf dem Gelände zu tätigen-

den Investitionen betrifft und was dieser Antrag sonst noch an Klärungsbedarf anmeldet, ist nicht allein durch die Landesregierung zu lösen. Ich beziehe mich noch mal auf das Gespräch, Herr Kollege Beckmann, das Sie angeführt haben, das wir gemeinsam mit dem Landrat organisiert haben in Güstrow. Es ist richtig, dass dort die Eigentümer der Kernflächen anwesend waren. Es hat sich aber herausgestellt, dass die Eigentümer der Aktionsflächen nicht dort waren. Auch hier ist noch Klärungsbedarf. Den werden wir hier – laut Ihrem Antrag – nicht im Landtag behandeln können, sondern die einzige Möglichkeit, um diese Probleme aufzugreifen und zu einer Klärung zu führen, besteht nur in einem Expertengespräch innerhalb des Landwirtschaftsausschusses.

Ich meine, der Standort Mühlengiez sollte durchaus für die MeLa erhalten bleiben.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Dazu sind aber einige Probleme zu lösen, für die in erster Linie die Messegesellschaft und die Eigentümer zuständig sind. Darum hat sich, wie gesagt, der Landwirtschaftsausschuss am 29. November 2001 vorgenommen, ein Expertengespräch zum Standort Mühlengiez sowie zu möglichen Alternativen durchzuführen. Gehört werden dabei die Landeigentümer, die Messegesellschaft, der Landesbauernverband und natürlich auch Verantwortungsträger und Gemeinden aus der Region.

Aus diesen Informationen, denke ich – und da höre ich einen gemeinsamen Tenor in allen Fraktionen heraus –, werden wir uns ein Bild machen können, ob dieser Standort erhalten bleiben kann und wie dieser Standort weiterentwickelt werden kann. Ziel muss es für uns alle sein, einen Standort für die MeLa zu haben, der den hohen Anforderungen an die Qualität gerecht werden kann. Ich beantrage deshalb, den Antrag der CDU abzulehnen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Monegel.

Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2399. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltung? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2399 mit Jastimmen der Fraktion der CDU und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Bevor ich die Sitzung schließe, gestatten Sie mir noch einen Hinweis: Der Innenausschuss findet sich 15 Minuten nach Beendigung der Landtagssitzung im Raum 357 zu einer Sitzung ein.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung, nach Zeitplan fast eine Punktlandung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 12. Dezember 2001, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15.38 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Martin Brick, Bärbel Nehring-Kleedehn und Steffie Schnoor.